

Fragen der Freiheit

Gibt es einen dritten Weg? IV

Soziale Marktwirtschaft und das Machtproblem

Doppelheft 108 März 1974 Die unglückseligste Kombination, die kommen könnte, ist die, daß der Sozialismus sich mit dem Absolutismus verbindet; die Bestrebungen des Volkes nach ökonomischer Befreiung und materiellem Wohlstand mit der Diktatur und der Konzentration aller politischen und sozialen Gewalten im Staat. — Mag uns die Zukunft schützen vor der Gunst des Despotismus; aber bewahre sie uns vor den unseligen Konsequenzen und Verdummungen des doktrinären oder Staatssozialismus Es kann nicht Lebendiges und Menschliches gedeihen außerhalb der Freiheit, und ein Sozialismus, der sie aus seiner Mitte verstieße oder sie nicht als einziges schöpferisches Prinzip und als Basis annähme, würde uns geradewegs in die Sklaverei und die Bestialität führen.

Pierre Joseph Proudhon

FRAGEN DER FREIHEIT

- Beiträge zur freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft -

Folge 108 Doppelheft

März 1974

Begründet von Lothar Vogel
weitergeführt von Diether Vogel †
Herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung
durch Lothar Vogel und Heinz-Hartmut Vogel
Postverlagsort: 54 Koblenz

Inhaltsübersicht

| | Heinz Hartmut Vogel Gibt es einen dritten Weg? IV | | 3 |
|---|--|---|----|
| • | K. Paul Hensel Löst die Soziale Marktwirtschaft das Machtproblem? | ÷ | 7 |
| | Jan Osers Das Suchen nach einem dritten Weg Zu den heutigen Gesellschaftskonzeptionen von Ota Šik, Roger Garaudy und Eugen Löbl | | 21 |
| | Heinz Hartmut Vogel Thesen für eine ordnungspolitische Alternative Gegen kollektive Macht – Für persönliche Freiheit – Gegen demokratischen Sozialismus – Für soziale Gerechtigkeit | | 42 |
| | Fritz Penserot Neuordnung der Währung | ; | 56 |
| , | Zeitkommentar | | - |
| | Wilhelm Radecke Zur Währungskrise | | 70 |
| | Ankündigungen . | | |
| | 30. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung in Herrsching am Ammersee vom 19. bis 29. Juli 1974 Thema: Raum für den Menschen | | 72 |
| | Frühjahrstagung des Studienkreises für freiheitliche Ordnung am 16./17. März 1974 im Volksbildungsheim Herzberg Thema: Wege zur Lösung der sozialen Frage | | 76 |
| | Bücher, die uns zugesandt wurden | | 79 |

Gibt es einen dritten Weg?

IV

Heinz-Hartmut Vogel

Mit den Beiträgen von K.P. Hensel und Jan Osers setzen wir die Diskussion um ordnungspolitische Alternativen zur "kapitalistischen" und "sozialistischen" Wirtschaftsordnung fort.

In Folge I der Reihe "Gibt es einen dritten Weg?" haben wir die Frage aufgeworfen, ob diese Alternative überhaupt besteht. Vor allem Professor Hensel betont mit aller Entschiedenheit, daß es ordnungspolitisch im Prinzip nur zwei Wirtschaftssysteme, d.h. Wege geben kann, die einander so diametral entgegengesetzt sind, daß sie sich auch nicht in Teilen miteinander vermischen lassen: Die dezentrale Ordnung der freien Marktwirtschaft und die Zentralverwaltungswirtschaft mit totaler zentraler Planung nicht nur der wirtschaftlichen Entscheidungen, sondern letzten Endes auch der politischen und kulturellen Zielsetzungen. Wirtschaftliche Macht wird dabei als Planungskompetenz verstanden.

In der freien oder "sozialen" Marktwirtschaft – gleichsam dem ersten Weg – planen sämtliche Wirtschaftssubjekte nach Maßgabe ihres wirtschaftlichen Interesses und des ökonomischen Prinzips, mit dem geringsten Aufwand einen möglichst hohen Erfolg zu erwirtschaften. Die Machtkontrolle wird durch die anderen Wirtschaftspartner, durch deren Interesse und den Wettbewerb aller ausgeübt. Je vollständiger der Wettbewerb ist, umso geringer ist die wirtschaftliche Macht des Einzelnen.

Wenn es trotzdem zu privatem Machtmißbrauch in der dezentralen Marktwirtschaft kommt, so liegt das nicht an der marktwirtschaftlichen Ordnung, sondern an *Deformierungen* dieses Systems durch marktfremde störende Einflüsse insbesondere von Seiten der herkömmlichen Währungs- und Bodenverfassung. Beide Wirtschaftsfaktoren, Boden und Kapital, müssen wettbewerbsneutral in die Grundordnung der Sozialen Marktwirtschaft eingefügt werden. Wie dies zu geschehen hat, wurde in Folge I dieser Reihe und in früheren Veröffentlichungen in "Fragen der Freiheit" eingehend dargestellt.

¹⁾ Ernst Winkler: Schwerpunkte einer geistigen Auseinandersetzung, Fragen der Freiheit, Heft 87/88, 1971.

Eckhard Behrens: Lösung der Bodenfrage im Sinne des Privateigentums und der sozialen Marktwirtschaft, Fragen der Freiheit. Heft 38/1964; Mitbestimmung und Marktwirtschaft, Heft 86/1971; Marktwirtschaft ohne Kapitalismus, Heft 87/88/1971; Konjunktur-

Es kann sich daher bei der Überwindung noch vorhandener unsozialer Deformierungen der marktwirtschaftlichen Ordnung nicht um eine grundsätzliche Änderung dieser Ordnung handeln, sondern um deren Weiterentwicklung mit dem Ziel, tatsächliche Chancengleichheit in den individuellen Planungs- und Wettbewerbsvoraussetzungen herzustellen.

Der "zweite Weg", nach Hensel die zentrale Planwirtschaft, setzt an die Stelle der Einzelinitiative, des Einzelinteresses, des Leistungswettbewerbs und dessen Kontrolle durch die Marktteilnehmer selbst die zentrale Macht einer planenden Behörde. Sie ist niemals geeignet, auch nur in Teilbereichen, den marktwirtschaftlichen Prozeß der Einkommens- und Eigentumsbildung, der leistungsbezogenen Beteiligung am Produktivvermögen, der individuellen Mitwirkung und Mitverantwortung am Wirtschaftsgeschehen gerecht, d.h. aber sozial zu gestalten.

Ein , dritter Weg', wie ihn Jan Osers anhand der Vorschläge von Ota Šik, Roger Garaudy und Eugen Löbl in dem vorliegenden Heft schildert, stellt den Versuch dar, Elemente der zentralen und dezentralen Planung miteinander zu verbinden (Konvergenztheorie). Die Absicht, mit dieser Konzeption die sozialen Schäden der kapitalistisch deformierten Marktwirtschaft zu überwinden, muß an der Wirklichkeit scheitern, da die fortbestehenden, dem kapitalistischen System immanenten Triebkräfte entweder jede ,demokratische Planung' und Kontrolle zunichte machen, oder aber die Zentralplanung wird umgekehrt mit Hilfe politischer Machtmittel die dezentral wirkenden individuellen ökonomischen Interessen abdrosseln. Zwei gegenläufig wirkende Prinzipien - der zentrale Wirtschaftsplan auf der einen Seite und das ökonomische Interesse der einzelnen Wirtschaftsbürger auf der anderen Seite werden sich entweder gegenseitig lähmen oder aber – und das ist zu erwarten - die mächtigeren bürokratischen Kräfte werden die Oberhand gewinnen. Verzichtet man jedoch auf den Einsatz politischer Macht, so würde sich das ökonomische Prinzip, das in der Natur des Menschen begründet ist, gegen alle demokratischen Entscheidungen behaupten. Solange sich der Einzelne der allgemeinen Rechtsgüter, des Bodens und der Währung weiterhin bemächtigen kann, werden auch die bestgemeinten gesellschaftlichen Ziele scheitern, sofern sie nicht mit den Einzelinteressen und dem ökonomischen Prinzip übereinstimmen. Wird jedoch die Zentralgewalt - sie sei noch so sehr "demokratisch legitimiert" - gegen die dezentralen Einzelpläne und gegen das ökonomische Prinzip eingesetzt, so bedeutet dies das Ende der persönlichen Freiheit. Hier liegen die ungelösten Probleme.

stabilität durch leichte Inflation, Heft 75/1969; Feste oder freie Wechselkurse, Heft 89/

Herbert K. R. Müller: Das Bodenproblem einst und jetzt, Hefte 51/19, 52/53 u. 54/55/1966.

Die Ausführungen Jan Osers sind deshalb von großem Interesse, weil sie die ganze Fragwürdigkeit aufzeigen, die darin besteht, mit dem politischen Instrument demokratischer Entscheidungsprozesse die dezentral angelegte Wirtschaft - und das verstehen wir unter Marktwirtschaft - gleichsam von außen humaner, d.h. aber gerechter zu gestalten. Auch hier muß gesagt werden, daß nicht die individuelle Planung aller am Wirtschaftsgeschehen Beteiligten zu Machtmißbrauch, sozialer Abhängigkeit und Fremdbestimmung, zu zügellosem Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung führen, sondern die ungelösten, unsozialen Voraussetzungen und Bedingungen der Marktwirtschaft. Nicht der selbständig arbeitende Mensch, nicht der Leistungswettbewerb und nicht das ökonomische Prinzip als solches haben es zur "sozialen Frage' kommen lassen. Die Ursachen liegen tiefer. Sie sind wie in "Fragen der Freiheit'2 mit allem Nachdruck immer wieder hervorgehoben wird, in den rechtlich ungeklärten allgemeinen Arbeitsvoraussetzungen der Wirtschaft, in der ungeordneten Boden- und Währungsverfassung zu suchen. Unsere Rechtsordnung läßt es noch immer zu, daß diese beiden öffentlichen Rechtsgüter von privater Seite dem ökonomischen Prinzip unterworfen werden können.

Mit der Anerkennung unverletzlicher Grundrechte hat sich das Bonner Grundgesetz für den freiheitlichen Weg entschieden. Mögen viele ihn auch als "dritten Weg' bezeichnen; es ist der Weg, der dem einzelnen Menschen das Recht auf Selbstbestimmung im sozialen Leben, in seinen persönlichen kulturellen und wirtschaftlichen Entscheidungen gewährleistet. Was noch immer unzureichend ist und wovon die schweren sozialen Störungen letzten Endes ausgehen, ist die fehlende rechtliche Rahmenordnung, innerhalb der sich das kulturelle und wirtschaftliche Zusammenleben der Menschen im Sinne der freiheitlichen Grundrechte ungehindert entfalten kann.

Nicht übersehen dürfen wir jedoch – was sehr zum Schaden aller ernstgemeinten sozialen Bemühungen fast immer geschieht – daß unsere freiheitliche Grundordnung nicht nur von der Boden- und Geldordnung her deformiert ist, sondern – vielleicht noch nachhaltiger und schwerwiegender – von der kulturellen Seite. Solange der Staat das Bildungsrecht des einzelnen Bürgers usurpiert und monopolisiert, besteht auch wenig Hoffnung auf die

²⁾ Ota Šik, Eckhard Behrens, Ernst Winkler: Marktwirtschaft ohne Kapitalismus, Fragen der Freiheit, Heft 87/88, 1971.

Ernst Winkler: Überwindung von Entfremdung und Ausbeutung des Menschen. Zugleich eine notwendige Auseinandersetzung mit Karl Marx, Fragen der Freiheit, Heft 87/88, 1971 und "Gibt es einen dritten Weg?" Fragen der Freiheit, Heft 105, 1973.

Heinz-Peter Neumann: Zur geistigen Auseinandersetzung mit dem Marxismus, die marxistische Politökonomie, Fragen der Freiheit, Heft 89, 1971.

Hans Hoffmann: Theorie vom Wirtschaftswachstum, Fragen der Freiheit, Heft 102, 1973. Heinz-Hartmut Vogel: Theorie vom Wirtschaftswachstum, Fragen der Freiheit Heft 79, 1972, und: Wo stehen wir auf dem Weg zur Freiheit für alle? Heft 105, 1973.

Überwindung der Monopoleigenschaften von Boden und Geld, denn jeder sozialen Befreiung muß die Unabhängigkeit der sozialen Ideenbildungen vorangehen. Die Freiheit der Erziehung und Bildung und damit die Freiheit und Unabhängigkeit der Ideen ist nach wie vor durch das staatliche Erziehungs- und Bildungsmonopol blockiert. Hier sind zuallererst die Hindernisse wegzuräumen, wenn wir uns auf einen "dritten Weg' begeben wollen.

Löst die Soziale Marktwirtschaft das Machtproblem*

K. Paul Hensel

Ī

Die Leitfrage dieses Seminars lautet: Gibt es einen dritten Weg? Auch das Thema meines Vortrags ist in Form einer Frage formuliert: Löst die Soziale Marktwirtschaft das Machtproblem? – Ich will versuchen, beide Fragen zu erörtern, wofür ich folgende Thesen formuliere:

These I: Es gibt keinen dritten Weg

These II: Es gibt viele dritte Wege

These III: Das Machtproblem gibt es nur in einem sehr abstrakten Sinn, konkret besteht das Machtproblem in zahlreichen Einzelproblemen

These IV: Das Machtproblem ist lösbar

These V: Eine totale und endgültige Lösung des Machtproblems ist unmöglich, weil es immer von neuem entsteht.

Mit Hilfe einiger Leitsätze der modernen wirtschaftlichen Ordnungstheorie werde ich versuchen, diese äußerst komplexe Problematik möglichst anschaulich und knapp zu umschreiben, wobei ich angesichts der begrenzten Zeit viele Aussagen nur stichwortartig formulieren kann.

II

Zunächst einige ordnungstheoretische Grundsachverhalte wirtschaftlichgesellschaftlichen Seins, die auch als ökonomische Ursprünge des wirtschaftlichen Machtproblems zu deuten sind.

Erstens: Die gesamte menschliche Daseinsgestaltung ist insofern ökonomisch bedingt, als für die Verwirklichung praktisch aller angestrebten Ziele materielle Güter und Dienste Voraussetzung sind. Es besteht also ökonomische Abhängigkeit der Daseinsgestaltung.

Zweitens: Die Güter des menschlichen Bedarfes sind knapp. Wer über knappe Güter verfügt, hat potentiell wirtschaftliche Macht; sei es Macht über Daseinsgestaltung oder Macht über Menschen.

* (Vortrag gehalten anläßlich der 29. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung in Herrsching/A. am 23. 7. 1973).

Drittens: Wirtschaftlich gesehen, wird menschliches Gemeinleben begründet durch die arbeitsteilige Wirtschaftsweise. Je nachdem, wie arbeitsteiliges Geschehen geordnet ist, können ebensowohl Abhängigkeits- wie Machtpositionen begründet werden.

Viertens: Das ökonomische Gesamtinteresse besteht in der möglichst reichlichen Versorgung eines Gemeinwesens mit wirtschaftlichen Gütern oder, was dasselbe bedeutet, in der möglichst wirksamen Minderung der Güterknappheit. Das ökonomische Interesse der wirtschaftenden Menschen dagegen besteht in den angestrebten Erfolgen individueller Leistungen oder betrieblicher Gesamtleistungen. — Aus dem Verhältnis von Gesamtinteresse zu den individuellen und betrieblichen Teilinteressen ergibt sich

fünftens: das Interessenproblem, das den Kern des wirtschaftlichen Ordnungsproblems ausmacht und das, gesamtwirtschaftlich gesehen, einen positiven und einen negativen Aspekt hat.

Der positive Aspekt: Individuelle und betriebliche Leistungen sind notwendig und unentbehrlich, denn ohne sie kann die Güterknappheit nicht gemindert werden. Aufgabe der äußeren Wirtschaftsordnung ist es also, das Leistungsprinzip zu realisieren und die wirtschaftlichen Leistungen durch materielle Erfolgsanreize wie individuelle Einkommen und betriebliche Gewinne so wirksam wie möglich zu aktivieren.

Der negative Aspekt: Diesen Erfolgsinteressen ist keine Grenze ihrer Selbstverwirklichung zugehörig, sondern sie tendieren dazu, sich so gut wie möglich zu verwirklichen, auch wenn dies zu Lasten der arbeitsteiligen Partner und des Gesamtinteresses an der Knappheitsminderung geht. Die hieraus hervorgehenden Tendenzen asozialer Verformung wirtschaftlichen Gemeinlebens werden um so stärker sein, je mehr die wirtschaftenden Menschen sich willkürlich verhalten können, d.h. je mächtiger sie sind. Um also willkürliches Verhalten von Teilinteressenten zu unterbinden, sind sowohl die Leistungen wie die Erfolgsinteressen der wirtschaftenden Menschen hinreichend wirksamen Kontrollen zu unterwerfen.

Ordnungstheoretisch werden zwei Hauptformen der Kontrolle unterschieden:

Erstens: Leistungen und Interessen können kontrolliert werden durch staatliche Organe.

Zweitens: Leistungen und Interessen können kontrolliert werden durch die Interessen selber.

Aus alledem ergibt sich: Es wäre naiv, die Lösungen des Problems der Knappheitsminderung und vor allem auch des Interessenproblems allein vom guten Willen, vom sittlichen Wollen der wirtschaftenden Menschen erwarten zu wollen. Hierzu bedarf es äußerer Ordnungen der Wirtschaft, deren Funktion es ist, Systeme der Anreize und Systeme von Kontrollen der Leistungen und Interessen zu begründen. Sowohl der wirtschaftliche Wirkungsgrad wie

auch die soziale Qualität wirtschaftlicher Gesamtordnungen sind vor allem abhängig von der Beschaffenheit der mit ihnen begründeten Anreiz- und Kontrollsysteme.

Ш

Nun zu der Frage des dritten Weges und zur These I: Es gibt keinen dritten Weg. Diese These bedeutet, es gibt nur zwei Wege, d.h. es gibt nur zwei wirtschaftliche Grundsysteme. — Leider läßt sich diese These in der verfügbaren Zeit nur skizzenhaft wie folgt begründen.

Wirtschaftliche Gesamtordnungen als äußere Ordnungen bestehen aus rechtlichen Regelungen und aus Ordnungsformen. Es sind dies die Formen der Planung von Wirtschaftsprozessen, des Eigentums, der Unternehmungen, der unternehmensinternen Willensbildung, der betrieblichen Wirtschaftsrechnung, der Preisbildung, des Angebots und der Nachfrage sowie der Formen der Geldwirtschaft. — Diesen Ordnungsformen sind jeweils zwei oder mehr Elementarformen zugehörig; insgesamt sind etwa 150 Elementarformen bekannt. Wenn wir also sagen: Jede wirtschaftliche Ordnung ist eine Kombination aus diesen Elementarformen, und wenn wir jeder Elementarform die gleiche konstitutive Kraft zusprechen, dann wären die theoretisch möglichen Gesamtordnungen bestimmt durch die Zahl der formal möglichen Kombinationen dieser Elementarformen; eine enorm große Zahl also.

Wenn wir dagegen zwischen konstitutiven und akzessorischen Ordnungsformen unterscheiden, dann ist die Zahl der wirtschaftlichen Grundsysteme bestimmt durch die Zahl der Elementarformen, die der betreffenden konstitutiven Ordnungsform zugehört. — Und dies ist nun die von uns vertretene These I: Die ökonomische und soziale Qualität von Wirtschaftssystemen ist maßgeblich bestimmt durch das je realisierte System der Planung von Wirtschaftsprozessen. Alle anderen Formen sind zwar notwendige Bestandteile wirtschaftlicher Gesamtordnungen, aber sie sind gedanklich und faktisch dem jeweiligen Planungssystem akzessorisch zuzuordnen und zugeordnet. Die Systeme der Planung von Wirtschaftsprozessen haben also konstitutive Kraft. — Ich kann diese Behauptung hier nur mit einigen anderen Behauptungen begründen:

- Knappheitsminderung verlangt die Planung der Wirtschaftsprozesse.
- Alle wirtschaftliche Planung ist notwendig verbunden mit der Planung des Geschehens in allen anderen Lebensgebieten.
- Bei aller wirtschaftlichen Planung geht es darum, ein gesamtwirtschaftliches System von Millionen einzelner Plänen zu entfalten.
- Ökonomisch rationale Planung ist nur möglich, wenn die Planentscheidungen quantitativ an den Knappheitsdifferenzen der einzelnen Güterarten orientiert sind.

- Der Wissenschaft sind nur zwei Arten der Knappheitsanzeige bekannt: Die eine Art: Knappheitsdifferenzen werden durch Güterpreise signalisiert; die andere Art: Knappheitsdifferenzen werden sichtbar in Form von Salden in güterwirtschaftlichen Planbilanzen.
- Demgemäß kann wissenschaftlich nur von zwei quantitativen Voraussetzungen oder von zwei Wegen der Entfaltung von Systemen der Planung gesprochen werden: dezentrale oder zentrale Planung der Wirtschaftsprozesse¹.
- Da in jeder wirtschaftlichen Gesamtordnung ein gesamtwirtschaftliches Plansystem zustandekommen muß, kann es also nur zwei wirtschaftliche Grundsysteme geben. Wollte man von einem dritten Grundsystem und somit von einem dritten möglichen Wirtschaftssystem sprechen, dann müßte eine dritte Form der Knappheitsanzeige und somit ein dritter Weg der Entfaltung eines gesamtwirtschaftlichen Plansystems wissenschaftlich nachgewiesen werden. Das aber ist bis heute nicht geschehen.
- Noch eine letzte Behauptung: Den beiden Systemen der Planung von Wirtschaftsprozessen ist eine je eigene Logik ihrer Entfaltung zugehörig. Dies bedeutet: Die beiden Planungssysteme sind nicht gleichzeitig im gleichen Gebiet realisierbar, sie sind also nicht mischbar. Damit ist auch der dritte Weg im Sinne eines Mittelweges ausgeschlossen.

Aus alledem folgt: Man hat sich theoretisch und praktisch zu entscheiden entweder für ein Wirtschaftssystem dezentraler oder für ein Wirtschaftssystem zentraler Planung, Leitung und Kontrolle der Wirtschaftsprozesse; im üblichen Sprachgebrauch: für eine Marktwirtschaft oder für eine Zentralverwaltungswirtschaft.

Die These II: Es gibt viele dritte Wege, ist mit den bisherigen Darlegungen andeutend schon geklärt: Eine wirtschaftliche Gesamtordnung besteht nicht nur aus einem Planungssystem, sondern aus vielen Teilordnungen. Diese Teilordnungen werden teils rechtlich und teils durch die anderen erwähnten Ordnungsformen begründet. Jedes der beiden Planungssysteme ist zwar nicht mit allen, aber doch mit den meisten sonstigen Elementarformen kombinierbar und mit den konkreten Systemen auch kombiniert. In den meisten konkreten wirtschaftlichen Gesamtordnungen sowohl dezentraler wie auch zentraler Planung, z.B. im Wirtschaftssystem der BRD und dem der DDR, sind jeweils mehrere Formen des Eigentums, mehrere Unternehmensformen, mehrere Systeme betrieblicher Ergebnisrechnung realisiert, und zwar in unterschiedlichen Mischungsverhältnissen.

¹⁾ Die verschiedentlich genannten Koordinationsmechanismen (Wahl-, Verhandlungs- und bürokratischer Mechanismus) sind nicht alternative, sondern ergänzende Mechanismen zu den genannten Arten der Knappheitsanzeige. Vgl. diesbezüglich Philipp Herder-Dorneich: Der Markt und seine Alternativen in der freien Gesellschaft, Basel 1968.

Hieraus folgt: Es gibt nicht nur eine, sondern viele Gesamtordnungen dezentraler Planung, und es gibt nicht nur eine, sondern viele Gesamtordnungen zentraler Planung der Wirtschaftsprozesse. Für jedes der beiden Grundsysteme besteht eine beträchtliche Variationsbreite ordnungspolitischer Ausgestaltung.

Zu allen Zeiten und auch gegenwärtig werden z.B. in Westdeutschland bestimmte Reformen des realisierten Wirtschaftssystems proklamiert. Privateigentum an den Produktionsmitteln soll vergesellschaftet, Staatseigentum soll reprivatisiert werden; Wettbewerbspreise sollen oligopolistische und monopolistische Preise ersetzen; Märkte sollen geöffnet oder geschlossen werden; Bodenrechtler verlangen Reform des Bodenrechtes; viele Ärzte halten die kollektive Zwangsversicherung für ein Übel, und sie verlangen des Prinzip privater Einzelversicherungen; sehr modern ist es, gegen das Profitprinzip betrieblicher Ergebnisrechnung zu agieren; das Direktorialprinzip in den Betrieben soll durch das Prinzip kollektiver Willensbildung ersetzt oder doch mit dem Prinzip der Mitbestimmung kombiniert werden; als besonders problematisch erscheint vielen Menschen das realisierte System der Geldversorgung, das durch ein anderes System ersetzt werden soll.

Alle solche Vorschläge zur Reform der bestehenden Grundordnung werden oft als dritter Weg bezeichnet². In Wirklichkeit ist es meist nicht die bestehende marktwirtschaftliche Grundordnung, sondern es sind Teilordnungen, die beseitigt oder reformiert werden sollen. Angesichts der sicherlich nicht wenigen Reformen, die notwendig oder vertretbar sind, handelt es sich jedoch nicht nur um einen, sondern um viele dritte Wege, die aber ebensogut als zweite, dritte oder vierte Wege bezeichnet werden könnten. Wenn also der Ausdruck dritter Weg mehr sein soll als ein politischer Slogan oder als eine bequeme Formel, um den Reformwillen kundzutun, dann sollte sehr genau bezeichnet werden, was gemeint ist.

V

Ich komme nun zu der Frage des Machtproblems in der Sozialen Marktwirtschaft und damit zur These III: Es gibt nicht nur ein, sondern viele Machtprobleme, sowie zu These IV: Das Machtproblem ist lösbar.

Zunächst ein kurzer Systemvergleich vor allem im Hinblick auf das Machtproblem und auf das Interessenproblem.

²⁾ Die Vorstellung des dritten Weges ist zumeist an eine Wirtschaftsordnung geknüpft, die marktwirtschaftlich geordnet ist und in der eine irgendwie gerartete Form des gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln vorliegt. Vgl. z.B. Ota Sik: Der dritte Weg, Hamburg 1972.

Die umfassendste Form von Macht, die es in einer Gesellschaft geben kann, ist die wirtschaftliche Planungsmacht. Diese Form von Macht ist bei zentraler Planung der Wirtschaftsprozesse in den Händen der politischen Führung konzentriert³. Die Wirtschaftsprozesse werden hier geplant und gelenkt nach Maßgabe von Wertvorstellungen der politischen Führung hinsichtlich der Daseinsgestaltung in der gesamten Gesellschaft. - Um das Interessenproblem, das auch hier in vollem Umfang aktuell ist, lösen zu können, muß die politische Führung ein System materieller Anreize setzen, das sie durch immaterielle Anreize und durch ständige propagandistische Beeinflussung zu verstärken sucht. Gleichzeitig müssen die wirtschaftlichen Leistungen und die Erfolgsinteressen der wirtschaftenden Menschen ständig und ebenfalls in umfassender Weise staatlich kontrolliert werden, was einen umfassenden bürokratischen Kontrollapparat voraussetzt. - Weil mit einem solchen System monolithischer Willensbildung und Willensverwirklichung konkurrierende Willensbildung grundsätzlich unvereinbar ist, muß die politische Führung außer der Planungsmacht auch alle anderen Formen von Macht, die in einer Gesellschaft möglich sind, in ihren Händen zu konzentrieren suchen. Die Zentralisierung der wirtschaftlichen Planung führt notwendig hin zum totalen Staat, die Verwirklichung eines solchen universalen zentralen Plansystems setzt den totalen Staat sogar voraus, und zwar nicht nur auf wirtschaftlichem und politischem, sondern auch auf geistigem Gebiet. Zentrale Planung der Wirtschaftsprozesse verlangt auch eine zentrale Verwaltung der Wahrheit. Es ist eine Gesellschaft totaler Macht ohne Freiheit. Gemessen an diesem Kriterium individueller und gesellschaftlicher Freiheit, ist eine solche Gesellschaft ihrem Wesen nach asozial.

Die Alternative zum System zentraler Planung, Leitung und Kontrolle ist das System dezentraler Planung der Wirtschaftsprozesse, das marktwirtschaftliche System also. Nach dem zweiten Weltkrieg haben viele Politiker und breite Kreise der Bevölkerung sich angewöhnt, von sozialer Marktwirtschaft zu sprechen⁴; in vieler Hinsicht durchaus zu Recht, wobei man vor allem an die Erfolge dieser Wirtschaftsordnung denkt, die sich nach einer Zeit des umfassenden politischen Zwanges und nach den Jahren des Hungers

³⁾ Schon Walter Eucken erkannte, daß in keinem anderen Wirtschaftssystem die wirtschaftliche Macht stärker konzentriert und unbeschränkter sei als in der Zentralverwaltungswirtschaft. Walter Eucken: Die Grundlagen der Nationalökonomie, Berlin, Göttingen, Heidelberg 1950, 6. Auflage, S. 85 f.

⁴⁾ Alfred Müller-Armack, der den Begriff der sozialen Marktwirtschaft prägte, definiert ihn als eine ordnungspolitische Idee, "... deren Ziel es ist, auf der Basis der Wettbewerbswirtschaft die freie Initiative mit einem gerade durch die marktwirtschaftliche Leistung gesicherten sozialen Fortschritt zu verbinden." Derselbe: Soziale Marktwirtschaft, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Band 9, Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1956, S. 390.

und Elends gezeigt haben: Beseitigung der Arbeitslosigkeit, Verkürzung der Arbeitszeit, steigende Löhne, beträchtliche Erhöhung des Lebensstandards der ganzen Bevölkerung, Ausbau des Systems der sozialen Sicherung, neue Möglichkeiten der Freizeitgestaltung, Urlaubsreisen im In- und ins Ausland mit dem Auto, mit dem Zug oder mit dem Flugzeug sowie Fortbildungsmöglichkeiten. Dies alles im Rahmen einer demokratisch regierten Gesellschaft und eines Systems der Meinungsfreiheit, der Rechtssicherheit, der Freizügigkeit und vieler anderer individueller gesellschaftlicher Freiheitsrechte.

Ein Wirtschaftssystem nach seinen Erfolgen zu beurteilen und dessen soziale Qualität an den sozialen Wirkungen zu messen, ist durchaus berechtigt. Ein realistisches Bild von einem solchen Wirtschaftssystem gewinnt man jedoch erst, wenn man danach fragt, wie es zu diesen Erfolgen kommt. Man sagt: "Soziale Markwirtschaft", und man meint damit ein beruhigend ergiebiges, freiheitliches und sogar friedliches Wirtschaftssystem, das manchmal sogar fast als idyllisch dargestellt und empfunden wird. Tatsächlich sieht, dessen sollte man sich bewußt sein, in einem solchen Wirtschaftssystem die Welt der Arbeit, der Produktion und des Handels wesentlich anders aus als die Welt des Konsums und der Freizeit: das System der wirtschaftlichen Freiheitsrechte ist eine andere Welt als das System der individuellen und gesellschaftlichen Freiheitsrechte jenseits der Welt der Wirtschaft. Freie Wirtschaft, das ist eine Welt der Initiativen, des Hervorbringens, des Wagens, der Anpassung, der Dynamik, der Chancen, der Erfolge und der Mißerfolge. Es ist eine Welt der Freiheit und des Zwanges, und es ist eine Welt des Kampfes, des Leistungskampfes, des Kampfes um das Überleben, und nicht zuletzt ist es eine Welt des Machtkampfes. Eine solche Welt, in der jederzeit das Gesetz des Dschungels durchbrechen kann, nach sozialen Kriterien formen zu wollen, sollte nicht als ein "Wort zum Sonntag", sondern als ein Problem der äußeren Ordnung verstanden werden, das nicht leicht und das immer erneut zu lösen ist^s.

Die grundsätzliche Ordnungsstruktur eines solchen marktwirtschaftlichen Systems ist bekannt, ich brauche sie nur zu skizzieren.

Bei dezentraler Planung werden die Wirtschaftsprozesse in den Haushaltungen und in den Betrieben geplant, und zwar nach Maßgabe einzelwirtschaftlicher Rationalitätskriterien, nach den erwarteten Nutzenwirkungen der Einkommen in den Haushaltungen und nach den erwarteten Gewinnen oder Profiten in den Betrieben. Infolge dieser materiellen Anreize in Verbin-

5) Besonders Franz Böhm hat die Notwendigkeit speziell der rechtlichen Ordnung betont. Das rechtsstaatliche Fundamentalrezept der sozialen Marktwirtschaft lautet: "Machtverhinderung, Machtaufspaltung und Machtauflösung im Bereich der Gesellschaft, d.h. vor allem im Bereich der Zivilrechtsgesellschaft, und Machtbegrenzung bis zur Grenze des gerade noch zu Verantwortenden im Bereich der Staatsverfassung." Franz Böhm, Reden und Schriften, hrsg. von Ernst-Joachim Mestmäcker, Karlsruhe 1960, S. 103.

dung mit der Anwendung des Leistungsprinzips und den wirtschaftlichen Freiheitsrechten werden die wirtschaftlichen Erfolgsinteressen legalisiert und aktiviert. Auf diese Weise werden menschliche Fähigkeiten und gewaltige Energien freigesetzt, mit denen die Knappheitsminderung bewirkt wird. Hierin ist ein überaus starker Wachstumsfaktor und die eigentliche Quelle des wirtschaftlichen Wohlstandes zu sehen. Diese Seite einer solchen Wirtschaftsordnung entspricht dem positiven Aspekt des Interessenproblems. -Gleichzeitig aber ist stets der negative Aspekt des Interessenproblems aktuell. Möglichst große Erfolge werden mit möglichst geringen Anstrengungen und Aufwendungen angestrebt. Aber den wirtschaftlichen Freiheitsrechten entspricht ein System der Kontrolle. Leistungen und Erfolgsinteressen werden staatlich kontrolliert, soweit es sich um die Befolgung rechtlicher Normen handelt. Die wichtigere und die systemtypische Form der Kontrolle ist iedoch das System der Kontrolle von Leistungen und Interessen durch Interessen: es sind dies Selbstkontrolle aus Selbstinteresse, Kontrolle durch die Wettbewerber um die Erwerbschancen und die Kontrolle durch die andere Marktseite, d.h. durch die Nachfrage, und letztlich durch die Konsumentens.

Dieses System der Kontrolle von Interessen durch Interessen kann in seiner Wirkungskraft von keinem anderen System der Kontrolle und schon gar nicht durch staatlich-bürokratische Kontrollen übertroffen werden. Sofern dieses System wirksam ist, begründet es einen enorm harten Zwang zur Anpassung an Datenänderungen und zur Leistungssteigerung. Und vor allem: Wirtschaftliche Erfolge können nur mit dem Mittel der besseren Leistung erreicht und erhalten werden. Durch den Wirkungsverbund von Anreiz- und Kontrollsystem werden die Erfolgsinteressen ständig in den Dienst der Interessen von arbeitsteiligen Partnern und in den Dienst des Gesamtinteresses an der Knappheitsminderung gezwungen. Es besteht eine merkwürdige Symbiose von Freiheit und Zwang, wobei der Zwang nicht aus (organisierter) Macht, sondern aus den Freiheitsrechten und aus wirtschaftlichen Datenänderungen hervorgeht.

Ordnungstheoretisch betrachtet, ist eine Marktwirtschaft nur insoweit sozial geformt, als die durch die Freiheitsrechte freigesetzten Energien dem System der sozialen Kontrollen von Interessen durch Interessen unterliegen und so in den Dienst des Gesamtinteresses an der Knappheitsminderung gezwungen werden. Aber allein aus der Tatsache, daß für die Verwirklichung eines solchen Kontrollsystems oft gewisse Voraussetzungen fehlen, kann schon theoretisch gefolgert werden, daß in den konkreten Marktwirtschaften oft Konstellationen gegeben sein werden, aufgrund deren Teilinteressen

⁶⁾ Vgl. dazu genauer K. Paul Hensel: Grundformen der Wirtschaftsordnung, Marktwirtschaft – Zentralverwaltungswirtschaft, München 1972, S. 45 ff.; zum Machtproblem siehe ebenda S. 88 ff.

bewußt und willkürlich zu Lasten der Interessen von Partnern und zu Lasten der Gesamtinteressen realisiert werden können.

Wie steht es mit dem Machtproblem in einer Marktwirtschaft?

Vor allem: Die wichtigste Form von wirtschaftlich begründeter Macht, die Planungsmacht, ist nicht oder nur zum Teil in staatlichen Händen konzentriert, sondern sie liegt in den Millionen Haushaltungen und Betrieben. (Diese Atomisierung der Planungsmacht ist, das sei nebenbei bemerkt, die ökonomische Basis einer freien Gesellschaft.) Allerdings kann die atomisierte Planungsmacht sehr ungleich verteilt sein, öffentliche Haushalte verfügen über große Einkommen, die privaten Haushaltungen verfügen über kleine und kleinste Einkommen. Gleichwohl verfügen die Haushaltungen im einzelnen und in ihrer Gesamtheit über eine volkswirtschaftlich äußerst wichtige Form von Macht. Mit ihren Entscheidungen, angebotene Güter zu kaufen oder nicht zu kaufen, kontrollieren sie die Leistungen der unmittelbaren und der mittelbaren Anbieter; sie wirken so in entscheidender Weise mit an der Lenkung der arbeitsteiligen Gesamtprozesse. - Größere oder kleinere Unternehmungen haben im Produktionsbereich mehr oder weniger Planungsmacht, die durch die Marktkontrollen mehr oder weniger begrenzt sein kann. (Immerhin kann Unternehmensgröße als solche bereits Macht begründen.) - Neben der Planungsmacht und außer der staatlichen Macht gibt es mancherlei andere Formen von Macht, z.B. unternehmensinterne Führungsmacht, Marktmacht und wirtschaftliche sowie politische Macht von Wirtschaftsverbänden aller Art. - Solche wirtschaftliche Machtpositionen können institutionell begründet sein und große Dauer haben, sie können aber auch im Laufe der Wirtschaftsprozesse entstehen oder verschwinden. Ein marktbeherrschendes Unternehmen von heute kann morgen neuen Wettbewerbern, z.B. im Wege der Substitutionskonkurrenz, erliegen.

Bereits diese wenigen Andeutungen lassen erkennen: In einer Marktwirtschaft gibt es viele Ursachen und viele Erscheinungsformen von Macht; Macht läßt sich – auch im Sinne einer sozialen Marktwirtschaft – als unvermeidlich, notwendig und sogar als positiv zu bewertende Erscheinung deuten? Ebenso kann und muß Macht als asoziale Verformung einer marktwirtschaftlichen Ordnung begriffen werden, die zu unterbinden und zu bekämpfen ist; ein Problem, mit dem sich die moderne Wettbewerbstheorie besonders intensiv auseinandersetzt.

Es ist schwierig, die Problematik der Macht in einer Marktwirtschaft systematisch darzustellen.

^{7) &}quot;Dem Wettbewerb ist eine Veränderung der in einem Zeitpunkt gegebenen Machtstruktur inhärent. Er läßt sich vom Begriff der Macht gar nicht trennen." So Fritz Marbach: Zur Frage der wirtschaftlichen Macht, in: Vom Sinn der Konzentration, Frankfurt/M., 1965, S. 19 ff., hier S. 23.

Lassen Sie mich deshalb versuchen, die Frage, wie Macht in einer Marktwirtschaft entsteht und in welcher Weise die Lösung des Machtproblems praktiziert werden kann, an einem historischen Beispiel zu erörtern, das Ihnen allen bekannt sein dürfte. Ich denke an die Arbeiterfrage im 19. Jh., wie sie sich in England, Frankreich und Deutschland gezeigt hat.

- 1. Einige typische Erscheinungsformen der Arbeiterfrage Typische Erscheinungsformen der Arbeiterfrage waren:
- Tägliche Arbeitszeit von Männern, Frauen und Jugendlichen bis zu 16 Stunden;
- Kinderarbeit bis zum Alter von 4 Jahren und mit ebenfalls langen Arbeitszeiten:
- miserable sanitäre Verhältnisse in den Betrieben, schwere Arbeitsunfälle wegen fehlenden Unfallschutzes;
- willkürliche, vom Arbeitgeber formulierte Betriebsordnungen mit schweren Strafen für Zuspätkommen und andere Disziplinlosigkeiten;
- miserable Wohnverhältnisse;
- äußerst niedrige Löhne und willkürliche Formen der Lohnzahlung. Trucksystem.

2. Folgen

- schlechte Ernährung, Krankheiten, hohe Sterblichkeit der Kinder und Erwachsenen;
 - ganze Altersklassen jener Gebiete waren militäruntauglich;
- sittliche Verwahrlosung.

3. Hauptursachen der Arbeiterfrage

Vor allem bestand relative Übervölkerung in der Landwirtschaft. Der Bedarf an industriellen Arbeitsplätzen war groß, das Angebot war relativ gering. — Auf den Arbeitsmärkten herrschte starke Konkurrenz der Arbeitnehmer, die Arbeitgeber verfügten vielfach über oligopolistische und monopolistische Marktpositionen.

Dazu kommen zwei Eigenarten des Angebots von Arbeitskraft, durch die die Stellung der Arbeiter auf den Arbeitsmärkten stark beeinträchtigt wurde.

Das Angebot von Sachgütern hört auf, wenn die Kosten der Produktion durch den Preis nicht mehr gedeckt sind. Für das Angebot von Arbeitskraft gibt es keine solche untere Kostengrenze; der Lohn kann sogar unter das physische Existenzminimum sinken, was zeitweise auch der Fall war.

Diese Tendenz wird verstärkt durch eine zweite Eigenart des Angebots von Arbeitskraft. Bei sinkenden Löhnen geht das Angebot nicht zurück, sondern es nimmt tendenziell zu. Reicht nämlich der Lohn des Vaters nicht aus, um die Familie zu ernähren, werden die Frau und die Kinder gezwungen, Erwerbsarbeit zu leisten.

Wegen dieser beiden Besonderheiten des Angebots von Arbeit sind die Arbeitsmärkte wettbewerbstheoretisch als Ausnahmebereiche gegenüber den Sachgütermärkten zu deuten; auf irgendeine Weise müssen Mindestlöhne garantiert werden.

Schließlich ist hinzuweisen auf den seinerzeit fehlenden Rechtsschutz der Arbeitskraft, auf die äußerst mangelhafte soziale Sicherung und auf die zu jener Zeit fehlenden Verkehrsmittel. Die Arbeitskräfte konnten nur wählen zwischen Arbeitsplätzen, die sie zu Fuß erreichen konnten.

4. Aus alledem ergibt sich:

Die Arbeitgeber hatten gegenüber den Arbeitnehmern auf den Arbeitsmärkten und innerhalb der Unternehmungen vielfach äußerst starke Machtpositionen, die, wenn nicht alle, doch viele von ihnen rücksichtslos und hemmungslos ausgenutzt haben. Nicht selten wird es allerdings so gewesen sein, daß die Unternehmer auf ihren Absatzmärkten selber unter starkem Konkurrenzdruck standen.

5. Wie ist dieses Machtproblem mit seinen schwerwiegenden asozialen Auswirkungen gelöst worden? Vor Beantwortung dieser Frage ist vor allem auf dies hinzuweisen: Es war kein einfaches, sondern ein komplexes Problem mit vielen Ursachen und vielen Erscheinungsformen; es war also nicht eine einzige totale Lösung zu erwarten. sondern es mußten und es sind viele Teillösungen gesucht und versucht worden, die alle den Sinn hatten, willkürlichen Machtgebrauch zu unterbinden und die Stellung der Arbeitnehmer auf den Arbeitsmärkten und in den Betrieben zu verbessern.

Zuerst ist hinzuweisen auf zahlreiche rechtspolitische Regelungen und Reformen, z.B. Beschränkung und Verbot der Kinderarbeit sowie auch Beschränkung der Arbeitszeit für Jugendliche und Erwachsene. Auf diese Weise wurde das Gesamtangebot an Arbeitskräften begrenzt und der anomalen Reaktion des Angebots von Arbeitskräften entgegengewirkt. - Mit den Vorschriften über sanitäre Einrichtungen und Unfallverhütung sollten gesundheitliche Schäden verhindert werden. - Denselben Zweck hatte die Einfüh-· rung des Systems der gesetzlichen Sozialversicherung gegen Krankheit, Invalidität und Erwerbsunfähigkeit im Alter. Durch dieses System der Sozialversicherung ist vor allem die Elastizität des Angebots von Arbeitskräften wesentlich erhöht worden, weil mit ihnen der Zwang, auch im Falle der Krankheit, der Invalidität und des Alters arbeiten zu müssen, wesentlich vermindert wurde. - Die 1927 eingeführte Versicherung gegen Erwerbslosigkeit war eine wesentliche Ergänzung dieses Systems der Sozialversicherung; vor allem hatten die Arbeitslosen-Unterstützungsbeträge die Funktion von Mindestlöhnen.

Hinzuweisen ist auch auf die ständige Weiterentwicklung des Arbeits- und des Unternehmensrechtes, einschließlich des Kündigungsschutzes und der

Beteiligung von Arbeitnehmern an den innerbetrieblichen Entscheidungsprozessen; eine Entwicklung, die heute noch nicht abgeschlossen ist.

Sehr wichtig für die Arbeiter war natürlich das Aufkommen der Gewerkschaften, mit denen die Interessen der Arbeitnehmer in organisierter Weise vertreten werden konnten und die heute zur ordnungspolitischen Grundstruktur einer sozialen Marktwirtschaft gehören. Wenn gegenwärtig die Arbeitslöhne und sonstigen Arbeitsbedingungen durch Vereinbarungen der Organisationen von Sozialpartnern festgelegt werden, so sind das Mindestlöhne und sonstige Mindestbedingungen der individuellen Arbeitsverträge, die im Wege bilateraler monopolistischer Vereinbarungen zustandekommen. Auf dieser Grundlage ist jedoch intensiver Wettbewerb auf den Arbeitsmärkten zu beobachten, die Arbeitsmärkte sind also in das System der Wettbewerbswirtschaft eingeordnet.

Das Machtproblem auf den Arbeitsmärkten ist aber nicht allein durch rechtspolitische Regelungen und durch die Organisation der Arbeitnehmerinteressen gelöst worden, sondern auch durch technische, wirtschaftliche und sonstige Entwicklungsprozesse. So ist die Marktsituation der Arbeiter in kaum zu überschätzender Weise verbessert worden durch die Erfindungen von neuen Verkehrsmitteln, wie der Eisenbahn, des Fahrrades, des Motorrades, der Autos und der Omnibusse, durch die den Arbeitern der Arbeitsplatzwechsel in wesentlicher Weise erleichtert und die Konkurrenz der Arbeitgeber um die verfügbaren Arbeitskräfte tendenziell verstärkt worden ist. — Bevölkerungsentwicklung, technisch-wirtschaftliche Entwicklung und andere Faktoren haben es bewirkt, daß die Arbeitsmärkte nicht wie in früheren Jahrzehnten strukturelle Käufermärkte sind, sondern Verkäufermärkte.

Nur erwähnt seien die Bemühungen, durch Ausbau des Schul-, Ausbildungs- und Bildungswesens die Stellung der Arbeiter in Wirtschaft und Gesellschaft zu verbessern und auch zur Lösung des Machtproblems auf den Arbeitsmärkten und in den Unternehmungen beizutragen. Erinnert sei insbesondere an die Bildungsvereine, an das Berufsschulwesen und an die Volkshochschulen.

Diese Darlegungen zum Machtproblem im Zusammenhang mit der sogenannten Arbeiterfrage dürfte dies gezeigt haben: Ein solches Machtproblem kann viele Ursachen und auch viele Erscheinungsformen haben, und an seiner Lösung müssen viele Faktoren mitwirken. Zur Lösung der Arbeiterfrage haben nicht nur staatliche Maßnahmen zur Ordnung der Unternehmens- und der Arbeitsmarktverfassung, sondern auch Maßnahmen zur Ausgestaltung der Marktverfassung und des Bildungssystems beigetragen; nicht unwichtig waren auch die Selbsthilfe der Arbeitnehmer durch Organisation ihrer Interessen sowie gewisse technisch-wirtschaftliche und sonstige Strukturveränderungen. Wir können heute sagen: Das Machtproblem, das in der Vergangenheit in

dem Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Unternehmer bestand, ist im Laufe der Jahrzehnte gelöst worden, es war also auch lösbar. Eine ehemals total asozial beschaffene Teilverfassung der marktwirtschaftlichen Ordnung ist heute nach bestimmten sozialen Prinzipien geformt und gestaltet, womit jedoch nicht gesagt sein soll, daß es nicht auch heute noch offene Probleme gäbe; ich denke an die Fragen des Miteigentums, der Gewinnbeteiligung und der Mitwirkung von Arbeitnehmern an den innerbetrieblichen Entscheidungsprozessen.

VΙ

Abschließend noch einige allgemeine Bemerkungen. Im Laufe der geschichtlichen Entwicklung sind in unserer und in anderen marktwirtschaftlichen Ordnungen viele Machtprobleme entstanden, manche von ihnen sind gelöst worden, und wieder andere sind neu entstanden und werden künftig gelöst werden müssen und auch können. Dabei sollte freilich nicht übersehen werden, daß gerade auch freiheitliche Ordnungen verschlampen und in unerträglicher Weise verformt werden können, denn die legalisierten und in Freiheit aktivierten Interessen, die als Triebkraft der wirtschaftlichen Entwicklung so nützlich sein können, sind bekanntlich stets bestrebt, die Ordnung nach ihren Teilzwecken zu beeinflussen und zu formen. Dies geschieht durch Schaffung von Machtgebilden im Wege der Organisationvon Teilinteressen. Eben damit muß man fertig werden. Reformen von Teilordnungen sind deshalb heute nötig, und sie werden morgen nötig sein. Bei allen begrüßenswerten Reformvorschlägen und Reformbestrebungen sollte man sich jedoch vor moralisierender Beurteilung der gegebenen ordnungspolitischen Sachverhalte hüten. Solche Urteile können zwar ethisch verständlich und auch berechtigt sein, ordnungspolitisch gesehen, sind sie jedoch oft falsch oder zumindest fragwürdig.

Ein Beispiel:

Einer gewissen Propaganda ist es — wieder einmal — gelungen, das Profitstreben der Unternehmer zu diffamieren, was in breiten Kreisen der Bevölkerung und insbesondere auch bei Akademikern Widerwillen und sogar Abscheu gegen dieses Verhalten und Abneigung wenn nicht sogar Ablehnung der ganzen marktwirtschaftlichen Ordnung oder, wie man vor allem sagt. gegen die "kapitalistische Produktionsweise" hervorgerufen hat.

Demgegenüber ist eindeutig festzustellen: Das Profitprinzip und das Streben nach Selbstverwertung des Kapitals ist ein ordnungspolitischer Grundpfeiler nicht nur des wirtschaftlichen Wohlstandes, sondern vor allem auch der freiheitlich-marktwirtschaftlichen Ordnung. Um sich dies klarzumachen muß man nach den möglichen alternativen Prinzipien betrieblicher Wirt-

schaftsrechnung fragen. Es sind nur wenige⁸. Infrage kommen nur das Kostendeckungsprinzip, wie es bei uns für Bundesbahn, Bundespost und einige andere öffentliche Unternehmen gilt; weiter das Einkommensprinzip, nach dem bei uns die Familienbetriebe arbeiten und das neuerdings in Jugoslawien zumindest rechtlich auch für Industriebetriebe gilt – nach den bisherigen Erfahrungen mit zweifelhaftem Erfolg. Die dritte Möglichkeit, das Prinzip der Planerfüllung, liegt bereits jenseits einer marktwirtschaftlichen Ordnung. Hieraus ergibt sich: Man muß die Auswirkungen des Profitprinzips ordnungspolitisch bewußt regeln und kanalisieren; wer eine wirtschaftlich und sozial funktionsfähige freiheitliche Ordnung erhalten will, sollte sich jedoch hüten, dieses Prinzip beseitigen zu wollen.

Was für das Profitprinzip gilt, gilt allgemein: Probleme, die in einer Marktwirtschaft aktuell werden, müssen innerhalb dieser Ordnung auch gelöst werden. Wenn vor fünfzig Jahren viele Wissenschaftler und Politiker noch meinen konnten, diese marktwirtschaftliche Ordnung sei wirtschaftlich fragwürdig, sozial verwerflich, so ist das verständlich, denn damals waren die Alternativen zu dieser Ordnung theoretisch kaum und praktisch völlig unbekannt. Wenn heute wieder eine große Zahl von Intellektuellen und auch viele Angehörige der jungen Generation dieselbe Haltung einnehmen, dann grenzt das an Ignoranz, denn heute liegen genug wissenschaftliche und praktische Erfahrungen vor, um dies erkennen zu können: Es gibt keine freie Gesellschaft ohne Macht, wohl aber Gesellschaften totaler Macht ohne Freiheit. Das ist letztlich die Alternative.

⁸⁾ Siehe dazu genauer: K. Paul Hensel, Kurt Wessely, Ulrich Wagner: Das Profitprinzip — seine ordnungspolitischen Alternativen in sozialistischen Wirtschaftssystemen, Stuttgart 1972.

Das Suchen nach einem dritten Weg'

Zu den heutigen Gesellschaftskonzeptionen von Ota Šik, Roger Garaudy und Eugen Löbl

Jan Osers

Herr Professor Hensel vertrat an dieser Stelle vor einigen Tagen die Auffassung, es könne keinen dritten Weg geben. Mein Beitrag möchte an Hand der Konzeptionen dreier prominenter Wissenschaftler aufzeigen, daß es Persönlichkeiten gibt, die an die Möglichkeit eines solchen Weges glauben und sich für dessen Realisierung einsetzen.

Die Auswahl der Befürworter eines dritten Weges ist nicht willkürlich getroffen worden: es erschien mir besonders reizvoll, den Gedankengängen ehemaliger prominenter und überzeugter Marxisten und Kommunisten nachzuspüren, die im jahrelangen Suchen und Ringen, Enttäuschungen und Niederlagen sich von ihren früheren dogmatischen Einstellungen trennen mußten, wollten sie nicht völlig die Augen vor einer Realität verschließen, deren deprimierende Ergebnisse nicht mehr zu übersehen waren.

Es ist kein Zufall, daß eine umfassende Formulierung dieser Ansichten bei Šik, Garaudy und Löbl erst nach dem historischen Jahr 1968 vorzufinden ist. Der Prager Frühling und die Pariser Maiunruhen haben wohl eine nicht zu übersehende Rolle in der geistigen Entwicklung dieser – aber nicht nur dieser – Männer gespielt².

Das bedeutet jedoch nicht, daß viele Ansätze nicht schon früher durchdacht oder konzipiert worden sind. Šik, Garaudy und Löbl, einst linientreue Kommunisten und Spitzenfunktionäre der KP, haben nach Stalins Tod und vor allem seit dem aufschlußreichen 20. Parteitag der KPd UdSSR wie viele andere ihrer Gesinnungsgenossen begonnen, an der Richtigkeit der bisherigen sozialistischen Praxis und zum Teil auch an den theoretischen Grundsätzen des Marxismus Zweifel zu hegen.

¹⁾ Erweiterte Fassung des Referates, gehalten auf dem Seminar für freiheitliche Ordnung, Herrsching am Ammersee: "Gibt es einen dritten Weg?", 29. Juli 1973.

²⁾ Vgl. Garaudy: "Zum Ausgangspunkt der folgenden Überlegungen wurde der Frühling von 1968: der Frühling von Paris und der Frühling von Prag", (Garaudy, Die große Wende des Sozialismus, 1969, zit. nach der deutschen Ausgabe, Wien 1970, S.7.)

Dennoch waren – zumindest Šik und Garaudy – bemüht, ihre Kritik im offiziellen Parteirahmen zu formulieren und ihre Reformvorstellungen öffentlich zu entwickeln³.

Die Ereignisse des Jahres 1968 haben jedoch gezeigt, daß man bei diesen Bemühungen nicht auf halbem Weg stehenbleiben kann, will man nicht seine Grundeinstellung und sich selbst verraten. Sik, Garaudy und Löbl distanzieren sich nach 1968 von der offiziellen Linie und sagen sich von ihren Parteien los, in denen sie lange Jahre gearbeitet und deren Politik sie selbst ehemals aktiv durchgesetzt haben. Damit machen sie einen Schlußpunkt hinter ihre eigene Vergangenheit und bekennen sich offen zu ihren Irtümern. Gleichzeitig versuchen sie aufgrund ihrer Erfahrungen mit dem Sowjetsozialismus und dem Kapitalismus neue Entwicklungsmöglichkeiten aufzuzeigen und Konzepte für eine Zukunftsgesellschaft zu entwerfen, die als Ergebnis ihrer kritischen Einstellung zu beiden bestehenden Gesellschaftstypen aufgefaßt werden müssen.

Der "dritte Weg" Ota Šiks

Am intensivsten – und wie ich meine am umfassendsten – hat sich mit der Problematik des dritten Weges Ota Šik beschäftigt, der unter diesem Titel ein umfangreiches Buch geschrieben hat⁵. Dieses stellt lediglich den ersten Teil einer umfassenderen Studie dar und setzt sich mit dem Marxismus-Leninismus und der Praxis in den heutigen sozialistischen Staaten Osteuropas kritisch auseinander. Siks positive Vorstellungen sind für einen weiteren Band vorgesehen, der jedoch bisher noch nicht erschienen ist. Dennoch kann man schon aus dem vorliegenden Werk, sowie aus einigen Vorträgen der letzten Jahre die Grundzüge der Sikschen Konzeption nachvollziehen⁶.

³⁾ Z.B. Šik, K problematice socialistických zbožních vztahu (Zur Problematik der sozialistischen Warenbeziehungen) Prag, 1965; Šik, Plán a trh za socialismu (Plan und Markt im Sozialismus) Prag, 1967; Garaudy, Marxisme du XX^{erûe} siècle, Paris 1966.

⁴⁾ Z.B. Šik: "Die innere, allmähliche Befreiung von Dogmen, an die ich einst fest glaubte und die ich selbst verbreitet habe, war für mich persönlich kein leichter Prozeß" (Der Dritte Weg, S. 11) oder Garaudy: "In meinem Leben bedeutet das (gemeint dieses – J.O.) Buch Bruch und Erfüllung, Losreißen und erneutes Verwurzeln zugleich" (Alternative, Wien, 1973, S. 231.

⁵⁾ Ota Sik: Der dritte Weg, Die marxistisch-leninistische Theorie und die moderne Industriegesellschaft, Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg, 1972.

⁶⁾ So z.B.: Ota Šik: Demokratische und sozialistische Plan- und Marktwirtschaft, Zürich 1971; Ota Šik: Wirtschaftsmodell des demokratischen Sozialismus in: Sozialistischer Pluralismus. Hrg:: Udo Bermbach und Franz Nuscheler, Hoffmann & Campe, Hamburg 1973. Ota Šik:Marktwirtschaft ohne Kapitalismus, in Fragen der Freiheit, Nr. 87/88, 1971.

Sik ist von den drei Wissenschaftlern, deren Zukunftsvorstellungen heute dargestellt werden sollen, derjenige, den man – zumindest in mancher Hinsicht – als Vertreter der sogenannten Konvergenztheorie ("System-Konvergenz") bezeichnen kann. Für ihn ist der "dritte Weg" eine Konzeption zwischen dem Sowjetsozialismus und dem heutigen Kapitalismus, wobei er aus beiden Systemen deren positive Seiten übernehmen möchte. Löbl und Garaudy entwickeln hingegen ihre Zukunftsvorstellungen jenseits dieser beiden Systeme, was bei Garaudy auch ausdrücklich schon im Untertitel seines neuesten Buches betont wird.

Die Vorstellungen Ota Šiks gehen von drei Grundpfeilern aus, der Sozialisierung der Kapitalinteressen, einer demokratischen makroökonomischen Rahmenplanung und einem sozialistischen gelenkten Markt.

Während sich die letzteren beiden Prinzipien im wesentlichen mit den von Sik schon vor 1968 in der CSSR vertretenen Ansichten decken, erscheint die erste Forderung eine nicht unwesentliche Veränderung seiner früheren theoretischen Positionen darzustellen, die wohl nicht zuletzt mit seinen Erfahrungen in der Emigration in Zusammenhang stehen.

Ausgangspunkt ist hier die These, wonach das kapitalistische System auch heute noch jenen von Marx aufgezeigten Gegensatz enthält, nämlich den Antagonismus zwischen denjenigen, die an einer positiven Kapitalentwicklung interessiert sind und jenen, die lediglich nach einer Lohnmaximierung streben und einer Kapitalentwicklung eher feindlich gegenüberstehen. Šik modifiziert die Marxsche Antagonismus-These jedoch in dem Sinne, daß an einer positiven Kapitalentwicklung heute nicht nur die direkten Eigentümer an Produktionsmitteln interessiert sind, sondern auch Manager, Unternehmensvorstände und Staatsfunktionäre. Daraus ergibt sich die logische Folgerung, daß infolge der (noch heute bestehenden) Existenz dieses Widerspruches die Forderung nach dessen Überbrückung weiterhin aktuell geblieben ist. Denn eine Gesellschaft kann eine optimale Entwicklung nur dann vollziehen, wenn dies den Mehrheitsinteressen der Bevölkerung entspricht.

Sozialisierung der Kapitalinteressen

Aus dieser These leitet Šik sein erstes Postulat, nämlich die Sozialisierung der Kapitalinteressen, ab. Von ihr verspricht er sich eine Harmonisierung der langfristigen Interessen (optimale Kapitalentwicklung) mit den kurzfristigen Zielen der bisherigen Lohnempfänger (Maximierung der personellen Einkünfte). Eine Abschaffung dieser Kapitalinteressen schlechthin – wie das in Osteuropa durch die Verstaatlichung der Produktionsmittel erzielt wurde – brachte erfahrungsgemäß schwerwiegende wirtschaftliche Schäden für die

gesamte Gesellschaft, nicht zuletzt (und vielleicht sogar vor allem) gerade für die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung.

Sik setzt jedoch die Sozialisierung der Kapitalinteressen nicht gleich mit einer weitgehenden Entscheidungsdezentralisierung der betrieblichen Lenkung. Hier tritt Šik - offensichtlich stärker als Garaudy - für eine technokratische Konzeption ein, wonach hochqualifizierte Fachleute, Ökonomen und Ingenieure (wenn auch unter Kontrolle demokratisch gewählter Belegschaftsvertreter) den Optimierungsprozeß des Kapitaleinsatzes zu realisieren hätten. Die zukünftigen Manager würden jedoch ihre Aufgaben leichter bewältigen können als heute, da ihre Entscheidungen den Belegschaftsinteressen weitgehend entsprechen würden. Die Konkretisierung der angeführten Vorstellungen würde auf dem Prinzip basieren, daß alle Belegschaftsmitglieder (aber nur sie) gleichzeitig die Kapitaleigentümer wären. Sie würden die ausschließlichen Besitzer der "Betriebsaktien" sein, was ihnen eine Gewinnbeteiligung am Betriebsprofit zusichern sollte. Die Anzahl der Aktien, die ein Belegschaftsmitglied erhalten dürfte, könnte nach dessen Tätigkeitsdauer im Betrieb abgestuft sein. Nur ein Teil des erzielten Betriebsgewinnes würde an die Aktienbesitzer direkt ausgeschüttet werden, der größere Profitanteil sollte zur Kapitalerweiterung benutzt werden. Diese Kapitalerweiterung könnte unterschiedliche Formen annehmen, so z.B. als Vergrößerung des betriebseigenen Anlagevermögens, Gründung neuer Betriebe oder sonstige Investitionsfinanzierungen. In den beiden letzteren Fällen würden die Gründer jedoch keine Miteigentümerrechte erwerben, sondern lediglich die Rolle des Gläubigers spielen. Sie dürften Finanzmittel gegen Zins leihen, ohne dadurch eine Mitsprachebefugnis in den neugegründeten Unternehmen zu erwerben.

Die Beteiligungszertifikate der Arbeitnehmer dürften nicht verkauft werden. Beim Verlassen des Betriebs oder im Todesfall eines Mitarbeiters müßten die Aktien zu einem festgesetzten Preis zurückerstattet werden. Rentnern sollten regelmäßige Einkünfte zugesichert werden. Zertifikate dürften jedoch nicht vererbt werden. Hier wird also die Tendenz nach einer ausschließlichen Koppelung der Kapitaleinkünfte mit der produktiven Tätigkeit deutlich.

Das Management eines jeden Betriebs sollte durch einen gewählten Betriebsvorstand (Šik benutzt bezeichnenderweise hier nicht mehr den Ausdruck "Betriebsrat") kontrolliert werden, dessen Befugnisse, verglichen mit Garaudys Konzeption, wesentlich geringfügiger erscheinen. Er soll auf die Dauer von fünf Jahren gewählt werden und Entscheidungs- sowie Kontrollfunktionen hinsichtlich kurz- und langfristiger Betriebsmaßnahmen (einschließlich der Berufung und Entlassung von Managern) ausüben können.

Demokratische makroökonomische Planung

ist der zweite Grundpfeiler der Šikschen Konzeption. Das zentrale Planungsorgan sollte die Mehrheitsinteressen der Bevölkerung artikulieren und gegebenenfalls konträre Betriebsintentionen harmonisieren, da Šik – getreu seinen früheren Thesen – der reinen Marktwirtschaft die Fähigkeit abspricht, gesamtgesellschaftliche Interessen konsequent und/oder in allen Bereichen realisieren zu können.

Die staatlichen Eingriffe in den Wirtschaftsablauf würden sich jedoch in der Gesellschaft des "dritten Weges" wesentlich von denen in westlichen Marktwirtschaften unterscheiden: diese sind an der Erhaltung der Funktionsfähigkeit des bestehenden Systems interessiert und streben daher Vollbeschäftigung, Wirtschaftswachstum, ausgewogene Zahlungsbilanz und ähnliche Ziele an — ohne jedoch die negativen Seiten dieses Systems (Überbetonung des materiellen Konsums auf Kosten wesentlicherer gesellschaftlicher Interessen, Konsumentenmanipulation, etc.) zu beseitigen.

Die Planung in der Gesellschaft des "dritten Weges" soll demgegenüber prinzipielle Veränderungen im Wirtschaftssystem ermöglichen, wie z.B. sozial begründete Einkommensredistributionen, die Lebensqualität verbessernde strukturelle Konsumwandlungen, etc. Zur Erreichung solcher Ziele müßten die Planungsbehörden unterschiedliche Entwicklungsvarianten mit verschiedenen Zielsetzungen aufstellen, die demokratisch konstituierten Organen zur Beurteilung und Auswahl vorgelegt würden. Die von Sik angestrebte Planung unterscheidet sich jedoch nicht nur von der heute im Westen üblichen, sondern auch von der in Osteuropa praktizierten, die v.a. auf ein rasches Wirtschaftswachstum und auf die Erreichung vorrangiger materieller Produktionsziele mit Hilfe (mehr oder weniger) verbindlicher Planauflagen orientiert ist. Das Prinzip der Mengenplanung und der starren Preispolitik gewährleistet jedoch dabei weder eine optimale Wirtschaftsentwicklung noch einen effizienten Einsatz der Produktionsfaktoren. Sik vertritt auch hier seine schon von früher bekannte These, wonach der Plan eine Orientierungshilfe für die Betriebe darstellen sollte, die mittels indirekter Methoden in die gewünschte Richtung zu lenken wären.

Der sozialistische Markt

Die diesbezüglichen Sikschen Ausführungen neueren Datums differieren kaum von den früheren, wenngleich (anscheinend infolge seiner persönlichen Erfahrungen aus den letzten Jahren) die positiven Seiten der Marktfunktionen heute stärker akzentuiert werden: Trotz seiner Mängel spielt der Markt in mancher Hinsicht eine positive Rolle, da er den Produzenten

zwingt, die konkreten Konsumentenbedürfnisse in einem weitaus größeren Ausmaß zu respektieren, als dies in einem direktiven Planwirtschaftssystem Osteuropas der Fall ist. Auch ist der Markt ein Mechanismus, der infolge des Konkurrenzdruckes den Produzenten zur Einführung technischer Errungenschaften stimuliert. Selbst weitgehende Monopolisierungstendenzen können diese positive Funktion lediglich zurückdrängen, nicht jedoch völlig beseitigen, da zumindest ein "potentieller Konkurrenzdruck" selbst in einer marktwirtschaftlichen Monopolsituation erhalten bleibt. In einem staatswirtschaftlichen Monopolsystem ist dies hingegen nicht der Fall. Diese Tatsache schließt jedoch die Möglichkeit einer Konsumentenmanipulation im Marktsystem keineswegs aus. Die Mängel des Marktes sieht Sik außerdem in dessen Unfähigkeit, zukünftige Entwicklungstrends zu antizipieren und gewisse humane Gesellschaftsbedürfnisse in jenen Bereichen zu realisieren, wo das Profitprinzip nicht als oberstes Kriterium gelten sollte, wie z.B. im Gesundheits- oder Bildungswesen.

Profiterzielung contra Profitaneignung

Zusammenfassend zu Siks neuen Vorstellungen muß betont werden, daß sie vor allem auf einer – im Vergleich zu früher – stärkeren Akzentuierung des Profitprinzips basieren. Ähnlich wie Löbt – bezeichnenderweise gleichfalls ein aus Osteuropa stammender Wissenschaftler – betont Sik die Notwendigkeit des Gewinns als Kriterium für das ökonomisch effiziente Handeln der Wirtschaftssubjekte, ohne dessen Existenz eine funktionierende Wirtschaft unvorstellbar ist. Es ist jedoch zwischen Profiterzielung und Profitaneignung zu unterscheiden. Während erstere als Indiz für eine optimale Unternehmenspolitik zu verstehen ist und daher erhalten bleiben sollte, müßte die heute im Westen übliche Profitaneignung durch eine "sozialistische Gewinnverteilung" (= Profitverteilung nur an direkte Produzenten) ersetzt werden. Darin sieht Sik auch einen Ansatz zur Überwindung der "Entfremdung", da die Belegschaftsmitglieder sich unter solchen Umständen mit den Betriebsinteressen identifizieren könnten.

Zur Erreichung seiner Vorstellungen lehnt Šik einen revolutionären Weg ebenso wie die These von der "führenden Rolle" der Arbeiterklasse ab. Eine Demokratisierung und Humanisierung der Gesellschaft läge im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung, mit derer aktiver Unterstützung allein dieses Ziel auch erreicht werden müsse.

Garaudys Alternative jenseits von Kapitalismus und Kommunismus

In diesem Punkt decken sich Šiks Vorstellungen z.T. mit denen Roger Garaudys, der zweiten Persönlichkeit, deren Auffassungen Inhalt dieses Beitrags bilden. Garaudy war lange Jahre offizieller Ideologe der französischen kommunistischen Partei, geriet 1968 mit ihr in Konflikt und wurde zwei Jahre später aus ihr ausgeschlossen. Auch er versuchte wie schon eingangs erwähnt, noch als Parteimitglied die offizielle Ideologie mit den modernen Entwicklungstrends in seinen Büchern "Marxismus im 20. Jahrhundert" und "Die große Wende des Sozialismus" in Einklang zu bringen? Erst in seinem letzten Buch "Die Alternative" ist er — wie Šik — bemüht, sich von seiner Vergangenheit weitgehend zu distanzieren. Dennoch ist bei Garaudy, verglichen mit Šik oder Löbl, die Kritik am Kapitalismus stärker akzentuiert, während seine Einwände gegen den Sowjetsozialismus milder erscheinen.

Garaudy ist — wie schon betont — im Unterschied zu Šik kein Vertreter einer Konvergenztheorie. Der Untertitel des Buches "Die Alternative" — "ein neues Modell der Gesellschaft jenseits von Kapitalismus und Kommunismus" — zeigt seine (von Löbl nicht unähnliche) Grundposition auf: für ihn ist die Zukunft "ein noch nicht geschriebenes Drehbuch, das wir neu zu inszenieren und zu spielen haben. Es ist ein Werk, das wir erst schaffen müssen". In dramatischer Weise prognostiziert er das Ende unserer Zivilisation, wenn es in den nächsten 30 Jahren nicht zu einer entscheidenden Wendung kommt. Er ist vergleichsweise der impulsivste und temperamentvollste Kritiker, der für eine rasche Veränderung der heutigen Strukturen in Ost und West plädiert.

Mit Sik und Löbl lehnt er gemeinsam sowohl den heutigen Kapitalismus als auch den Sozialismus sowjetischer Prägung ab. Ersteren vergleicht er mit einem "Privatvertrag zwischen ungleichen Partnern", die vom Markt erzeugte Freiheit definiert er als "die Konfrontation der Kräfteverhältnisse zwischen verschiedenen Besitzern an Reichtum".

Im Einzelnen setzt seine Kapitalismus-Kritik an folgenden Punkten an:

- die Wissenschaft (heute die entscheidende ökonomische Triebkraft) ist zwar ein kollektives Werk der Gesellschaft, dient jedoch bei weitem nicht immer den allgemeinen Interessen und kann unter Umständen existenzgefährdend für die Menschheit sein,
- einer relativ kleinen, über großen Reichtum verfügenden Gruppe steht eine

^{7).} Garaudy: Marxisme du XX^{eme} siècle, Paris 1966, und R. Garaudy: Le Grand tournant du sozialisme, Paris 1969, deutsch: "Die große Wende des Sozialismus", Molden Vlg, Wien—München—Zürich 1970.

⁸⁾ R. Garaudy: L'Alternative, Pariş 1972, deutsch: "Die Alternative", Molden Vlg, Wien-München-Zürich 1973.

Mehrheit gegenüber, deren lebenswichtige Bedürfnisse unzureichend befriedigt sind.

- mit künstlich hervorgerufenen, oft wenig sinnvollen Konsumbedürfnissen kontrastieren ungelöste Probleme allgemeingesellschaftlichen Charakters (z.B. im Bereich des Bildungs- und Gesundheitswesens).

Der Sowjetsozialismus hat ebensowenig den für den Kapitalismus typischen Dualismus zwischen Regierenden und Regierten gelöst, sodaß Entfremdung im Marxschen Sinn weiter besteht. Ähnlich wie Sik sieht Garaudy im sowjetischen System lediglich eine neue Art der Monopolisierung aller Meinungsäußerungen und Entscheidungsmechanismen in den Händen einer Minderheit (Parteispitze), wobei gleichzeitig die überwiegende Bevölkerung von einer aktiven politischen Tätigkeit ausgeschlossen ist.

Trotz all dieser substantiellen Mängel hätte die Sowjetunion zumindest die Möglichkeit eines neuen Weges aufgezeigt und China wäre mit seiner Kulturrevolution noch weiter gegangen: es hätte die bisherigen Elemente der Zivilisation in Frage gestellt und eine "Zivilisation ohne Werbung, ohne Privatautos, ohne Drogen und ohne Alkohol" angestrebt. Auch wenn der chinesische Weg für Europa nicht ohne wesentliche Modifikationen akzeptabel sei, zeige er dennoch die Möglichkeit auf, sowohl den Sowjetbürokratismus als auch die Pfeiler des kapitalistischen Systems zu beseitigen.

Vom Atheismus zur "Metareligion"

Garaudy, der sich noch in seinem Frühwerk "Gott ist tot" als Atheist versteht, bekennt sich nunmehr (unter Berufung auf den marxistischen Philosophen Bloch) zu einer "Metareligion". Sozialismus ist für ihn nicht zwangsläufig identisch mit Atheismus. Das Christentum beinhaltet eine ganze Reihe revolutionärer Ansätze, was u.a. durch Persönlichkeiten wie Thomas Münzer und Jan Hus belegt werden kann, die gesellschaftliche Veränderungen schon im Mittelalter angestrebt hätten. Seine Metareligion definiert er als "die Gewißheit, daß nicht nur das wirklich ist, was heute besteht, sondern daß es einen Ozean von Möglichkeiten gibt, von denen wir heute kaum etwas wissen". Und sein Bekenntnis zum Christentum legt er am klarsten in folgenden Worten nieder:

"Gott ist nicht mehr der Kaiser der Römer und ebensowenig der Mensch in seiner Schönheit und Stärke wie bei den Griechen. Er ist kein Versprechen von Macht, er ist jene Gewißheit, daß man nur dann eine qualitativ neue Zukunft schaffen kann, wenn man sich mit jenen identifiziert, die in dieser Welt die Elendesten und Ausgestoßendsten sind, wenn man sein Los mit ihrem Schicksal verbindet, bis man keinen anderen wahren Sieg mehr vor sich sieht als nur den ihren."

Die europäische Kulturrevolution

Garaudys Vorstellung von der "europäischen Kulturrevolution", die eine Veränderung der gesamten zivilisatorischen Dimensionen mit sich bringen sollte, beruht auf drei Prinzipien: der Informationstheorie, der Ästhetik und der "Theorie der Vorausplanung".

Unter Informatik versteht Garaudy eine neue Einstellung zur Bildung, die sich nicht mit der mechanischen Aneignung von Kenntnissen begnügt, sondern in der Fähigkeit besteht, den Computer zur Informationsspeicherung einzusetzen. Ästhetik ist für Garaudy die sinnliche Beziehung zur Natur. Die Vorausplanung sollte sich intensiver mit den Bestimmungsmöglichkeiten optimaler Zielvorstellungen auseinandersetzen und nicht lediglich mit Fragen der Planungstechnik. So wie die philosophischen Ansichten Garaudys abstrakt und u.E. zum Teil unrealistisch erscheinen, weisen seine politischen Thesen noch immer starke Bindungen mit dem Marxismus auf: Die "Alternativ-Gesellschaft" muß aus einer "Revolution der Mehrheit" hervorgehen, die zwar nicht unbedingt mit Waffengewalt zu realisieren wäre, aber u.U. gegen den Widerstand der bislang herrschenden Minderheit erkämpft werden müsse. Träger dieser Revolution ist der "historische Block" von Arbeitern und jenem Teil der Intelligenz, der an einer Gesellschaftsveränderung interessiert ist. Garaudys Zielvorstellung ist ein "Sozialismus mit Arbeiterräten" im weitesten Sinne des Wortes, d.h. mit Selbstverwaltungsorgangen in Betrieben, Büros, Universitäten, Forschungsinstitutionen, etc., ein Sozialismus, der den wissenschaftlich-technischen Veränderungen unserer Zeit Rechnung tragen würde.

Garaudy übersieht nicht die Schwierigkeiten, die mit dieser Konzeption verbunden sind und die nur durch langfristige Erziehung und Ausbildung der Arbeiter überwunden werden können. Daher sollten die Arbeitgeber schon heute den Arbeitnehmern Bildungsgänge ermöglichen, die sie auf ihre künftige Rolle rechtzeitig vorbereiten würden. Die Kosten für diese Ausbildung müßten von den Arbeitgebern getragen werden. In den übrigen Aspekten decken sich Garaudys Vorschläge weitgehend mit denen Siks: auch er befürwortet einen sozialistischen Markt (in dem er die Garantie für freie Entscheidungsmöglichkeiten des Konsumenten sieht) sowie eine zentrale Rahmenplanung, deren Zentralorgan sich aus den Vertretern der Selbstverwaltungsorgane der unteren Ebenen zusammensetzen sollte. Gemeinsam mit Sik und Löbl ist auch für Garaudy der Sozialismus mehr als eine bloße Eigentumsoder Machtveränderung, wenn er sein Credo in folgenden Worten zusammenfaßt: "Sozialismus ist nicht nur die Sozialisierung des Eigentums, sondern auch des Habens, der Macht und des Wissens."

Unternehmergesellschaft contra Konsumentengesellschaft

Eugen Löbls Vorstellungen stellen wohl die vom offiziellen Marxismus entfernteste Sozialismus-Konzeption dar. Eugen Löbl, ein tschechoslowakischer Wirtschaftswissenschaftler, war im Zusammenhang mit dem Slånský-Prozeß lange Jahre inhaftiert und konzipierte seine Gedanken zum Teil schon während seiner Einzelhaft. Seine Bücher ("Die intellektuelle Revolution", "Gespräche mit Ratlosen", "Marxismus – Wegweiser oder Irrweg?"") wurden jedoch erst nach seiner Emigration (1968) publiziert. Löbl sieht die Bedeutung von Marx weniger in dessen konkreten Aussagen, als vielmehr in seinem methodologischen Ansatz: Marx hätte die Sozialwissenschaften als wertende Wissenschaften verstanden, deren Aufgabe es sein müsse, neue Entwicklungsvarianten aufzudecken. Die heute applizierten mathematischen und empirischen Methoden, die sich vorwiegend auf die Beschreibung der bestehenden sozialen Realität beschränken, würden zwangsläufig zu einer Krise dieser Disziplinen führen.

Das bedeutet jedoch keineswegs, daß Löbl den Marxismus in dogmatischer Form akzeptiert. Er betont vielmehr die Notwendigkeit, die Marxschen Thesen kritisch zu überprüfen und über Marx hinaus selbständige Ansichten zu entwickeln: "Für manchen ist Marx nicht einer der großen Denker, sondern ein Prophet. Sie hören auf zu denken und fangen an zu glauben."

Mit Garaudy lehnt Löbl die Konvergenztheorie ab. Auch er versteht die neue Gesellschaft als eine Negation beider bestehenden Systeme. Der heutige Kapitalismus sowie der Sowjetsozialismus sind Gesellschaften, die vorrangig die Interessen der (privaten oder staatlichen) Unternehmer fördern, während Löbl den Konsumenten in den Mittelpunkt des Wirtschaftsgeschehens gestellt haben möchte.

Löbls ..intellektuelle Revolution"

Von Garaudy unterscheidet er sich jedoch durch eine wesentlich stärkere Akzentuierung der Rolle der Intelligenz, die zum alleinigen Träger einer neuen Gesellschaft werden müsse. Ihre Bedeutung hätte sich schon im Prager Frühling manifestiert, den er in mancher Hinsicht als Vorboten der künftigen intellektuellen Revolution ansieht. Damals gelang es ihr, in wenigen Monaten das gesamte (bisherige) Staatsgefüge zu erschüttern.

Für Löbl ist der Sozialismus der Zukunft eine "Gesellschaft der Wissenschaft". Das heutige westliche System unterscheidet sich vom Frühkapita-

9) Sein letztes Werk "Marxismus-Wegweiser oder Irrweg?" ist im Econ Vlg, Düsseldorf 1973, erschienen.

lismus zu Marx' Zeiten dadurch, daß anstelle der Ausbeutung der manuellen Arbeit die Ausbeutung der Natur durch die Wissenschaft und Technik getreten ist. Die sowjetische Sozialismus-Konzeption, die sich auf Marx beruft, ist veraltet und entspricht nicht mehr den heutigen Verhältnissen. Sie hält an der These von der "führenden Rolle der Arbeiterklasse" fest, was sich für die weitere technische Entwicklung als Hemmschuh auswirken muß. Die Intelligentsia wird deswegen eine tragende Rolle in der zukünftigen Entwicklung spielen müssen, weil sie am ehesten fähig ist, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu fördern.

Distributionssozialisierung anstelle der Produktionsmittelvergesellschaftung

Löbl bezieht ebenfalls eine negative Position sowohl zur Verstaatlichung der Produktionsmittel nach sowjetischem Vorbild als auch zu anderen Formen der Vergesellschaftung. Durch Verstaatlichung wurde bisher lediglich erreicht, daß der Staat seine bisherige Funktion, "Organ seiner Bürger" zu sein, aufgibt. Anstelle dessen wird er zum "universellen Arbeitgeber", zum "omnipotenten Moloch". Auch die Bürger verlieren ihre bisherige gesellschaftliche Rolle und hören auf, Bürger im eigentlichen Sinne des Wortes zu sein 10. Aus ihnen werden entrechtete, manipulierte Objekte.

Im Begriff des "gesellschaftlichen Eigentums" sieht er nur eine Fiktion, da selbst in den bestehenden Arbeiterselbstverwaltungssystemen (Jugoslawien) die Arbeiter nicht mit "ihrem" Eigentum disponieren könnten. So z.B. könnten sie nicht ihre Betriebe verkaufen, obwohl dieses Dispositionsrecht als ein wesentliches Merkmal der Eigentümerrechte angesehen werden sollte. Die Frage nach der Eigentumsform im zukünftigen Gesellschaftsmodell kann daher nicht über die Arbeiterräte gelöst werden.

"Lukroaktivität der Wissenschaft"

Wichtiger als das Problem der Eigentumsform erscheint Löbl die Frage nach der Aufteilung des Sozialproduktes. So wird zum Schlüsselpunkt der

10) Zu ähnlichen Schlußfolgerungen gelangte der bekannte tschechoslowakische Schriftsteller Ludvik Vaculik auf dem 4. Kongreß tschechoslowakischer Schriftsteller (1967): "Ich legte meine Ansichten bezüglich Charakter, Entwicklung und Verhaltensweise jeder Macht dar und versuchte aufzuzeigen, daß die Kontrollmechanismen, die der Staat ihr gegenüber hat, versagen, so daß der Bürger Ehrfurcht vor sich selbst verliert und so objektiv das Statut des Bürgers verliert". (Kursiv – J.O.) Zitiert nach IV. Sjezd československých spisovatelu (IV. Kongreß der tschechoslowakischen Schriftsteller) Praha 1968, S. 146.

Löbelschen Konzeption die gerechte Ausnutzung des gesellschaftlichen Nutzens, der sich infolge des technischen Fortschritts immer mehr vergrößert und den er als "Lukroaktivität der Wissenschaft" bezeichnet. Dieser Nutzen realisiert sich nur zu einem kleineren Teil in der Vermögenssphäre des (privaten) Eigentümers selbst, da sich die hohe Produktivität im allgemeinen Anstieg des Lebensniveaus eines Großteils der Bevölkerung auswirkt. Es geht daher heute weniger um die Ausbeutung der manuellen Arbeit, d.h. des Arbeiters, als um die Ausbeutung der Natur. Daraus ergibt sich die Forderung nach deren optimalen Ausnutzung sowie nach einer möglichst gerechten Distribution dieser Nutzeffekte. Aufgabe des Staates ist es, diese beiden Postulate zu verwirklichen, d.h. für die Wirtschaft möglichst günstige Bedingungen zu erstellen und den Bürgern die optimale Ausnutzung des zu einem gegebenen Zeitpunkt möglichen Maximums an Lukroaktivität zu garantieren.

Dies könne auf folgende Weise geschehen: der Staat bestimmt (für jeden gegebenen Zeitpunkt) das Maximum an "Lukroaktivität", das sich als - für die (privaten) Unternehmer - verbindlich auszuzahlende Lohnsummen der Arbeitnehmer niederschlägt. Die Arbeiter erhalten demnach ein zentral festgelegtes Einkommen, wobei ebenfalls die Preise zentral bestimmt werden, um zu vermeiden, daß der Lohnzuwachs auf Preissteigerungen abgewälzt wird. Dem Privateigentümer des Unternehmens verbleibt der Gewinn als ein Residuum, allerdings nur in dem Falle, wenn er unter günstigen Bedingungen wirtschaftet. Gelingt ihm das nicht, wird er - ökonomisch - gezwungen, seinen Betrieb einem Fähigeren zu übergeben, da er ohne Profit wohl kaum wird wirtschaften können, bzw. wollen. Der fähigere Unternehmer wird dann günstigere Produktionsergebnisse anstreben, um einen Gewinn für sich zu erzielen, wodurch er dem Geschick seines Vorgängers entrinnt. Trotz vieler wesentlich unterschiedlicher Vorstellungen hat diese Konzeption mit der Siks gemeinsam, daß der Profit als notwendiges Effizienzkriterium für eine Optimierung der betrieblichen Tätigkeit angesehen wird.

Auch für Löbl ist die Sozialisierung der Gesellschaft identisch mit ihrer Humanisierung, wobei dies u.a. durch eine Dominanz der Konsumenteninteressen über die der Produzenten abgesichert werden muß. Der Staat ist nicht als Produktionsmitteleigentümer, sondern als Treuhänder der Konsumenten zu verstehen. Zum Unterschied von Sik soll nach Löbl der Staat nicht planen, sondern v.a. den Unternehmer beraten. Dieser muß sich nicht nach zentralen Empfehlungen richten, trägt jedoch dann unter Umständen die oben geschilderten Konsequenzen.

Gefahr eines neuen Dirigismus?

Mit seiner Konzeption entfernt sich Löbl wohl am weitesten vom Prinzip des sog. Marktsozialismus, (Synthese von Plan und Markt) ohne jedoch

bedauerlicherweise seine Vorstellungen hinsichtlich der Funktionsfähigkeit staatliche Eingriffe in die Preis- und Lohnpolitik näher zu erläutern. Die Vorstellung, der Staat könne die "gesellschaftlich optimale Lukroaktivität der Wissenschaft" d.h. die optimale Produktivität zu einem gegebenen Zeitpunkt für alle Betriebe (ohne Rücksicht auf deren unterschiedliche geographische, verkehrstechnische, etc.) Möglichkeiten festlegen, erinnert an die durch die Realität falsifizierte Konzeption der umfassenden, verbindlichen und zentralen Direktivplanung, sodaß sie u.E. wenig überzeugend wirkt. Fragwürdig erscheint uns vor allem die Möglichkeit der zentralen Bestimmung einer gesamtgesellschaftlichen "Lukroaktivität" (Produktivität) selbst unter Einsatz mathematischer Methoden. Heute herrscht nämlich die Meinung vor, daß - besonders in einer hochentwickelten, arbeitsteiligen Wirtschaft - ein Zentralorgan kaum die adäquate Information zur Festlegung solcher makroökonomischer Maßstäbe besitzen kann. Auch darf die gesamtgesellschaftliche Produktivität nicht als statische Größe aufgefaßt werden, da sie sich in einer hochtechnisierten Gesellschaft ständig weiterentwickelt.

Selbst wenn man jedoch diese dynamischen Aspekte außer Acht lassen dürfte, verbleiben noch weitere, von der Zentralplanung her bekannte Schwierigkeiten: so wird eine Unternehmensleitung (ob privat oder staatlich) stets bemüht sein, ihre tatsächlichen Produktionsmöglichkeiten zu verheimlichen, um niedrige Planauflagen zu erhalten! Bei vorgegebenen Planindizes besteht nämlich immer die Gefahr, daß der Betrieb nicht alle seine Kapazitäten ausschöpfen wird, da das Plan-Ist einer bestimmten Periode i.d.R. Ausgangspunkt für das Plan-Soll der folgenden darstellt. Ein weiteres Problem besteht in der (ebenfalls aus der direktiven Planungspraxis bekannten) Schwierigkeit, differenzierte Planauflagen für Betriebe mit – zwangsläufig – unterschiedlichen Ausgangsbedingungen, wie Standort, Bodenschätze, Sortiment, etc. festzulegen.

Auf diese und weitere Probleme bei der zentralen Direktivplanung und der daraus resultierenden Notwendigkeit diese durch einen Marktmechanismus als Informationsquelle zu ersetzen, haben kürzlich in sehr überzeugender Weise Kosta, Meyer und Weber hingewiesen¹².

Trotz unserer Einwände bleibt festzuhalten, daß Löbls Forderung nach einer konsumentenorientierten Gesellschaft als Vorbedingung ihrer Humanisierung sehr bemerkenswert ist. Der Staat ist hier kein Monopolist, sondern Interessenvertreter der Bevölkerung, Treuhänder der Konsumenten, deren Rechte er wahrzunehmen und zu schützen hätte. In diesem Sinne übt er zwar

¹¹⁾ Bei einem kürzlich an der Mannheimer Universität gehaltenen Vortrag betonte der Lodźer Prof. Dr. Welfe die Schwierigkeit der Kapazitätsbestimmungen für die Betriebe bei der Erarbeitung mathematischer Planmodelle.

¹²⁾ J. Kosta, J. Meyer, S. Weber: Warenproduktion im Sozialismus, Frankfurt/Main 1973.

keinen administrativen Druck auf die Produktionsmitteleigentümer aus, ist jedoch bemüht, seinen Verpflichtungen mittels ökonomischer (wirtschaftspolitischer) Maßnahmen nachzukommen. Dieser Gedanke muß ebenfalls als relevanter Beitrag für eine fundierte Zukunftskonzeption bewertet werden.

Zusammenfassung

Bevor wir zu den eigentlichen Schlußfolgerungen übergehen, wollen wir die wichtigsten unterschiedlichen Einstellungen zu den angesprochenen Problemkreisen (Marxismus, Kapitalismus, Sowjetsozialismus und Zukunftsgesellschaft) noch einmal zusammenfassen:

Die Marxsche Lehre wird sowohl von Šik, als auch von Garaudy und Löbleiner kritischen Untersuchung unterzogen, wobei sie von keinem pauschal verworfen, aber ebensowenig global akzeptiert wird. Für Šik ist Marx ein bedeutender Sozialwissenschaftler, dessen Gedankengut zum Teil noch heute als richtig (d.h. mit der Realität übereinstimmend) angesehen werden muß, während einige seiner Theorien als simplifiziert, andere sogar als falsch (d.h. durch die weitere Entwicklung als falsifiziert) bezeichnet werden müssen. Dadurch wird Marx' wissenschaftliche Bedeutung jedoch nicht geschmälert. Garaudy bleibt hingegen dem ursprünglichen Marxismus wohl am weitestgehenden treu, wenn er bemüht ist, ihn mit den heutigen Erfordernissen des technischen Fortschritts in Einklang zu bringen. Löbl betont weniger die inhaltliche Bedeutung der Marxschen'Lehre als vielmehr seinen methodologischen Ansatz, sein Bestreben, aufgrund wissenschaftlicher Erkenntnisse die bestehenden Gesellschaftsverhältnisse verändern zu wollen.

Die westlichen Marktwirtschaften werden von allen drei hier behandelten Wissenschaftlern abgelehnt, wenngleich keiner die Marxsche Kapitalismus-Kritik dogmatisch und unmodifiziert übernimmt. Für Sik bleibt der von Marx betonte Antagonismus zwischen den Interessen der Lohnempfänger und denen, die an einer optimalen Kapitalentwicklung interessiert sind, die Grundschwäche des kapitalistischen Systems. Garaudy – wohl aufgrund seiner unmittelbaren Beobachtungen der westlichen Gesellschaft – sieht das Hauptübel im unterschiedlichen Kräfteverhältnis verschiedener sozialer Gruppen, das infolge des freien Wirkens der Marktkräfte entsteht. Löbl bezeichnet den Kapitalismus als eine Gesellschaft, die überwiegend die Produzenten-

interessen akzentuiert, während die Konsumbedürfnisse der Bevölkerung nur ungenügend, verzerrt oder manipuliert befriedigt werden.

Der Sozialismus sowjetischer Prägung wird ebenfalls abgelehnt, da er die substantiellen Mängel des Kapitalismus nicht überwunden hat. Die Verstaatlichung der Produktionsmittel (nach Stalin das Hauptkriterium bei der Beurteilung einer Gesellschaftsformation) hat die Machtmonopolisierung einer kleinen Gruppe – so Šik – eher noch verstärkt, die erhoffte Aufhebung des Dualismus zwischen Regierten und Regierenden nicht ermöglicht (Garaudy) und das Übergewicht der Produzenteninteressen gegenüber denen der Konsumenten – nach Löbl – nicht beseitigt.

In der Sikschen Zielvorstellung soll die Gesellschaft des "dritten Weges", das im Kapitalismus bestehende Prinzip der betrieblichen Profitmaximierung mit einer Sozialisierung der Profitverteilung kombinieren. Träger einer solchen Gesellschaft müßte die Mehrheit der Bevölkerung sein, während Garaudys "Alternative", ein "Sozialismus der Arbeiterselbstverwaltung" durch eine revolutionäre Bewegung von einem "historischen Block" der Arbeiter und eines Teils der Intelligenz errichtet werden soll. Löbl befürwortet demgegenüber eine Gesellschaft, in der die "Lukroaktivität" in den Dienst des Konsumenten gestellt wird, wobei dieses Ziel im Zeitalter der "intellektuellen Revolution" nur von der Intelligentsia realisiert werden kann.

Gemeinsame Ansätze zu einem "dritten Weg"

Wurden in der vorangegangenen Zusammenfassung bewußt die Unterschiede in den Positionen Siks, Garaudys und Löbls akzentuiert, so deswegen, um nunmehr die wesentlicheren, übereinstimmenden Momente in ihrer Einstellung zum Marxismus, Kapitalismus, Sowjetsozialismus und v.a. die gemeinsamen Ansätze zu einer Konzeption eines "dritten Weges" hervorheben zu können. Viele dieser Vorstellungen sind nicht nur für die drei genannten Theoretiker charakteristisch, sondern auch für eine ganze Reihe weiterer Wissenschaftler, die sich zum Teil als "moderne Sozialisten" verstehen und ebenfalls bemüht sind, eine neue Alternative zwischen beiden bestehenden Systemen zu entwickeln.

Trotz einer nunmehr schon ein Jahrhundert lang andauernden Marxismus-Diskussion und -kritik gibt es bisher keine einheitliche wissenschaftliche Stellungnahme zu dieser Lehre. Von den meisten modernen Sozialisten (und nicht nur von ihnen) wird jedoch übereinstimmend anerkannt, daß Marx mit einigen seiner Gedanken die Wissenschaft nicht unwesentlich bereichert hat. Sein Verdienst wird v. a. darin gesehen, daß er sich nicht mit einer rein deskriptiven Sozialwissenschaft begnügte, sondern von ihr – ähnlich wie dies in der Medizin Gang und Gäbe ist – "Heilmethoden" aufgrund wissenschaftlicher Analysen, d.h. die Aufzeigung neuer Entwicklungsmöglichkeiten forderte. Mit seiner Kritik an den sozialen Verhältnissen seiner Zeit hat Marx den ersten Schritt in diese Richtung vollzogen und – wenn auch mangelhafte – eigene Zukunftsvorstellungen entwickelt. Trotz dieser Mängel besitzt der humane Kern seiner Lehre eine bis heute unbestrittene Relevanz: daß nämlich eine Humanisierung der Gesellschaft nicht ohne wesentliche Veränderungen des gesamten Gesellschafts- und Wirtschaftssystems möglich ist.

Neben diesen positiven Elementen gibt es allerdings eine Reihe von Marxschen Thesen, die teils durch die weitere Entwicklung des marktwirtschaftlichen Systems, teils durch die aus Osteuropa gewonnenen Erfahrungen falsifiziert worden sind:

— So haben sich viele pessimistische Vorstellungen hinsichtlich der weiteren Entwicklung des westlichen Systems, die Marx aus seiner Analyse des sog. Frühkapitalismus ableitete, nicht bewahrheitet. Hierher gehört u.a. die Prognose, der Kapitalismus würde in immer größere Widersprüche geraten, die sich durch die sog. Proletarisierung und Pauperisierung der Massen (= Überführung des überwiegenden Bevölkerungsanteils als manuelle Arbeiter in die industrielle Massenproduktion und ihre damit zusammenhängende Verarmung), durch das Anwachsen der Arbeitslosigkeit als Folge der sich immer häufiger und in immer größeren Umfang wiederholenden Krisen und durch andere Erscheinungen (Liquidierung von Betrieben mittlerer Größenordnung, die von den Monopolen völlig "verschlungen" würden) manifestieren sollte.

Dem gegenüber hat die Entwicklung in hochindustrialisierten Ländern (trotz zahlreicher, weiter bestehender Mängel) gezeigt, daß nicht die Anzahl der im eigentlichen Produktionssektor manuell tätigen Arbeiter ansteigt, sondern vielmehr – in Einklang mit Fourastier und anderen – die der im tertiären Sektor (Dienstleistungsbereich) Beschäftigten. Ebenso ist das Lebensniveau der breiten Bevölkerungsschichten in diesen Staaten als Folge des technischen Fortschritts tendenziell angestiegen. Arbeitslosigkeit und Krisenerscheinungen sind wohl nicht völlig eliminiert worden, sind aber für hochindustrialisierte Staaten heute weit weniger charakteristisch als für wirtschaftlich rückständige Länder.

- Ebensowenig kann die von Marx und Engels aus den eben beschriebenen Vorstellungen abgeleitete These von der "führenden Rolle des Proletariates" beim Aufbau einer neuen Gesellschaft heute aufrecht erhalten werden. Die Arbeiterklasse hat sich in den hochindustrialisierten Staaten weder revolutioniert, noch ist ihre zahlenmäßige und ökonomische Bedeutung in dem Maße angestiegen, daß sie einen Anspruch auf diese Führungsrolle beanspruchen könnte. Der oben erwähnte wachsende Anteil des tertiären Sektors und die Bedeutung der Wissenschaftler bei der Durchsetzung des technischen Fortschritts scheinen vielmehr andere soziale Gruppen in den Vordergrund eines gesellschaftlichen Wandlungsprozesses zu rücken.
- Obwohl Marx und Engels sich nur sporadisch und in nicht stets eindeutig interpretierbaren Formulierungen zu den Fragen der Zukunftsgesellschaft geäußert haben und auch gar kein fertiges "Rezept" für den Sozialismus und Kommunismus entwickeln wollten, erscheinen uns selbst diese Andeutungen z.T. durch die bisherigen Erfahrungen aus Osteuropa falsifiziert, z.T. als schlechthin unrealisierbar.

Zu der ersten Gruppe (durch die osteuropäische Entwicklung falsifiziert) gehört u.a. die Forderung nach der im Sozialismus angeblich notwendigen Aufhebung des Marktes und seiner Ersetzung durch eine umfassende zentrale Planung und Lenkung, wobei dieses Postulat infolge ihrer Unrealisierbarkeit dem heutigen Sozialismus mehr Schaden zugefügt als Nutzen gebracht hat. Die bisherigen Erfahrungen haben nämlich ziemlich eindeutig bewiesen, daß eine umfassende zentrale Direktivplanung (gekoppelt mit einer Einschränkung von Marktelementen sowie weiteren ökonomischen Kategorien wie Knappheitspreisen, Profitkriterien, Kapitalzins, etc.) nicht ohne irreparable Schäden für die Wirtschaft vollzogen werden kann.

Zur zweiten Gruppe (unrealisierbare Zielvorstellungen) gehört u.E. die Marxsche Kommunismus-Konzeption als einer Überflußgesellschaft, in der alle menschlichen Bedürfnisse völlig befriedigt werden sollten. Demgegenüber vertreten wird die Anschauung, daß mit den durch den technischen Fortschritt hervorgerufenen Möglichkeiten die menschlichen Bedürfnisse zunächst in quantitativer vor allem aber in qualitativer und kultureller Hinsicht weiteranwachsen werden 13, so daß die Frage, einen solchen absoluten Saturationspunkt zu erreichen, völlig offen bleiben muß.

Die angeführten Einwände gegen die Marxsche Kapitalismus-Kritik besagen jedoch keineswegs, daß die heutigen westlichen Gesellschaftssysteme

13) Damit soll nicht gesagt sein, daß dieses Anwachsen menschlicher Bedürfnisse hinsichtlich ihrer Quantität oder Qualität immer wünschenswert erscheinen muß. Hier spielt die Bildungsfrage eine entscheidende Rolle.

nicht dennoch einer umfassenden Kritik unterzogen werden sollten. Die moderne Kapitalismus-Kritik setzt jedoch weniger im Bereich der materiellen Produktion (Konsumgütererzeugung) und am makroökonomischen Funktionsmechanismus (ökonomisches Gleichgewicht, Krisen, Arbeitslosigkeit, etc.) an, da sich das marktwirtschaftliche System trotz mancher Mängel in dieser Hinsicht als durchaus funktionsfähig erwiesen hat.

Der Schwerpunkt der heutigen Kritik am marktwirtschaftlichen System setzt überall dort ein, wo sich das Gewinnkriterium als ungenügender Stimulus bzw. als Hindernis einer anzustrebenden Humanisierung der gesellschaftlichen Entwicklung erwiesen hat.

Ein zweiter Ansatzpunkt der Kritik am westlichen marktwirtschaftlichen System bezieht sich auf den als ungerecht empfundenen Distributionsmechanismus und die aus ihm resultierenden sozialen Unterschiede einschließlich der damit verbundenen gesellschaftlichen Implikationen.

Sollen nach Marxscher Vorstellung die Schwächen des Kapitalismus im sozialistischen, resp. kommunistischen Gesellschaftssystem überwunden werden, müssen die heutigen osteuropäischen Staaten danach beurteilt werden, inwieweit es ihnen bisher gelungen ist, die angesprochenen Mängel zu beseitigen, resp. sie zumindest gemildert zu haben.

Hier herrscht ebenfalls weitgehende Übereinstimmung zwischen den Befürwortern eines dritten Weges, wenn sie das sowjetsozialistische Modell zumindest von zwei Gesichtspunkten aus einer Kritik unterziehen:

1. Zeichnen sich diese Systeme bisher durch eine ungenügende ökonomische Effizienz aus und halten mit dem Westen hinsichtlich der technischen Entwicklung kaum Schritt, wofür nicht zuletzt die theoretisch untermauerte Unterschätzung ökonomischer Elemente (Marktmechanismus, Profitkriterium, Kapitalzins, etc.) verantwortlich ist. Der technische Rückstand kann nicht nur durch wissenschaftliche Analysen 14, sondern auch durch authentische Äußerungen offizieller Persönlichkeiten aus Osteuropa belegt werden 15.

14) Vgl. z.B.: P. Sager: Die technologische Lücke zwischen Ost und West, Bern 1971; H. Kosta, K. Kramer, J. Slama: Der technologische Forschritt in Österreich und in der Tschechoslowakei, Wien 1971; J. Osers: Forschung und Entwicklung in sozialistischen Staaten Osteuropas, Berlin 1974.

15) Z.B. F. Vlasak, L. Riha, letzterer z.Zt. stellvertretender CSSR-Föderalminister f.d. technischen Fortschritt u. Investitionstätigkeit in Vedecko-technicka politika (Die wissenschaftlich-technische Politik), Praha 1970, S. 155: "... die Analyse des technischen Niveaus und der Qualität unserer Produkte und die Praxis unserer Prüfstellen zeigen, daß etwa ein Drittel unserer Erzeugnisse, v.a. im Bereich des Maschinenbaus, den Welt-

Wenn Marx den Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus als eine ökonomisch höhere Entwicklungsstufe (charakterisiert durch eine größere Produktivität) angesehen hat, wenn Lenin, Stalin und Chruschtschew die Ein- und Überholung des Kapitalismus in ökonomischer Hinsicht als Vorbedingung für den "endgültigen Sieg" über den Kapitalismus postulierten, dann kann entgegen diesen Forderungen festgestellt werden, daß diese Ziele bisher weder erreicht worden sind, noch daß Anzeichen dafür bestehen, daß dies in absehbarer Zeit zu erwarten ist 16.

2. Der Sozialismus wird jedoch nicht nur als eine Gesellschaftsformation mit höherer ökonomischer Effizienz, sondern vor allem als humanere Gesellschaftsalternative verstanden, wo letzten Endes, im Kommunismus, — so Marx — "die freie Entwicklung jedes einzelnen die Vorbedingung der freien Entwicklung der gesamten Gesellschaft ist". Der Sozialismus als Übergangsphase sollte — zumindest teilweise — diese humanen Postulate schon erfüllen, d.h. mehr personelle Freiheit, weitergehende Partizipation an der Lenkung von Staat und Wirtschaft auf allen Ebenen sowie mehr Identifikationsmöglichkeiten des Bürgers mit dem Staat (also weniger "Entfremdung") gewähren.

Es bestehen jedoch auch in dieser Hinsicht kaum Zweifel darüber, daß die heutigen Systeme sowjetischer Prägung sich den von Marx (und anderen Sozialisten) postulierten Zielen keineswegs genähert, sondern eher entfernt haben 17.

höchstand erreicht, ein weiteres Drittel verändert oder rekonstruiert werden muß, um ihn zu erreichen, während der restliche Teil wegen Überalterung allmählich aus dem Fertigungsprozeß gezogen werden muß". — Oder K. Rozsypal, Professor d. Prager Hochschule f. Wirtschaftswissenschaften in: K nove etape planoviteho rozvoje vedy a vyzkumu (Zur neuen Etappe der planmäßigen Entfaltung von Wissenschaft und Forschung) in Hospodarske noviny (Wirtschaftszeitung) Praha Nr. 44/1971, S. 3.: "... in diesem (Forschungs- und Entwicklungs- J.O)Netz... haben wir eine führende Position in der Welt erreicht. Was jedoch die erzielten Ergebnisse betrifft, ist dem bei weitem nicht so (kursiv – J.O.).

16) So vertritt P. Sager in dem zit. Werk die Ansicht, daß nach einer Periode des kurzfristigen Aufholens des Ostens die Lücke zwischen Ost und West sich wieder vergrößert:
"Die wirtschaftliche Überholung der Vereinigten Staaten schien in greifbarer Nähe gerückt. Chruschtschew hatte sie für 1970 prophezeit; und auf das Jahr 1980 hatte er gar
den Beginn des integralen Kommunismus in Aussicht gestellt. Doch entschwand die Fata
Morgana, je mehr man sich ihr zeitlich näherte. Heute weisen Wissenschaftler wie
Sacharow, Kapiza und Medwedew... unüberhörbar darauf hin, daß die Diktatur, die die
rasche, aber teure Industrialisierung bewerkstelligte, zum Hindernis weiterer Entwicklung
geworden ist." P. Sager: Die technologische Lücke zwischen Ost und West, a.a.O. S. 6.

17) Vel auch Garaudy: der Kampf der Arbeiter gegen die Bourgeoisie hat nicht zum

17) Vgl. auch Garaudy: "... der Kampf der Arbeiter gegen die Bourgeoisie hat nicht zum Sieg der Arbeiter geführt, sondern wie in der UdSSR zu einem Machtmonopol der Technobürokratie." (Alternative, S. 75) Oder Šik: "Diese sozialistischen Prinzipien wurden im sowjetischen System nicht realisiert und können dort unter den Bedingungen einer poli-

Der "dritte Weg" - Ausweg aus dem Dilemma?

Gelangt man also zu der Erkenntnis, daß einerseits die heutigen westlichen Systeme trotz Einbeziehung vieler sozialer Elemente (Soziale Marktwirtschaft) bisher nicht fähig waren, ihre substantiellen Mängel zu beseitigen, erweist es sich andererseits, daß der Sowjetsozialismus trotz partieller Aufgabe seines ursprünglich starren Zentralismus und Dirigismus ebensowenig seinen eigenen Schatten überspringen und echte sozialistische Ziele erreichen konnte, ohne sich selbst in Frage zu stellen 18. So besteht als Alternativlösung die Frage nach dem "dritten Weg" – so unterschiedlich er zur Zeit im einzelnen noch von verschiedenen Wissenschaftlern konzipiert sein mag.

Entgegen den Vorstellungen der Marxisten, die für sich den Exklusivanspruch auf die wahre Erkenntnis "objektiver gesellschaftlicher Gesetzmäßigkeiten" erheben und auf diese Weise die Richtigkeit ihrer Zielvorstellungen legitimieren wollen ¹⁹, vertreten die genannten Befürworter eines dritten Weges die Ansicht, daß bisher kein fertiges "Rezept" vorliege ²⁰.

Auch dieser Beitrag setzte sich lediglich zum Ziel, einige von den genannten Autoren bisher erarbeitete allgemeine und (logischerweise) unterschiedliche Zukunftskonzeptionen darzustellen, aus denen zumindest folgende gemeinsame Ansätze abgeleitet werden können:

zeilichen Unterdrückung jeder freiheitlichen Regung des Volkes nicht einmal propagiert werden." (Der dritte Weg, S. 415)

18) Der Prager Frühling war ein Beispiel dafür, daß eine echte Demokratisierung des sowjetsozialistischen Modells zu dessen Destruktion geführt hätte.

19) Wie autoritativ dieser Anspruch auf die Richtigkeit der marxistischen Weltanschauung selbst in einem der am wenigsten dogmatischen Länder Osteuropas erst kürzlich erneut erhoben wurde, beweist folgendes Zitat aus dem Referat des ungarischen Parteisekretärs György Áczel: "Im Zusammenhang mit diesen revisionistischen Tendenzen (bei Hegedüs, Markus, Vajda, u.a. — J.O.) möchte ich György Lukacs zitieren, nach dessen frappanten Gleichnis man gewisse Fragen seit Marx in den Gesellschaftswissenschaften ebensowenig als Streitfragen ansehen kann, wie es seit Kopernikus, Galilei und Kepler nicht mehr zum Bereich der Freiheit der Naturwissenschaften gehört, darüber zu streiten, ob die Erde um die Sonne kreist oder die Sonne um die Erde." ... "Der Marxismus jedoch kennt in jeder Frage nur eine einzige, der objektiven Realität entsprechende, richtige Antwort" (kursiv — J.O.) György Áczel, Einige aktuelle Fragen des ideologischen und kulturellen Lebens, Referat auf der Landeskonferenz über Agitation, Propaganda und Kultur, 12.—25.1.1973. Zitiert nach "Bulletin der Botschaft der Ungarischen Volksrepublik in der Deutschen Demokratischen Repulik", 3. Jahrgang Nr. 3, (6. April 1973) S. 5.

20) Vgl.: Garaudy: "In der Politik gibt es kein gebrauchsfertiges Modell". (Alternative, S. 9.)

- 1. Die Gesellschaft eines "dritten Weges" wird anscheinend eine politischpluralistische Gesellschaftsordnung darstellen mit einer demokratisch kontrollierten (und kontrollierbaren) zentralen Rahmenplanung, die mit marktähnlichen Elementen (als Vorbedingung für Informationsgewinnung, Effektivitätskriterien und Konsumentenautonomie) kombiniert wäre.
- 2. Die Bevölkerung sollte an einer optimalen Kapitalentwicklung interessiert werden, wobei gleichzeitig die Dominanz der Konsumenteninteressen über die der Produzenten gewährleistet sein müßte.
- 3. In einer technisch sich rasch entwickelnden Gesellschaft dürfte die menschliche Existenz nicht durch die Technik bedroht werden, sondern der technische Fortschritt müßte im Gegenteil zum Garanten einer humanen Entwicklung werden.
- 4. Solche Zielsetzungen können lediglich aufgrund einer breiten Unterstützung durch die Bevölkerung erreicht werden, wobei die einzelnen in diese Richtung weisenden Schritte theoretisch nur stufenweise entwickelt und ständig auf breiter Basis diskutiert werden müßten. Die Realisierung der sich aus diesen Diskussionen ergebenden Resultate in der Praxis müßte dann empirisch trotz der hier bestehenden Schwierigkeiten laufend überprüft und ausgewertet werden.

Anliegen dieses Beitrages war es, anhand der Arbeiten einiger bekannter Autoren solche Bemühungen aufzuzeigen.

Thesen für eine ordnungspolitische Alternative

Gegen kollektive Macht Für persönliche Freiheit
Gegen demokratischen Sozialismus Für soziale Gerechtigkeit

Heinz Hartmut Vogel

Die gesellschaftspolitische Alternative der kommenden Auseinandersetzungen lautet:

entweder

zunehmende Kollektivierung, Demokratisierung und Sozialisierung der Gesellschaft

oder

Eindämmung der öffentlichen Gewalt und der Staatsaufgaben; Absicherung der Persönlichkeitsrechte in Wirtschaft und Kultur, Ausbau der freiheitlichen Demokratie zu einer Ordnung der persönlichen Freiheit und sozialen Gerechtigkeit.

Thesen zur Gesellschaftspolitik

1. Wirtschaftspolitik

Das Recht auf Selbstbestimmung und das Recht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit müssen in der Wirtschaft für alle Beteiligten (nicht nur für die sog. "Selbständigen") bis hin zur Eigentumspolitik in der marktwirtschaftlichen Ordnung, in der rechtlichen Betriebsstruktur und in den Mitarbeiterverträgen wirksam werden. Voraussetzung ist der zielbewußte Ausbau der Sozialen Marktwirtschaft und der Wettbewerbsordnung: Verschärfte Antimonopolgesetzgebung, systematische Streuung und dadurch Entmachtung des Kapitals durch entschiedene Förderung der privaten Eigentumsbildung.

a) Partnerschaftliche Ausgestaltung der Betriebe

Individuelle Mitbestimmung am Arbeitsplatz, Umwandlung des Lohnverhältnisses in ein leistungsbezogenes, individuelles Beteiligungsverhältnis; individuelle, leistungsbezogene Beteiligung am zukünftigen Produktivvermögen; Empfehlung entsprechender Musterverträge aufgrund vorliegender praktischer Erfahrungen in Partnerschaftsbetrieben.

b)Währungsordnung

Sicherung der Währung (Verhinderung von Rezessionen durch Ergänzung des Notenbankinstrumentariums zur Umlaufsicherung des Geldes; Erstellung und regelmäßige Veröffentlichung eines Datenkatalogs zur rechtzeitigen Erkennung eines Konjunkturrückganges, und fakultative (überraschend anzusetzende) Bargeldsteuer zur Auflösung spekulativer Bargeldhorte.

c) Bodenordnung

Beseitigung der antisozialen Bodenspekulation durch Abschöpfung der (realisierten) Grundrentenzuwächse. Gesetzliche Einführung des Vorkaufrechtes der Gemeinden bei Eigentumswechsel.

Şozialpolitik

Offenlegung des tatsächlichen Bruttoeinkommens der Lohn- und Gehaltsempfänger einschließlich des "Arbeitgeberanteils" und der betrieblichen Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle, d.h. Ausweis der bisherigen gesetzlichen Gesamtabzüge vom tatsächlichen Brutto-Arbeitseinkommen, für Rentenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall; Aktivierung der individuellen Selbstverantwortung und Selbstvorsorge im Krankheitsfalle durch Umwandlung der Vollkasko-Krankenversicherung in eine Teilkaskoversicherung, und zwar

- Absicherung des großen Krankheitsrisikos (Krankheitsgroßschaden) einschließlich des Einkommensausfalles durch eine Großschadensversicherung nach dem echten Versicherungsprinzip;
- Einrichtung einer individuellen Krankheitssparkasse zur eigenverantwortlichen Abdeckung des kleinen Krankheitsrisikos bis zu einer festzusetzenden Beitragshöhe (ca. DM 2000, — 3000, — pro Konto des Versicherten); Abrechnung nach dem Kostenerstattungsprinzip;
- Einrichtung einer betrieblichen Lohnfortzahlungssparkasse mit individueller Kontenführung.

3. Kulturpolitik

Förderung gesellschaftlicher Initiativen bei der Gründung gemeinnütziger öffentlicher kultureller Einrichtungen in freier Trägerschaft: Kindergärten, Schulen, Hochschulen; Gewährleistung (vor allem auch finanziell) der Wettbewerbsgerechtigkeit zwischen kulturellen Einrichtungen in freier Trägerschaft mit kulturellen Einrichtungen in staatlicher Trägerschaft; Schaffung eines der Wirtschaft analogen "Antimonopol-Gesetzes" der Kultur; Einführung eines Bildungsgutscheines zur individuellen Finanzierung kultureller Einrichtungen (sowohl in freier als auch in staatlicher Trägerschaft).

Begründung der Thesen und sozialpolitische Wertung

1. Zur Wirtschaftspolitik

a) Zur Partnerschaft im Betrieb

Das Vorurteil, daß die Arbeiter- und Angestelltenschaft nicht in der Lage und bereit sei, betriebswirtschaftlich zu denken, muß aufgegeben werden. Die Zukunft fordert die volle Aktivierung des Interesses aller Mitarbeiter am Betriebsziel und am Betriebserfolg. Es besteht die große Chance, die unselbständige Arbeiterschaft und Angestellenschaft dem Sog kollektiver Solidarität zu entreißen, wenn es gelingt, das persönliche Interesse aller am Betriebsgeschehen durch individuelle, leistungsbezogene Partnerschaftsverträge zu aktivieren. Es sollte in Zukunft jedoch nicht mehr von "Partnerschaft von Kapital und Arbeit" gesprochen werden, sondern von Partnerschaft zwischen Unternehmensleitung und Mitarbeiterschaft.

Der Entschluß umzudenken ist fällig:

Sämtliche am Unternehmen Beteiligten sind als eine kooperierende Interessengemeinschaft zu betrachten. Dies hat zur Folge, daß unter Betriebsgewinn künftig der Arbeitsertrag verstanden wird, nach Abzug der Kosten, unter die auch die Bedienung des investierten Kapitals zu rechnen ist. Dies bedeutet: daß die Kapitaleigner bereit sind, entsprechende Verträge mit den Unternehmen zu schließen (Partnerschaftsverträge). Es wird für die Kapitaleigner ein Umdenken gefordert, das in der Betriebsbilanz seinen Niederschlag findet: Die bisherigen Einkünfte aus Kapitalbesitz werden sie in Zukunft auf der Kostenseite der Bilanz wiederfinden.

Die Bereitschaft hierzu muß den Kapitaleignern in ihrem eigenen Interesse abgerungen werden, wenn die Vollsozialisierung der Wirtschaft verhindert werden soll. Es steht mehr auf dem Spiel als die Sicherung einer mehr oder weniger hohen Profitmarge aus Kapitalbesitz. Es muß davon ausgegangen werden, daß der arbeitenden Bevölkerung heute bewußt ist, daß das investierte Kapital durch zusätzliche Arbeitsleistung von den Arbeitern und Angestellten aus dem Arbeitsertrag bedient werden muß. Der Begriff "arbeitsloses Einkommen" ist nicht nur eine wirksame Kampfparole der Sozialisten, sondern eine Realität, der man nur dann ihre klassenkämpferische Spitze nehmen kann, wenn die Verzinsung des Betriebskapitals für jeden Mitarbeiter einsehbar und realistisch in der Bilanz als Kostenfaktor ausgewiesen wird. Jedem Mitarbeiter muß die tatsächliche Ertragslage transparent gemacht werden. Ohne diese Offenheit wird es nicht gelingen, die Arbeiterschaft am Wohl und Wehe der Unternehmen ebenso zu interessieren wie die Unternehmer selbst. Das Interesse von Unternehmensleitung und Mitarbeiterschaft am Betriebsschicksal muß gleichgerichtet werden. Solange Löhne und Gehälter auf der Kostenseite der Bilanz verbucht werden und unter Gewinn

Kapitalgewinn verstanden wird, liefern wir dem Sozialismus weiterhin die Argumente zur "Expropriation der Expropriateure".

Über betriebliche Partnerschaft liegen bereits zahlreiche Modelle vor, so daß sie heute schon in eine allgemein gehaltene gesetzliche Rahmenordnung gefaßt werden kann (siehe auch erster Schritt zu einer "betrieblichen Gewinn- und Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer" im Antrag an den Deutschen Bundestag, 6. Wahlperiode, Drucksache VI/3613). Man sollte jedoch in Zukunft auf die Begriffe "Arbeitgeber - Arbeitnehmer" verzichten und nur noch von Unternehmensleitung und Mitarbeiterschaft sprechen. Entscheidend wird sein, daß der gesellschaftspolitische und gesamtwirtschaftliche Zusammenhang der Mitarbeiterpartnerschaft erkannt und deutlich gemacht wird. Jeder einzelne Bürger muß daraus erkennen können, daß tatsächlich der Gegensatz von Kapital (Boden- und Geldkapital) und Arbeit überwunden werden soll zugunsten der Vorrangigkeit der menschlichen Arbeit; daß die Arbeit der eigentliche produktive Faktor ist; daß der Boden im Prinzip allen zugänglich gemacht werden soll und Kapitalbildung in Zukunft nur aus leistungsbezogenem Arbeitseinkommen durch Konsumverzicht möglich sein wird. Daß zu diesem Ziel viele Schritte erforderlich sind, wird jeder verstehen, wenn nur das gemeinsame Ziel unmißverständlich zu erkennen ist.

Auf die "soziale Kosmetik" paritätisch oder drittelparitätisch besetzter Aufsichtsräte sollte verzichtet werden. Es muß deutlich gemacht werden, daß für den einzelnen Mitarbeiter damit nichts gewonnen ist, daß vielmehr Mitbestimmung am Arbeitsplatz und arbeitsplatzbezogene Mitverantwortung und Mitbeteiligung anzustreben ist.

Dagegen könnte das "Hommodell" dazu dienen, ein gesamtbetriebliches Bratungsgremium (oder "Aufsichtsrat") zu institutionalisieren, das sich aus Mitarbeitervertretern und Vertretern der Kapitaleigner zusammensetzt und zusammen mit den leitenden Mitarbeitern (Management) einen Verwaltungsrat bildet, der wesentliche gesamtbetriebliche Entscheidungen berät, Entscheidungsunterlagen bereitstellt und nur einstimmig beschließt. Die letzte Entscheidung liegt jedoch grundsätzlich beim Management, insbesondere dann, wenn Einstimmigkeit nicht erzielbar ist. Gegenstand der Beratungen: Neuinvestitionen großen Umfanges, wesentliche Betriebserweiterungen oder Verlegungen, Produktionsumstellungen, Veränderung der Kostenstruktur, einschließlich der Kapitalverzinsung, Verwendung des verbleibenden "Gewinns" (Arbeitsertrag nach Abzug der Kosten und des vorab ausgezahlten "Leistungslohnes").

Langfristiges Ziel ist es, den Gegensatz von Lohn- und Kapitalinteresse dadurch zu überwinden, daß alle Mitarbeiter zum Unternehmen in ein vertragliches, gesellschaftsrechtliches Verhältnis treten. Dazu sind bestimmte noch bestehende steuerrechtliche Hindernisse zu beseitigen.

b) Zur Währungsordnung

Heute ist zur Genüge bekannt, daß das konjunkturpolitische Instrumentarium der Zentralnotenbank nicht ausreicht, um eine ausgewogene Dauerkonjunktur mit Dauervollbeschäftigung, stabilem Preisniveau und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht zu gewährleisten. Zwei Störungsfaktoren müssen durch währungspolitische Maßnahmen in Zukunft ausgeschaltet werden:

- 1. der Einbruch zusätzlichen Geldes in den binnenwirtschaftlichen Kreislauf aus dem Ausland durch Freigabe der Wechselkurse im Zusammenhang mit dem schrittweisen Abbau der Interventionspflicht der Notenbank an der Devisenbörse (durch Aufgabe des Währungsabkommens von Bretton-Woods und den Verzicht auf den Dollar als Leitwährung ist dieser Prozeß schon eingeleitet);
 - 2. die private Manipulierbarkeit der Währung zu spekulativen Zwecken.

Umlaufsicherung der Währung:

Der Umlauf der Zahlungsmittel ist durch geeignete Maßnahmen der Notenbank auch dann zu gewährleisten, wenn der Landeszinsfuß (Realzins) unter 2-3 % absinkt. Vagabundierendes Geld, das zu spekulativen Zwecken liquide gehalten wird (John Maynard Keynes:,,Ungesunder Hang zur Liquidität"), wirkt inflationär, da es jederzeit überraschend (vgl. Korea-Boom Euro-Dollar) auf dem Verbrauchsgüter- und Geldmarkt als zusätzliche Kaufkraft auftreten kann.

Eine stetige und wirksame Anpassung des Zahlungsmittelvolumens an das Warenvolumen (Indexwährung) ist nur möglich, wenn sämtliche ausgegebenen Banknoten (auch das Buchgeld) in steter Zirkulation gehalten werden. J. M. Keynes hat hierfür eine fakultative (bei Bedarf überraschend anzuwendende) Bargeldsteuer vorgeschlagen.

Die Zentralnotenbank ist daher gesetzlich zu verpflichten, die Geld- und Kapitalströme in Fluß zu halten. Bei Anzeichen von Kapitalverknappung – abzulesen entweder am steigenden Landeszinsfuß, überdurchschnittlichen Aktienverkäufen oder an Anzeichen eines allgemeinen Konjunkturrückganges wie stagnierende oder rückläufige Spartätigkeit oder allgemeinen Auftragsrückgang mit drohender Kurzarbeit usw. — ist die Zentralnotenbank ermächtigt und verpflichtet, überraschend Banknoten zu einem kostenpflichtigen Umtausch abzurufen. Allein schon die Androhung einer solchen Maßnahme bewirkt die Umlaufsicherung des Geldes und verhindert den "ungesunden Hang zur Liquidität". (Der Datenkatalog für ein Eingreifen der Zentralnotenbank könnte noch vervollständigt werden).

Der Gesetzgeber muß verhindern, daß Banknoten und Geldguthaben aus spekulativen Gründen von privater Seite ihrer volkswirtschaftlichen Funktion, den Warenaustausch und die Kapitalbildung zu bewirken, entzogen werden. Die Währung ist ein öffentlich-rechtliches Instrument des Gemein-

wesens. Der Gesetzgeber muß durch konjunkturpolitische, d.h. währungsrechtliche Maßnahmen die Spekulation mit der Währung unmöglich machen.

c) Zur Bodenordnung

Grund und Boden — unsere gemeinsame Lebensgrundlage — soll allen Bürgern in gleicher Weise als Eigentum zur Verfügung stehen. Dies bedeutet: Gleiche Chancen für alle, über Grund und Boden tatsächlich verfügen zu können. Da der Boden nicht beliebig vermehrbar ist, alle Menschen aber ein gleiches natürliches Recht auf den Boden als Lebensgrundlage haben, muß durch die Rechtsordnung verhindert werden, daß der einzelne Bodeneigentümer gegenüber den Nichteigentümern eine Monopolstellung gewinnt. Die Knappheit des Bodens kommt in der Höhe der Grundrente zum Ausdruck. Diese ist in sämtlichen Preisen und Mieten mit enthalten und fließt dem jeweiligen Bodeneigentümer unverdient zu. Die Grundrente ist letztenendes das Ergebnis des Bedürfnisses aller auf Boden und seine Nutzung.

Vorschlag:

Der Grundrentenzuwachs (Grundrentenerhöhung infolge steigenden Bevölkerungsdruckes, Raumplanung) wird zugunsten der Gemeinden (Bodenfonds) abgeschöpft. Bebauungsfähige Grundstücke, die in den Bebauungsplänen ausgewiesen sind, unterliegen ebenfalls der Grundrentenzuwachsabgabe. Dadurch wird das Angebot an bebauungsfähigen Grundstücken erhöht und ein weiterer Druck nach unten auf die Grunstückspreise bzw. Grundrenten ausgeübt. Die Lebensbedürfnisse der gesamten Bevölkerung und die dem Gesamtinteresse dienende Raumplanung verursachen die Grundrente. Sie muß deshalb auch auf die Allgemeinheit umgelegt werden. Eine Raumordnung mit langfristigen differenzierten Bodennutzungs- und Bebauungsplänen für freie Landschaften, Wohngebiete, landwirtschaftliche Nutzung, kulturelle Einrichtungen, Infrastruktur mit öffentlichen Diensten, Industriegebieten wird eine ebenso differenzierte und überschaubare Entwicklung der Grundstückspreise und der Grundrenten ergeben. Entscheidend ist, daß durch die zu treffenden Maßnahmen der Boden der privaten Spekulation entzogen wird.

Es entspricht der sozialen Gerechtigkeit, daß volkswirtschaftliche Werte demjenigen zugute kommen, der sie hervorbringt. Die Grundrente ist ein Ergebnis der Produktivität und des Interesses der gesamten Bevölkerung – und nicht das Ergebnis der Tüchtigkeit des zufälligen Grundeigentümers (die Leistungsnutzung des Bodens durch den Eigentümer und das daraus erzielte Einkommen hat mit der Grundrente prinzipiell nichts zu tun).

Ein Absinken der Grundrente als Folge der Wertminderung eines Grundstückes z.B. durch Raumplanungsmaßnahmen muß selbstverständlich — wie bei einem Umwidmungsverfahren im öffentlichen Interesse — im vollen Umfange aus dem Grundrentenfonds erstattet werden. Ausschließlich zu eigenen

Wohnzwecken benutzte Grundstücke. die eine durch Gesetz festzulegende durchschnittliche Grundstücksfläche nicht überschreiten, sind von der Grundrentenzuwachsgabe ausgenommen. Gewerblich genutzter Boden, Miethäuser oder geschlossen vermietete Wohnungen unterliegen jedoch der Grundrentenzuwachsabgabe.

2. Zur Sozialpolitik

Unter Sozialpolitik werden heute jene Gemeinschaftsleistungen verstanden, durch die der Einzelne vor unverschuldeter Not bewahrt werden soll. Über 90 % der Bevölkerung sind inzwischen sozial versichert. Die Sozialgesetze verpflichten den einzelnen Bürger, Beiträge zur Renten-, Krankenund Arbeitslosenversicherung aus dem eigenen Arbeitseinkommen zu leisten. Diese gesetzliche Verpflichtung ist durchaus mit den Prinzipien der freien demokratischen Ordnung vereinbar. Dagegen widerspricht es dem Grundsatz der Selbstbestimmung und Selbstverantwortung, wenn der Gesetzgeber seinen Bürgern das (zweckgebundene) Verfügungsrecht über einen wesentlichen Teil ihres Einkommens vorenthält.

Vorschlag:

Die Arbeiter- und Angestelltenschaft ist darüber aufzuklären, daß 35-40% ihres tatsächlichen Bruttoarbeitsverdienstes ihrer freien (zweckgebundenen) Verfügung entzogen wird. D. h. 35-40% des Arbeitseinkommens sind bereits sozialisiert. Den Lohn- und Gehaltsempfängern muß deutlich gemacht werden, daß der sog. "Arbeitgeberanteil" zur Renten- und Krankenversicherung und die z.Zt. 7% der Lohnsumme ausmachende Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zum Bruttoarbeitsverdienst zu rechnen sind. Die Unternehmen holen diese Beträge über die Preise wieder herein. Der Betrieb verbucht dies bisher als zusätzliche Kosten. Um der Wahrheit willen muß der Begriff "Arbeitgeberanteil" fallengelassen werden.

Der Einzelne übt heute keine Selbstkontrolle über seine Ausgaben für Krankheits- und Lohnfortzahlung aus. Die gesetzliche Vollkaskokrankenversicherung veranlaßt die Versicherten zu einer unkontrollierten und unkontrollierbaren Inanspruchnahme der einbehaltenen Einkommensteile. Die auszuzahlenden Beträge für Krankheit und Lohnfortzahlung stehen in keinem angemessenen Verhältnis zur therapeutischen Effizienz. Das entwürdigende Krankenkassenbezugsscheinsystem entmündigt die Bürger auf dem wichtigsten persönlichen Gebiet der Eigenverantwortung in gesundheitlichen Fragen. Der Vorwurf, die Ärzteschaft bereicher sich an den sauer verdienten Krankenkassenbeiträgen der Versicherten, trifft nicht die Ärzteschaft, sondern das System der GKV. Die Vollkaskokrankenversicherung, die vorgibt, auch für die geringfügigste alltägliche Unpäßlichkeit, d.h. für jede beliebige Inanspruchnahme des Arztes oder der Apotheke, Versicherungsschutz zu

gewähren, ist eine Fiktion; sie muß an der schrankenlosen Kosteninflation, die dadurch ausgelöst wird, scheitern. Weil man die Ursache nicht im System selbst sucht, sieht man in der Vollsozialisierung der Medizin den einzigen Ausweg. Damit würde eines der Fundamente unserer freiheitlichen Ordnung zerstört: Das freie, selbstverantwortliche Patient-Arzt-Verhältnis. Von Lenin soll der Satz stammen: "Die Sozialisierung der Gesellschaft führt über die Sozialisierung der Medizin".

Es wird deshalb vorgeschlagen, das kleine Krankheitsrisiko vom Krankheitsgroßschaden versicherungstechnisch zu trennen. Die Beschränkung des Solidaritätsprinzips auf den Krankheitsgroßschaden bringt den echten Versicherungsgedanken zur Wirkung. Er beruht darauf, daß sowohl der Versicherte als auch der Versicherungsträger das gleiche Interesse daran haben, daß der Versicherungsfall nicht eintritt (Beispiele: Gebäudebrandversicherung, Reisegepäckversicherung). Die Versicherungsprämien können entsprechend niedrig gehalten werden. Neben der Großschadens-Krankenversicherung (Solidaritätsprinzip) wird ein individuelles Krankheitssparkonto geführt, über das der Versicherte bis zu einer bestimmten Höhe frei verfügt (modifizierter Zeissplan). Es handelt sich dabei um ein zweckgebundenes Pflichtsparen bis zu einer nach Erfahrungssätzen zu bestimmenden Höhe, z.B. 2-3 Monatseinkommen. Nach Auffüllen des Krankheitssparkontos ist der Verischerte nicht verpflichtet, weitere Beträge einzuzahlen. Die angesparten Beträge bleiben Eigentum des Versicherten. Auszahlungen ohne Rechnung einer Apotheke oder eines Arztes sind nicht möglich (Prinzip der Kostenerstattung).

Der Versicherte hat die Ausgabenkontrolle selbst in der Hand, er ist daran interessiert, sein Konto nicht mit unnötigen Ausgaben für Bagatellfälle zu belasten. Zugleich kontrolliert er den Arzt bezüglich seiner Leistungen und der Kosten. Die Beanspruchung eines Arztes ist ein privater Vertrag. Der Patient ist Auftraggeber des Arztes. Der Arzt wird verpflichtet, die zu erwartenden Behandlungskosten aufgrund eines zu veröffentlichenden detaillierten Kostenkatalogs dem Patienten vor Beginn der Behandlung bekanntzugeben.

Die Großschadenskrankenversicherung setzt erst ein nach voller Inanspruchnahme des individuellen Krankheitssparkontos, d.h. wenn die Krankheitskosten und der Einkommensausfall 2 (oder 3) Monatseinkommen überschreiten. Dieses grobe Zahlenbeispiel wird sich durch die Erfahrung möglicherweise nach der einen oder anderen Seite verschieben. Es handelt sich jedoch darum, daß durch eine Reform der gesetzlichen Krankenversicherung und des Lohnfortzahlungsgesetzes die Selbstverantwortung und Selbstkontrolle des Bürgers in gesundheitlichen Fragen wieder hergestellt wird.

3. Zur Kulturpolitik

Der Bestand unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung wird in Zukunft davon abhängen, ob die kommenden Generationen in einer freiheitlichen Lebensatmosphäre aufwachsen können. Dies hängt entscheidend von der Struktur unseres Bildungswesens ab. Das Staatsschulmonopol ist zwar durch Artikel 7 Abs. 4 GG formell aufgehoben. Die staatliche Schulverwaltung läßt jedoch nach wie vor keinen Raum für die pädagogische Selbständigkeit der einzelnen Schulen und für die Mannigfaltigkeit pädagogischer Systeme. Durch das staatliche Berechtigungswesen gilt dies weitgehend auch für öffentliche Schulen in freier Trägerschaft. Der Strukturplan für das deutsche Bildungswesen birgt zudem die Gefahr in sich zu einer noch strafferen Zentralisation und Vereinheitlichung der Lernziele und der Curricula-Kontrolle. Eine freiheitliche Demokratie sollte getragen sein von dem Gedanken der pädagogischen Selbständigkeit und Vielfalt im Schulwesen.

Eine Reform unseres Bildungswesens darf deshalb nicht eine weitere Vereinheitlichung und Zentralisation unserer Schulen zum Ziele haben, sondern muß im Gegenteil die Dezentralisation der Schulverwaltung und die pädagogische Autonomie und Mannigfaltigkeit der einzelnen Schulen anstreben. Schritt für Schritt sollte man den Schulen sowohl in staatlicher wie in freier Trägerschaft den Freiheitsraum zu eigenen pädagogischen Alternativen gewähren. An die Stelle der Zentralverwaltungsschule muß die pädagogische Selbstverwaltung der einzelnen Schule treten. Damit kommt auch im Schulwesen ein gewisser Wettbewerb unterschiedlicher Schulformen und pädagogischer Systeme zum Zuge. Die bewußt gewollte Vielfalt im Schulwesen entspricht dem Recht und der Pflicht der Eltern, die Erziehung ihrer Kinder zu bestimmen (Art. 6 GG) und dem Wesen der freiheitlichen Demokratie.

Ein Schulentwicklungsplan sollte darüberhinaus die Kluft zwischen berufsbildendem und allgemeinbildendem Schulwesen beseitigen- und ein soziales Schulmodell entwickeln, das Gymnasial-, Real- und Berufsschulbildung in einem Schultyp vereint. D.h. der praktisch-handwerklichen und künstlerischen Grundausbildung sollte neben der Allgemeinbildung und der wissenschaftlichen Förderung etwa gleichwertige Bedeutung zukommen.

Vorschlag:

Langfristig sollte angestrebt werden, in die Real- und Gymnasialausbildung wahlweise zwei Jahre handwerklicher und (oder) künstlerischer Kurse einzufügen. Nach Abschluß des 10. Schuljahres können zwei mehr wissenschaftsbezogene oder mehr praxisbezogene Schuljahre gewählt werden. Der Abschluß des 12. Schuljahres wird mit einer Jahresarbeit (praktisch, künstlerisch oder wissenschaftlich) erreicht. An die Stelle des 13. Schuljahres tritt ein praktisches Berufsfindungsjahr. Dieses praktische Jahr kann entweder mit den beiden bereits absolvierten praktischen Jahreskursen auf die Ausbildungszeit

eines Lehrberufes angerechnet werden oder es bildet die Voraussetzung zur Qualifikation für eine weiterführende Fachhochschulausbildung bzw. für die Aufnahme an einer Universität.

Beispiel: Praktisches Berufsfindungsjahr Medizin:

Das praktische Jahr eines künftigen Arztes wird in einer Lehrklinik in der Krankenpflege mit Unterricht abgeleistet. Eine Jahresarbeit und eine mündliche Prüfung schließen das Jahr ab und können zum Eintritt in eine medizinische Hochschule qualifizieren. Ähnliche Praktika können für ein Hochschulstudium der Fächer Biologie, Chemie, Physik, Pädagogik usw. absolviert werden. Der Abschluß des praktischen Berufsfindungsjahres ersetzt das bisherige studienberechtigende Abitur. Hierfür sprechen zwei Gründe:

- 1. Das Abitur mit dem Rechtsanspruch zum Studium wird heute schon juristisch infrage gestellt. Die erheblichen Prüfungsunterschiede zwischen den Ländern, aber auch zwischen den einzelnen Schulen selbst verletzen den Gleichheitsgrundsatz, da ein Recht (Recht auf Hochschulstudium) nur unter völlig gleichen Bedingungen verliehen werden kann. Die Notwendigkeit zu Numerus-clausus-Fächern einen Länderdurchschnitt der Abiturnoten zu errechnen und dem einen Lande einen Notenbonus und dem anderen einen Notenmalus zuzuteilen, beweist die Unhaltbarkeit der Vergabe von Studienberechtigungen aufgrund der Prüfungsergebnisse.
- 2. Es ist menschlich und rechtlich nicht zu verantworten, daß eine einmalige Prüfung (auch wenn sie ein zweites Mal wiederholt werden darf) über das Lebensschicksal eines noch Unmündigen entscheidet.

Die richtige Berufsfindung ist dem Jugendlichen durch die teils zu früh einsetzende Berufsschule, teils durch die einseitige wissenschaftsbezogene Gymnasialbildung in den meisten Fällen nicht möglich. Andererseits sagt das bestandene Abitur über die Studierfähigkeit und eine spätere fachliche und berufliche Qualifikation nichts aus.

Was wird mit den praktisch-künstlerischen Jahreskursen und dem Berufsfindungsjahr erreicht?

- 1. Die reine Schulzeit wird von 13 Jahren auf 12 Jahre verkürzt. Das bisherige Abiturvorbereitungsjahr dient bereits der Berufsfindung bzw. der Berufsvorbereitung.
- 2. Die integrierte berufsbildende und gymnasiale Ausbildung überwindet die Reste gesellschaftlicher Klassenunterschiede.
- 3. Die praktische und intellektuelle Bildung verlieren ihre falsche Bewertung in der Öffentlichkeit (Statusbewußtsein der Akademiker).
- 4. Die auch von anderer Seite vorgeschlagene intellektuelle und praktische Studienqualifikation durch ein Berufsfindungsjahr wird dem Studienbewerber eine realistischere Berufsfindung ermöglichen. Nicht zuletzt wird der

Andrang zu Numerus-clausus-Fächern an den Hochschulen von einer wirklichkeitsnäheren Schulbildung her mit Sicherheit eine Korrektur erfahren.

Die Schule wird entweder nach dem 10. Schuljahr oder mit dem Berufsfindungsjahr abgeschlossen. Die Schulleistungen einschließlich der Leistungen während des 13. praktischen Jahres werden in einem Gutachten, das keinen berechtigenden Charakter hat, nachgewiesen. Für die nachfolgenden Fachhochschulen und Universitäten stellen die Abschlußgutachten Empfehlungen dar. Sie werden je nach Qualifikation und dem öffentlichen Ansehen der Schule von den weiterführenden Schulen bzw. Hochschulen ohne weiteres anerkannt oder durch eine Probezeit oder ergänzende Hochschuleingangsprüfung kontrolliert.

Der Studienvertrag stellt nicht wie bisher einen (fiktiven) Rechtsanspruch dar, sondern ist, wie heute schon der Lehrvertrag, eine privatrechtliche individuelle Vereinbarung zwischen Schüler und Lehrer, Studienbewerber und Hochschule über die beiderseitigen Rechte und Pflichten.

Zur Hochschulreform

Für das Hochschulwesen gelten ähnliche Grundsätze wie für das allgemeinbildende Schulwesen.

Ziel der Hochschulreform ist die Herstellung der rechtlichen Autonomie der einzelnen Hochschule. Die schon bestehende – und durch das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichtes bestätigte Freiheit von Forschung und Lehre gilt im Hochschulrahmen für die Fachbereiche im Ganzen. Die Hochschulverfassung bedarf daher einer Konkretisierung des wissenschaftlichen Autonomiebegriffes. Dies ist möglich durch die Institutionalisierung einer ständigen wissenschaftlichen Zielkonferenz der zur Fakultät gehörenden Hochschullehrer einschließlich aller an der Forschung und Lehre unmittelbar beteiligten wissenschaftlichen Assistenten und graduierten Studenten.

Vorgeschlagen wird eine Gliederung der ständigen Zielkonferenz in einen für die Durchführung von Forschungsvorhaben und Lehrveranstaltungen verantwortlichen Verwaltungsrat und in die Gesamtkonferenz. Der Verwaltungsrat wird von der Gesamtkonferenz auf Zeit gewählt und erstattet regelmäßig Bericht (Republikanische Verfassung). Eine paritätische Besetzung der Zielkonferenz aus dem gesamten Hochschulpersonal einschließlich der an Forschung und Lehre noch nicht beteiligten Studenten widerspricht dem Sinn und der Aufgabenstellung der Hochschule. Das Verhältnis der Studenten zur Hochschule ist durch einen Studienvertrag zu regeln. Er beinhaltet das Anliegen der Studenten auf sachgemäße Studienförderung und die Verpflichtung der Fakultät, das im Studienverzeichnis ausgewiesene Lehrangebot zu erfüllen. Der Studienbewerber hat vor Abschluß des Studienvertrages die Möglichkeit, alle möglichen Auskünfte über die Studienbedingungen einzuholen. Bei Nichterfüllung des Studienvertrages von seiten des Studienvertrages von

dierenden oder von seiten der Hochschule besteht die Möglichkeit, ein hochschulinternes Schiedsgericht anzurufen. Schließlich steht der Rechtsweg offen.

Der privatrechtliche Studienvertrag hat die rechtliche Autonomie der Hochschule zur Voraussetzung. Ein privatrechtlicher Studienvertrag kann nicht mit dem Staat bzw. dem Staat als Dienstherrn der Hochschule abgeschlossen werden, da es zum Wesen des Privatvertrages gehört, daß beide vertragschließenden Parteien rechtlich unabhängig sind. Die Forderung der Studenten und Assistenten nach Mitbestimmung und Demokratisierung der Hochschule ist eine Folge des bestehenden staatlichen Hochschulmonopols. Aufgrund ihrer Machtstruktur bietet die Staatsuniversität den Studenten und Assistenten keine Alternativen.

Statt dessen fördert die wissenschaftliche und rechtliche Autonomie der einzelnen Hochschulen die Vielfalt der Studiengänge und aktiviert zugleich den bisher völlig darniederliegenden Wettbewerb der Hochschulen untereinander. Die Hochschulreform muß daher die wissenschaftliche und rechtliche Selbstverwaltung und Eigenständigkeit der Hochschulen bis in die Studienund Prüfungsordnungen hinein zum Ziele haben. Erst dann ist es möglich, den privatrechtlichen Studienvertrag an die Stelle des bisherigen Rechtsanspruches auf einen Studienplatz treten zu lassen.

Die Machtkämpfe an unseren Hochschulen werden erst dann von Grund auf überwunden, wenn die Studienanwärter ihre Erwartungen an die Hochschule in freien privatrechtlichen Studienverträgen artikulieren können. Der Überführung der Staatsuniversität in eine autonome Körperschaft des öffentlichen Rechtes steht der Beamtenstatus der Hochschullehrer entgegen. Es ist jedoch möglich, den Lehr- und Forschungsauftrag an einer Universität vom Beamtenrecht abzutrennen, so daß bei der Lösung eines Lehr- und Forschungsauftrages die fortbestehenden Beamtenrechte nicht berührt werden. Man wird allerdings in Zukunft die mit dem Beamtenstatus der Hochschullehrer verbundenen Freiheitsprivilegien nicht aufrecht erhalten können. Der beamtete Hochschullehrer, der sich auf Artikel 5 GG: "Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei" beruft, genießt ein Lehr- und Forschungsprivileg gegenüber allen nicht beamtenrechtlich abgesicherten freien Lehrern und Forschern. Diese befinden sich in einem Wettbewerbsnachteil gegenüber den im Beamtenverhältnis stehenden Hochschullehrern. Diese Tatsache ist ein weiterer Anlaß für die Aufsässigkeit der am Freiheitsprivileg der Hochschullehrer nicht beteiligten übrigen wissenschaftlichen Hochschulmitglieder – und nicht zuletzt der Studenten.

Vorschlag:

Die Hochschulverfassung dahingehend zu ändern, daß die einzelne Hochschule in die Lage versetzt wird, sich ihre Studienordnungen selbst zu geben, d.h. den Studenten und Assistenten hochschuleigene Lehr- und Ausbildungs-

angebote zu machen. Die damit freigegebene Eigenprägung der Hochschule wird den dringend notwendigen Wettbewerb der Hochschulen um Studenten, Assistenten und Hochschullehrer auslösen. Aufgrund der Rechtsautonomie hat die Hochschule nunmehr das Recht, unter den Studienbewerbern eine Auslese zu treffen. Ein Rechtsanspruch des Studienbewerbers an die Universität besteht dann nicht mehr.

Finanzierung

Um den Wettbewerb der Hochschulen untereinander zu aktivieren, muß ihre Finanzierung teilweise von der Nachfrage, d.h. vom Zustrom der Studenten, abhängig gemacht werden. Andererseits muß der Studienbewerber in der Lage sein, die Hochschule seiner Wahl mitzufinanzieren. Letzteres geschieht am einfachsten durch einen Studienbonus, den der Studienbewerber bei Abschluß des Studienvertrages der Hochschule seiner Wahl übergibt. Eine weitere freie Finanzierung wäre durch zinslose, rückzahlbare Darlehen möglich. Studienbonus und Darlehen könnten aus treuhänderisch verwalteten Fonds gespeist werden, die aus steuerbegünstigten Spenden und Stiftungen sowie staatlichen Zuschüssen gebildet werden.

Die Gründung von Hochschulen in freier Trägerschaft sollte gefördert werden. Pläne dazu liegen bereits vor (Siehe Pläne für eine freie medizinische Akademie des Hartmannbundes und für eine freie zahnärztliche Akademie des Bundesverbandes der deutschen Zahnärzte).

Die Erstarrung unseres traditionellen, auf staatliche Initiative beschränkten Hochschulwesens würde durch die Gründung neuer Hochschulen in freier Trägerschaft wesentliche Anstöße zur Selbstreform erfahren. Die o.a. rechtliche Autonomie auch der Hochschulen in staatlicher Trägerschaft ist jedoch die unabdingbare Voraussetzung für eine tatsächliche Selbstreform der Hochschulen von innen. Der dann einsetzende Wettbewerb wird diesen Prozeß verstärken. Der Einwand, rechtlich autonome Hochschulen seien der öffentlichen Kontrolle entzogen, ist nicht aufrecht zu halten. Das Gegenteil ist der Fall. Rechtlich und wissenschaftlich autonome Hochschulen sind weitaus stärker als die staatlich abgesicherten Universitäten der öffentlichen Kritik ausgesetzt. Der Wettbewerb der Hochschulen untereinander nötigt sie, ihr Ansehen in der Öffentlichkeit ständig zu rechtfertigen. Dies umso mehr, als die Mitabhängigkeit von der Zahl der Studienbewerber und der eingehenden Spenden die Offenlegung der Studienziele und der Studienbedingungen geradezu erzwingen.

.Zur Mitsinanzierung der Universitäten aus Stiftungen und Spenden muß das bestehende Steuerrecht geändert werden. Ein zunehmender Anteil an der Finanzierung der Hoschulen – auch der Hochschulen in staatlicher Trägerschaft – sollte durch freie Spenden und Stiftungen erfolgen. Diese sollten ganz besonders auch aus kleinen Einkommen möglich sein. Großzügige

Steuerbegünstigung ist dazu die unerläßliche Voraussetzung. Zahlreiche auch kleine regelmäßige Spenden fördern die Initiative, das Interesse und die Mitträgerschaft des einzelnen Bürgers an den Hochschulen und damit das demokratische Bewußtsein, mit eigenen freien Beiträgen die jeweils begünstigte Hochschule mitzuunterhalten. Die Hochschulen ihrerseits werden das Ihre tun müssen, um das Interesse ihrer Förderer lebendig zu erhalten.

Was wir brauchen, ist eine möglichst umfangreiche freie "demokratische" Finanzierung unserer Schulen und Hochschulen. Auf diese Weise fördern wir die tatsächliche Teilhabe des einzelnen Bürgers an gesellschaftlichen Aufgaben. Das verstehen wir unter freiheitlicher Demokratie.

Neuordnung der Währung*

Fritz Penserot

Zur gegenwärtigen Situation

Die völlige Ergebnislosigkeit der Weltwährungskonferenz von Nairobi Ende September 1973 und nunmehr das Ausscheiden Frankreichs aus der durch feste Wechselkurse miteinander verbundenen Europäischen Währungsgemeinschaft bei gleichzeitiger Freigabe des Wechselkurses des französischen Franc geben Veranlassung, sich erneut das währungspolitisch Wichtigste klarzumachen und festzuhalten.

Die arbeitsteilige hochspezialisierte Weltwirtschaft – die wirtschaftliche Voraussetzung unserer Zivilisation und Kultur – kann auf die Dauer nur aufrecht erhalten werden, wenn ihr Bindeglied, das Tauschmittel Geld, so funktioniert, daß "die Gerechtigkeit in der Freiheit" für alle Menschen und Völker ihres Bereiches gesichert ist.

Wir wissen, daß der erste große Versuch, eine Weltwährung zu schaffen, die diesem Anspruch gerecht werden sollte, der Versuch von Bretton Woods, gescheitert ist. Dabei lag die Ursache dieses Scheiterns von Anfang an im System selbst: eine einheitliche, von einem gemeinsamen Willen getragene Weltwährung sollte entstehen, wobei die Autonomie der nationalen Notenbanken jedoch bestehen bleiben sollte. Genauer: eine durch unveränderliche Wechselkurse fest miteinander verbundene Vielzahl von Einzelwährungen, für die aber der Dollar, seinerseits fest an das Gold gebunden, bestimmende Leitwährung sein sollte, blieb gleichzeitig abhängig von einer ebenso großen Vielzahl von autonomen Notenbanken und Regierungen. Solange der Wille der USA, als Folge des Krieges, noch bestimmenden Einfluß auf die einzelnen Länder ausüben konnte, funktionierte das System leidlich. Mit zunehmend wachsender Autonomie dieser Länder und ihrer Regierungen und Notenbanken jedoch wurde die Diskrepanz der wirtschafts- und währungspolitischen Zielsetzungen und Maßnahmen der einzelnen Länder schließlich so groß, daß das System auseinander fallen mußte.

Mit der Freigabe des Wechselkurses des französischen Franc dürften die Hoffnungen vieler Währungspolitiker und Bankiers der westlichen Welt, das Bretton Woods-System in seinen Grundzügen doch noch retten zu können,

^{*} Beitrag zum Thema "Neuordnung der Währung" von Oskar Liebeck und Ernst Winkler in "Fragen der Freiheit" Nr. 107 Januar 1974.

beträchtlich schwächer geworden sein, zumal auch dank der Chicagoer Schule Milton Friedman's die "Monetaristen" unter den Währungs- und Konjunkturpolitikern, die in dem Quantitätsproblem des Geldes, in dem Problem der Konstanthaltung des Verhältnisses von Gesamtgeldmenge zur Gesamtwarenmenge, das Kernproblem des Geldwesens erkannt haben und demzufolge – zwecks Abschirmung der einzelnen Wirtschafts- und Währungsgebiete gegen unerwünschte Einflüsse von außen – frei bewegliche Wechselkurse fordern, immer mehr die Oberhand gewinnen.

Damit aber zeichnet sich eine völlig neue Lage ab, wenn auch der in Bretton Woods gegründete Welt-Währungsfonds noch keineswegs seine Bedeutung eingebüßt hat, wie gerade seine jüngste Entscheidung beweist, derzufolge er die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) ermächtigt hat, europäischen Kontrahenten des Abkommens für Sonderziehungsrechte Devisen zu verkaufen, die innerhalb von sechs Monaten wieder zurückgekauft werden müssen. Damit können über die BIZ Sonderziehungsrechte "devisenkonvertibel" gemacht werden, wodurch nationale Devisen vor Abwertungsgefahr geschützt werden sollen. In dieser Entscheidung der Exekutivdirektoren des Internationalen Währungsfonds (IWF) darf man wohl zurecht einen Versuch erblicken, der Aushöhlung des IWF und der Demontage des Bretton Woods-Systems wirksam entgegenzusteuern.

Dennoch, die Entscheidung gerade Frankreichs, des bislang unerschütterlichsten Verfechters fester Paritäten, diese aufzugeben und völlig frei bewegliche Wechselkurse einzuführen, dürfte dem "Bretton Woods-Denken" den entscheidenden Stoß versetzt haben und damit eine neue Ara des Umdenkens in währungspolitischen Fragen einleiten. Die alte Forderung der Menschen nach Schaffung eines Geldwesens, das funktionsfähiger ist als sowohl die vom Zufall der Goldfunde abhängige Goldwährung als auch die vom Zufall der Kreditwünsche der Politiker abhängige Papierwährung, deren Steuerung durch "Deckung" aus Gold, Devisen und Sonderziehungsrechten neben nationaler Offen-Markt-, Diskont- und Mindestreserven-Politik mehr als problematisch ist, könnte nun, nach den leidvollen Erfahrungen in der Vergangenheit, vielleicht mehr und bereitwilliger Gehör finden als in früheren Zeiten und damit eines Tages vielleicht auch in den Bereich praktischer Realisierbarkeit treten.

Denn jetzt ist alles wieder sozusagen "offen", und es liegt in der Hand vieler verschiedener Wissenschaftler, Fachleute, Bankiers und Politiker vieler Länder, die Währungspolitik zu erwägen und zu treiben, die ihnen unter den in ihren Ländern gegebenen Verhältnissen als die richtige erscheint. Und angesichts des ständig über uns drohenden Damoklesschwertes des kommunistischen Totalitarismus und eines atomaren Weltkrieges dürfte die Hoffnung vielleicht doch nicht völlig unberechtigt sein, daß eines Tages die Regierenden des einen oder anderen dieser Länder ("wenn sie nur Verstand ha-

ben") sich entschließen, den Weg einzuschlagen, der geeignet ist, "die Gerechtigkeit in der Freiheit" für alle seine Bewohner herzustellen und damit den Frieden in diesem Lande – als Vorbild für die andern – zu sichern.

Kritik am bestehenden Geldsystem

Unser heutiges Geldwesen erfüllt gerade diese Forderung der "Sicherung der Gerechtigkeit in der Freiheit" nicht. Es prämiert vielmehr den, der schon Geldvermögen besitzt, und bestraft den, der keines besitzt. Die Reichen werden tatsächlich reicher, ohne sich dafür sonderlich anstrengen zu müssen, weil das Geld als solches ihnen die Zinsen bringt, und die Armen haben Mühe, ihre Lage zu verbessern, soweit sie nicht besonders begabt, geschickt, ausgebildet oder tüchtig sind. Die von den Marxisten in aller Welt erhobenen Vorwürfe gegen den "Kapitalismus" sind eben nicht von der Hand zu weisen. Die Aneignung des "Mehrwertes" durch die "Kapitalisten", die Kapitalakkumulation und -konzentration in den Händen Weniger, die Wirtschaftskrisen und ihre Folgen der Verarmung der Massen oder – wenn diese durch soziale Hilfsmaßnahmen gelindert werden - doch auf jedem Fall der Bewußtmachung der unverschuldeten Abhängigkeit von diesem ganzen undurchschauten "System" und dadurch wiederum des Empfindes tiefer Demütigung und "Entfremdung" des Menschen vom dem Produkt seiner Arbeit und letztlich von sich selbst - dies alles sind nun einmal Tatsachen, die dem "kapitalistischen System" zurecht angekreidet werden und die beseitigt werden müssen, wenn die Freiheit in der Welt noch eine Chance haben soll.

Unzulängliche Analyse Karl Marx'

Die Marxisten aller Schattierungen schütten gleichsam das Kind mit dem Bade aus, indem sie mit Karl Marx glauben, daß die Aneignung des "Mehrwertes" durch die Eigentümer der Produktionsmittel die Folge eben dieses Eigentums an den Produktionsmitteln sei und daß deshalb dieses Eigentum abgeschafft und in Gemeineigentum aller Schaffenden überführt werden müsse. Sie glauben mit Karl Marx ferner, daß die Wirtschaftskrisen der auf dem Wettbewerb gegründeten Marktwirtschaft immanent seien und daß deshalb die Marktwirtschaft als solche ebenfalls abgeschafft und durch ein Wirtschaftssystem planender Assoziationen oder durch eine staatliche Planwirtschaft ersetzt werden müsse, wobei dann gleichzeitig auch das Problem der Entfremdung gelöst werde.

Alle Marxisten zusammen sehen verhängnisvollerweise nicht, daß gar nicht die unerhört leistungsfähige – weil Initiativen weckende – und freiheitliche

weil jegliche Art der Persönlichkeitsentfaltung gewährende – Marktwirtschaft die Ursache der Mängel des "kapitalistischen Systems", sondern daß letzten Endes das Geldwesen innerhalb dieses System die Ursache all dieser Mängel ist. Sie können deshalb auch nicht sehen, daß die Abschaffung der Marktwirtschaft und die Einführung jeder Art von Gemeinwirtschaft – sprich Planungsbürokratie – sie nur vom Regen in die Traufe bringen würde.

Nicht die Marktwirtschaft und der Wettbewerb und nicht das Eigentum an den Produktionsmitteln sind die Ursachen des angeblichen "Grundwiderspruches" der "gesellschaftlichen Produktionsweise" und der "privaten Aneignung des Ertrages", sondern das Geldwesen als solches, das den Geld (und gerade nicht den Produktionsmittel-) besitzern die Zinsen gibt, die die Nur-Arbeitenden – alle Nur-Arbeitenden! – durch ihre Arbeit aufbringen müssen, ist die Ursache der Konzentration von Vermögen in den Händen weniger.

Zusammenhang von Kapitalzins und "Ausbeutung"

Auf jedem Geld-Kapital ruhen vorab, vor jeder Arbeit, Zinsen, solange das Geld keiner Entwertung ausgesetzt ist und solange das Geldkapital knapp ist. Nicht die Unternehmer, nicht die Fabrikanten pressen den "Mehrwert" aus den Arbeitern, sondern das Geld, das knapp ist und das länger warten kann als verderbende Waren, als rostende Maschinen, als wartungsbedürftige Anlagen, als hungernde Arbeiter. Das Geld verlangt seinen Zins, ehe es sich zum Kauf oder zur Investition zur Verfügung stellt. Kein Zins – kein Geld! – Keine Kapitalrendite – kein Kapital! – Das ist der Kern des "Kapitalismus" und nichts sonst!

Die Menschen sind als Wirtschaftende zu Recht bestrebt, mit wenig Mühe viel zu erreichen, und wenn das Geldwesen als solches ihnen hierzu die Chance bietet, so bedienen sie sich dieser Möglichkeit. Das ist legitim. Alle handeln so, auch die, die heute nichts besitzen, würden morgen, wenn sie in den Besitz von Geldmitteln gelangten, genau so handeln!

Unter diesen Umständen war es übrigens geradezu eine Ironie, daß unsere sozial-liberale Regierung im vergangenen Jahre den Zustand der relativen Kapitalknappheit noch verschärfte, indem sie durch extreme Mindestreserve-Erhöhung den Kapitalmarkt derart verengte, daß die Zinssätze (für die, die Geldmittel besitzen, und zu Lasten derjenigen, die diese für Investitionen und damit Arbeitsplätze brauchen) auf dreizehn, vierzehn und mehr Prozent gestiegen sind — in der vermeintlichen Annahme, dadurch die aus den Devisenzuflüssen resultierende Geld-Überfülle reduzieren zu können. Tatsächlich hat die Regierung auf diese Weise die Geldmenge keineswegs entscheidend getroffen, wohl aber die Investitionsfähigkeit vor allem der kleineren gewerb-

lichen Betriebe, und so jene Stagflation geschaffen, die sich jetzt deutlich abzeichnet. Des weiteren hat die Regierung selbst dadurch die Kapitalbildung verlangsamt, d.h. das Kapital relativ knapp gehalten und damit dessen Position der "Arbeit" gegenüber gestärkt.

Das Wesen des Kapitalismus besteht darin, daß das Geldkapital sich nur gegen Rendite zur Verfügung stellt*. Das Geldkapital kann diese Forderung stellen, weil es warten kann, weil es weniger verderblich ist als die Waren und Fabrikanlagen und weil die Menschen die Kapitalanlagen und damit das Geldkapital zum Leben brauchen. Erfüllen die Menschen die Renditewünsche des Geldkapitals nicht, dann stellt es sich nicht zur Investition zur Verfügung. Es kommt zur Krise. Diese dauert solange, bis die Rendite wieder steigt. Der Circulus Vitiosus beginnt von neuem.

Überwindung der Abhängigkeit der Arbeit vom Kapital durch Kapitalvermehrung

Es gibt nur einen einzigen Weg – in der Marktwirtschaft wie in der Zentralplanwirtschaft – die Macht des lebensnotwendigen Kapitals zu überwinden: es durch immerwährende Arbeit so reichlich und so lange fließen zu lassen, bis seine Besitzer (gleich ob Privateigentümer an den Produktionsmitteln oder verfügungsberechtigte Funktionäre oder Staatsbeamte!) seine Knappheit den Arbeitsuchenden gegenüber nicht mehr ausbeuten können. Damit jedoch das Kapital – das Geld-Kapital! – ein immer währendes Interesse daran hat, sich der Arbeit zur Verfügung zu stellen, muß es in gleicher Weise der Entwertung unterworfen sein wie die Waren, wie die Maschinen, wie die Fabriken.

Kein Mensch überläßt seine Ersparnisse einem andern, ohne etwas dafür zu verlangen – von karitativen Fällen abgesehen. Während aber das *Dauergeld* die Möglichkeit gibt, mit den Investitionen bzw. Verleihungen zu warten und dadurch Zins zu erzwingen, zwingt das *Umlaufgeld* den Geldkapitalbesitzer,

^{*} Das Problem des ungezügelten Wirtschaftswachstums und damit im Zusammenhang stehend der unaufhaltsam fortschreitenden Umweltzerstörung hängt unmittelbar mit dem Rentabilitätsaspekt des Kapitals zusammen. Darauf weist Professor Dr. Kurt Rothschild in einem grundlegenden Artikel in der Wiener Zeitung "Die Presse" vom 2./3. Februar 1974 hin: Der Club of Rome und was in seinen Zukunftsprophezeihungen fehlt: Dort heißt es: "Die Wachstumsorientierung, die dem ganzen Wirtschaftsablauf ihren Stempel aufdrückt, tendiert dazu, alle Merkmale eines — vom Lebensstandpunkt aus — unerwünschten Wachstums zu generieren. Der private Gewinn- und Rentabilitätsstandard führt dazu, daß Ressourcen, die von der Natur oder der Öffentlichkeit "frei" zur Verfügung gestellt werden, in verschwenderischer Weise ausgebeutet werden."

seine Mittel stets sofort der Investition zuzuleiten und sich auch mit einem niedrigeren Zins zufrieden zu geben, zumal dann, wenn seine Ersparnisse selbst dank Preisstabilität nicht angetastet werden. Damit würde unserer modernen industriellen Arbeitswelt vor allem auch der Stachel genommen werden, der jüngst von einem ihrer großen Direktoren etwa wie folgt formuliert wurde: Im Mittelpunkt des Betriebes steht nicht der Mensch, sondern die Produktion, der wirtschaftliche Erfolg. Zu den Mitteln, deren sich der Betrieb bedienen muß, damit das Ziel erreicht wird, gehören auch Menschen. Der Betrieb bräucht sie nicht als Menschen, sondern als Funktionen. Funktionieren sie nicht mehr, dann muß der Betrieb sich von ihnen trennen. Wer Funktionen ausübt, muß jederzeit ersetzbar sein. Ersatzteile pflegen aber eine Nummer zu tragen. Ein Mensch, der eine Nummer trägt, wird selbst zur Nummer. Ob Lehrling oder Direktor, das Nummersein gehört zum Wesen des Menschen im industriellen Massenzeitalter.

Diese Charakterisierung des modernen Industriebetriebs gilt nicht nur für die "kapitalistische" Wirtschaft des Westens, sie gilt in weitaus höhrerem Maße noch für die Staatsplanwirtschaft des Ostens, in der der Mensch auf jeden Fall und schon vom Grundprinzip des Kommunismus her nur ein Glied des gesellschaftlichen Ganzen ist und als Individualität gerade nichts gilt.

Während aber nun die bedingungslose Unterordnung des Menschen unter die Maxime der Gesellschaft, des Staates und der kommunistischen Partei zum innersten Wesen des Marxismus-Leninismus gehört, wird diese Unterordnung des Menschen in den westlichen Industriebetrieben lediglich durch das Kapital und dessen Übermacht über "die Arbeit" erreicht. Vom Prinzip her ist der Mensch im Westen frei. Und er ist es auch faktisch, soweit er nicht vom Kapital abhängig ist. Damit auch das Kapital seiner Macht entkleidet wird, muß es — wie oben dargestellt — in gleicher Weise dem "Verderb" ausgesetzt sein wie alle übrigen Güter dieser Welt.

Dann kann niemand mehr sein Geld ohne Verlust längere Zeit der Arbeit vorenthalten. Dann gibt es immer – und so lange wie Nachfrage nach Kapital besteht – investitionsbereites Geld-Kapital. Die Zinssätze sinken in dem Maße, wie die Arbeitserträge steigen – der Mehrwert verschwindet allmählich. Konjunktur und Vollbeschäftigung werden nicht – wie bisher – durch Währungskrisen unterbrochen. Der Arbeiter wird genauso unabhängig wie der "Kapitalist", wie der "funktionslose" Investor. Der Einzelne wird Herr über sich selbst und seinen Einsatz in Wirtschaft und Gesellschaft. Das Problem der "Entfremdung" wird tatsächlich gelöst.

Daß ein großer Teil unserer studentischen Jugend, deren Gerechtigkeits-, ja Brüderlichkeitsimpuls unbestritten ist, diese einfachen Tatsachen und Zusammenhänge nicht sieht und einer Theorie anhängt, die – schlicht gesagt

- falsch ist, die auf der Suche nach einer idealen Lösung von Voraussetzungen ausgeht, die es einfach nicht gibt, dies kann nach den bitteren Erfahrungen mit Inflation und Deflation, mit Kommunismus und Faschismus nur als tief tragisch empfunden werden. Unsere idealistische Jugend übersieht, daß das ökonomische Prinzip und dieselben Menschen weiter bestehen - auch wenn das Eigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft ist. Um die eigentumslose Ordnung auch gegen die Interessen der Menschen zu erhalten, muß man sich der Mittel der Gewalt bedienen: "Zuckerbrot und Peitsche" statt Freiheit und Selbstbestimmung.

Worauf es also ankäme, ist, daß dies die Studenten sähen und einen Weg suchten, die Überlegenheit des Geldes und des Geld-Kapitals über Waren und Anlagen zu überwinden. Dann — und nur dann — könnte die Macht des Kapitals allmählich, aber sicher überwunden werden.

"Wir könnten somit in der Wirklichkeit (und es liegt hierin nichts Unerreichbares) auf eine Vermehrung der Menge des Kapitals zielen, bis es aufhört, knapp zu sein, so daß der funktionslose Investor nicht länger einen Bonus erhalten wird…" (Keynes).

In diesem Zusammenhang dürfte ein Hinweis auf das Gastarbeiterproblem erlaubt sein. Die Kapitalbildung ging in der Bundesrepublik Deutschland in den vergangenen zwanzig Jahren so rasch vonstatten, daß ein enormer Kapitalüberschuß entstand. Dieser Kapitalüberschuß wurde aber nicht in Länder exportiert, die unter Kapitalmangel leiden, sondern er verblieb im Lande und zog immer neue Gastarbeiter ins Land - mit dem Ergebnis, daß das Kapital im Verhältnis zur Arbeit relativ knapp blieb und unverändert hohe Zinsen trug, während die Arbeit trotz Vollbeschäftigung im Inland infolge der Möglichkeit des Zuzugs immer neuer Scharen aus der "internationalen Arbeitslosenreservearmee" im Verhältnis zum Kapital immer reichlich blieb und keinen Anteil am "Mehrwert" erlangen konnte. Ein so wichtiges Grundprinzip die internationale Freizügigkeit für unsere freiheitlich-demokratische Ordnung ist, in diesem Falle begünstigt sie ganz eindeutig die kapitalstarken Länder, benachteiligt die kapitalarmen Regionen und verschärft dadurch noch das 'Nord-Süd-Gefälle und wirkt aller Entwicklungshilfe geradezu diametral entgegen - von allen übrigen Nachteilen dieser Entwicklung ganz abgesehen: den soziologischen Folgen für die Auswandererländer wie für die Aufnehmerländer; der Industrieballung und Umweltzerstörung in den letzteren, der Landschafts- und Kulturverödung in den ersteren. Es wäre deshalb richtiger gewesen, keine Gastarbeiter ins Land zu rufen. Dann wäre der Arbeitsanteil am Gesamtertrag noch weiter als bisher gestiegen, und zwar bis zu dem Punkt, an dem kein weiteres Kapital mehr im Inland investiert worden wäre, weil keine Rendite mehr zu erwarten gewesen wäre. Stattdessen wäre privates Kapital ins Ausland geflossen und hätte dort die Entwicklungshilfe auf ganz natürliche Weise geleistet, mit Umsicht und Initiativkraft und daher weitaus erfolgreicher als alle vom Staate geleistete Entwicklungshilfe.

Thesen zu einer Neuordnung der Währung im Dienste der Marktwirtschaft

Das wirtschafts- bzw. währungspolitische Grundprinzip müßte etwa folgendermaßen formuliert werden: Das für das reibungslose Funktionieren der arbeitsteiligen Marktwirtschaft und für den gerechten Austausch der Güter und Dienstleistungen in dieser Wirtschaft lebensnotwendige Tauschmittel Geld, die "Währung", muß so beschaffen sein, daß die Gesamtproduktion des Wirtschaftsgebietes mit der Gesamtkonsumtion dieses Gebietes derart verbunden wird, daß

- 1. Produktion und Konsumtion vollkommen miteinander zur Deckung gelangen, daß also nicht einerseits Überproduktion und andererseits Unterkonsumtion entstehen können, daß
- 2. der Warenfluß von der Herstellungsseite zur Verbraucherseite rasch, reibungslos und möglichst gleichmäßig erfolgt, daß
- 3. beide Seiten, Produzenten wie Verbraucher, ihren gerechten Anteil an der Leistung ihrer Tauschpartner erhalten, so daß vollkommene "Gegenseitigkeit", Tauschgerechtigkeit, Gleichheit im Geben und Nehmen in deren Beziehungen herrschen, daß
- 4. dabei das Tauschmittel Geld selbst seine Funktion als konstanter Wertmesser nicht verliert, sondern auf unbeschränkte Zeit behält; daß also nicht Deflation oder Inflation entstehen können, und daß
- 5. das Tauschmittel Geld selbst so praktisch handlich bleibt, daß alle täglichen Kaufakte rasch, glatt und mühelos vonstatten gehen können.

Erläuterung der Thesen - Die Umlaufsicherung des Geldes

Die "effektive Nachfrage" in Geld nach produzierten Gütern und Dienstleistungen aller Art muß also genau so groß sein wie das effektive Angebot an diesen Gütern und Dienstleistungen. Tatsächlich entsprechen die Gesamtkosten der Produktion (Material-, Arbeits- und Kapitalkosten, Mieten, Pächte und Grundstückskosten usw.) stets genau den Gesamtgeldmitteln, die der Nachfrage zur Verfügung stehen. Denn letztere ergeben sich ja direkt aus den Kosten der Produktion. Genauer: die Gesamtkosten der Produktion im weitesten Sinne sind identisch mit den Gesamtnachfragemitteln, die für Konsum, Sparen und Investieren und Schenkungen zur Verfügung stehen. "Die Produktion schafft sich ihre Nachfrage selbst" – so schon J. B. Say zu Beginn des vorigen Jahrhunderts.

Worauf es also ankommt, ist, daß die Nachfrage stets gleichmäßig "effektiv" bleibt, d.h. daß das der Nachfrage aus den "Kosten" der Produktion zugeflossene Geld restlos und stetig zum Kauf der produzierten Güter und

Dienstleistungen verwendet wird. Nur dann herrscht vollständige "Konjunktur" (und dadurch Vollbeschäftigung).

Voraussetzung dazu ist, daß erstens die Gesamtgeldmenge in einem dauernd gleichbleibenden Verhältnis zur Gesamtwarenmenge gehalten wird und daß zweitens ein Mittel gefunden wird, das den Geld- und Wirtschaftskreisdauf selbsttätig in gleichbleibender Bewegung hält; ein "Stabilisator" • (Eucken) also für das Geldwesen, das dieses möglichst vollständig der Willkür von Interessenten und dem Zugriff der Politiker entzieht.

Was die Geldmenge betrifft, so darf kein zusätzliches Geld von außerhalb in den Wirtschaftskreislauf gelangen, wie dies in den vergangenen Jahren fortlaufend in der Bundesrepublik Deutschland geschehen ist

- durch die "Importierte Inflation" ("Dollarschwemme"), weil die Wechselkurse nicht frei beweglich waren;
- durch den Ankauf von Staatsschuldverschreibungen ("deficit spending"), weil der Staat zwecks Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung unter allen Umständen die Konjunktur erhalten will oder weil er aus anderweitigen politischen oder militärischen Gründen große Geldmittel braucht, wie in den USA:
- durch "Kredit"-Gewährung seitens der Notenbank an die Geschäftsbanken und die Wirtschaft, weil diese danach verlangen, um vorübergehende Liquiditätsengpässe zu überwinden.

Es darf andererseits auch kein Geld aus dem Wirtschaftskreislauf abfließen' oder ihm entzogen werden

- durch Verkauf von Devisen über den Betrag hinaus, der für Devisenankauf verwendet wurde, weil die Wechselkurse nicht flexibel sind;
- durch Verkauf von Staatsschuldverschreibungen seitens der Notenbank, weil man z.B. Sonderwünsche erfüllen möchte, wie etwa Hochhalten des Zinsniveaus;
- durch Mindestreserveerhöhung, d.h. Erhöhung der zinslos von den Geschäftsbanken bei der Zentralnotenbank zu haltenden Gelder, weil man etwa die im Umlauf befindlichen Geldmittel aus irgend einem Grunde verknappen möchte wie es z.B. im vergangenen Jahre geschehen ist: eine Devisenflut von über dreißig Milliarden D-Mark (nach Konvertierung der "importierten" Devisen durch die Bundesbank) hat man dadurch vermindert, daß man die Geschäftsbanken gezwungen hat, die entsprechenden Beträge bei der Bundesbank stillzulegen. Freilich wurde dadurch weniger die eigentliche Geldmenge getroffen als der Kapitalmarkt, denn die stillgelegten Gelder waren letztlich Kapital der inländischen Firmen, wodurch die Kapitalzinssätze in früher fast ungeahnte Höhen getrieben wurden.

Kurzum, worauf es ankommt, ist, daß das Verhältnis von Gesamtgeldmenge zu Gesamtwarenmenge stets konstant bleibt. Nur dann besteht die Möglichkeit, Gesamtproduktion und Gesamtkonsumtion bei stabilem Durchschnittspreisstand zum Ausgleich zu bringen.

Worauf es ferner – und nicht minder wichtig – ankommt, ist wie gesagt, daß die Nachfrage in Geld auch stets effektiv bleibt, daß also die Geldumlaufgeschwindigkeit, der Wirtschaftskreislauf Warenproduktion-Produktionskostenbezahlung mit Geld-Verwendung dieses Geldes zum Warenkauf-Warenkonsumtion/Investition, möglichst gleichmäßig erfolgt.

Es darf keinen Faktor innerhalb dieses Kreislaufes geben, der ihn beeinträchtigen oder gar hemmen könnte. Insbesondere darf das Tauschmittel Geld keinerlei Eigenbewegungen machen, sondern es muß ausschließlich dienendes Glied in der Tauschkette, "dienender" Vermittler des Tausches bleiben. Es darf nichts in ihm wirksam sein, was einen "Hang" seines jeweiligen Besitzers zum "Horten" (Gesell), bzw. eine "Vorliebe" seines Besitzers für "Liquidität" (Keynes) auslösen könnte. Das Geld muß also der Ware genau gleich gestellt sein. Es darf ihr nicht hinsichtlich seiner Wertbeständigkeit überlegen sein. Es muß genau so "verderblich" sein wie die durchschnittliche Ware. Es muß genau so dem "Rosten" unterworfen und daher "wartungsbedürftig" sein wie maschinelle Anlagen. Es muß deshalb dieselben "Durchhaltekosten" (Keynes) verursachen wie der Durchschnitt aller Waren. Es muß also aus sich heraus (!) seinen jeweiligen Besitzer zwingen, es genau so rasch auszugeben, wie die verderbliche Ware und die nicht genutzten Maschinen ihre Besitzer zwingen, die Ware zu verkaufen, die Maschinen in Gang zu halten. Kurzum, das Geld muß in geeigneter Weise unter den gleichen Umlaufzwang gesetzt werden, unter dem praktisch alle Wirtschaftsgüter . der Welt stehen. Erst dann ist das Geld im eigentlichen Sinne funktionsfähig als Tauschmittel.

Das Geld muß aber nicht nur als Tauschmittel funktionieren, es sollte auch auf Dauer gleichbleibender Wertmesser sein. Während die Umlaufsicherung heute bereits durch stetige Geldmengenvermehrung (Inflation) — die u.a. Milton Friedman befürwortet — erreicht wird, kann sie jedoch nicht das Geld auch noch als Wertmesser erhalten — ganz abgesehen von den übrigen Nachteilen der Inflation: der Ersparnisentwertung, die durch Indexklauseln nur bedingt ausgeglichen werden kann (bislang sind sie sogar überhaupt noch nicht allgemein erlaubt) und die deshalb die Menschen in die "Sicherheit" der staatlichen Daseinsfür- und -vorsorge und damit aber auch in die Abhängigkeit vom Staate, in Unmündigkeit und Unfreiheit führt.

Somit müßte eigentlich die – wie auch immer gesteuerte – Inflation aus unserer Betrachtung ausscheiden. Es bleibt aber noch eine andere Umlauf-

sicherungs-Methode, die zugleich auch die Forderung nach einem stabilen Geldwesen erfüllt: das "Umlaufgeld" d.h. ein Geld, das nicht durch Vermehrung der Gesamtgeldmenge entwertet und dadurch zum Umlauf gezwungen wird wie bisher, sondern durch Entwertung der einzelnen Banknoten bei Konstanthaltung der Gesamtmenge. Gegen eine jährliche Gebühr von etwa drei bis fünf Prozent¹ werden die Geldscheine in neue, gültige umgetauscht. (Über Einzelheiten eines solchen Verfahrens kann gelegentlich an anderer Stelle berichtet werden²). Die Wirkung dieser alljährlichen Gelderneuerung wäre die gleiche wie bei der Inflation: das Geld liefe raschestens um; nur soviel bliebe in jedermanns Geldbeutel, wie zum laufenden Bedarf gebraucht wird, alles übrige würde auf der Bank deponiert, die wiederum – um der Geld, besteuerung" zu entgehen – soviel Geld, Geld-Kapital!, wie möglich der Investition zur Verfügung stellen würde.

Die Folge der Geld-, d.h. der Bar-Geld-Besteuerung wäre zweifellos, daß ein größerer Teil der Banknoten als bisher bei den Geschäftsbanken eingezahlt würde. Dies würde aber bei den Geschäftsbanken nur als Vermehrung des kurzfristigen Kapitalangebotes zu Buch schlagen. Eingenommenes Bargeld, das einer nicht umgehend wieder verausgabt, um den Gegenwert seiner Leistung oder Lieferung aus dem Markt zu nehmen 'stellt eine "Spar-Rate" dar. Eine "Spar-Rate" aber, die auch nur für unbestimmt kurze oder längere Zeit zur Bank gegeben anstatt "gehortet" wird, nimmt damit die Form einer Kreditgewährung an. Sie erlaubt der Bank, dieses Geld mit gleicher Rückfluß-Fristigkeit weiter zu verleihen. Dabei braucht die Bank nur einen kleinen Teil dieser Einlagen für die laufende tägliche Abwicklung dieses Geschäfts zwischen Zufluß und Abfluß in der Kasse zu halten.

Mit dem Weiterverleihen des Bargeldes wird aber das Verfügungsrecht über die von den Einlegern nicht abgerufenen (gesparten) Güter auf die Kreditnehmer übertragen. So bleibt die volkswirtschaftliche Zirkulation intakt. Die landläufige Auffassung, daß die Banken Guthaben "aus Nichts" schöpften, trifft nicht zu. Nur die Notenbank kann Geld schöpfen. Banken verleihen nur, was sie auf der Einlagen-Seite hereinbekommen haben. Im übrigen ist die Übertragung von Guthaben, wie im Giroverkehr der Banken betrieben, nur eine Übertragung von Ansprüchen auf die von den ersten Einlegern erbrachten Einlagen. Daraus können keine Probleme entstehen, denn volkswirtschaftlich ist es gleichgültig, ob die Rückzahlungsforderung für Müller oder Mayer zu Buche steht. Auch der mehrfache Wechsel der Verfügungs-

2) Siehe Ernst Winkler: Die Theorie der Natürlichen Wirtschaftsordnung, 1952.

¹⁾ J. M. Keynes: "System der direkten Besteuerung des Geldes". In: "Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. Duncker & Humblot 1936, S. 317/318; vgl. auch: H. H. Vogel: "Jenseits von Macht und Anarchie", Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen, 2. Auflage 1970. Verlagsauslieferung Sandkühler, Stuttgart.

berechtigten, der "Giralgeld-Umlauf", schafft keine Probleme. Solche Zahlungen kommen ja nur zustande, wenn auch adäquate Gegenwerte in Lieferungen und Leistungen umgesetzt worden sind. Wer es mathematisch nachprüfen will, wird nicht daran vorbeikommen, daß sich hierbei Lieferungen und Zahlungen ausgleichen, also aufheben, so daß Gleichgewichtsstörungen im Preisniveau und im Konjunkturverlauf von dieser Seite her ausgeschlossen sind.

Eine Geldumlaufsicherung und dadurch Stabilisierung der Konjunktur und Vollbeschäftigung mittels "Besteuerung" der einzelnen gesetzlichen Zahlungsmittel ist also möglich — ob allerdings bei dem derzeitigen Stand des menschlichen "Bewußtseins" die Fachwelt auch bereit ist, aufgrund solcher Erkenntnis zu handeln, das ist eine andere Frage.

Wir erleben vielmehr einen unausgesetzten Kampf der Vertreter der beiden Überzeugungen und Richtungen gegeneinander:

hier die Befürworter der Geldwertstabilität um jeden Preis, und sei es auch den der Arbeitslosigkeit,

dort die Befürworter der Herbeiführung von Dauerkonjunktur und Dauervollbeschäftigung um jeden Preis, und sei es auch um den der fortgesetzten und zunehmenden Inflation mit allen ihren Folgen, wobei die eigentlichen "Kapitalisten" und die Banken die Geldwertstabilität bevorzugen, weil diese ihnen ihre Überlegenheit über alle anderen Wirtschaftsteilnehmer erhält, und die Unternehmer und Arbeiter die Inflation, weil diese ihnen die Konjunktur und Vollbeschäftigung sichert.

Viele Befürworter der Geldwertstabilität um jeden Preis können oder wollen nicht einmal sehen, daß es überhaupt einen Hang des Menschen zur Liquidität gibt (der dann automatisch Kaufverzicht, also Unterbrechung des Wirtschaftskreislaufs bedeutet). Sie argumentieren vielmehr, daß doch gerade bei stabiler Währung die Menschen sparen und die ersparten Mittel über die Banken der Investition zufließen und mithin die Konjunktur aufrecht erhalten. Sie übersehen dabei aber völlig, daß es gerade die Banken sind, die sich bei auch nur ganz leicht sinkender Rentabilität sofort vom Markte zurückziehen (und dadurch den Wirtschaftskreislauf unterbrechen!), um ihr "Pulver trocken zu halten" – nach dem obersten Grundsatz aller Kaufleute: "Liquidität geht vor Rentabilität!"

Umgekehrt gilt für die Befürworter der Inflation zwecks Konjunkturerhaltung um jeden Preis, daß sie nicht sehen können oder wollen, daß die Besteuerung der einzelnen gesetzlichen Zahlungsmittel bei Konstanthaltung der Gesamtgeldmenge die "Gerechtigkeit in der Freiheit" weit besser sichern könnte als die Inflation.

Dabei bietet unsere derzeitige Geld- und Kapitalmarkt-Situation einen Anschauungsunterricht, wie er "klassischer" kaum vorzustellen ist: Obwohl bereits rund 50 % der in der Bundesrepublik Deutschland vorhandenen Geldmenge von fast hundert Milliarden D-Mark durch die zwangsweise (und zinslose) Mindestreservehaltung der Geschäftsbanken bei der Bundesbank stillgelegt sind; obwohl unsere Inflation also bereits sehr stark zurückgestaut ist, haben wir immer noch eine Geldschwemme ohnegleichen - und dennoch Tagesgeldzinssätze bis weit über 30 % und Kapitalmarktzinssätze über 15 %. Und warum? Weil niemand mehr bereit ist, sein Geld längerfristig anzulegen; seine "Vorliebe für Liquidität" zugunsten einer ungewissen Kapitalverzinsung aufzugeben. Weil infolge der - vor allem durch die Steuerpolitik bewirkten - einseitigen Begünstigung des privaten Investitionssektors keine "interessanten" Renditen für Neuinvestitionen mehr zu erwarten sind. M.a.W., trotz Inflation und dadurch Geldwertverschlechterung und dadurch Zwang zum Geldausgeben "streikt" der Geldbesitzer = "Kapitalist", wer immer das sei, wenn er nicht einen abnormen Zinssatz erhält, der wenigstens die Inflationsrate plus Risikoprämie plus Mindestrendite umfaßt. Und niemand ist in der Lage, daran etwas zu ändern, solange nicht eine grundlegende Lösung unseres Währungsproblems in Angriff genommen wird.

Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland in den vergangenen Jahren den privaten Investitionssektor, "die Wirtschaft", zu stark gefördert, "die Arbeit" jedoch (nicht zuletzt auch durch den Zuzug = Konkurrenz der Gastarbeiter) relativ benachteiligt. Wir haben uns einreden lassen, Gewinne (der Wirtschaft) "in genügender Höhe" müßten sein, um die Investitionen finanzieren zu können, statt der "Arbeit" und den Konsumenten die Höhe der Sparquote zu überlassen, die dann ja automatisch über die Sparkassen und Banken der Investition zugeflossen wäre. Wir befinden uns jetzt faktisch in der Krise!

Wir sind deshalb in der fatalen Lage, an einer "Stagflation" jetzt überhaupt nicht mehr vorbeizukommen. Das — ohnehin ungesunde — Wachstum wird aufhören, Neuinvestitionen werden kaum noch in größerem Umfange möglich sein — außer vielleicht auf dem Energiesektor als Folge der "natürlichen" Öl-("Boden"-)-Monopol-Position der Ölländer. Das Rendite-suchende Kapital wird abwandern, eine relative Konjunktur kann nur durch die entsprechende Freigabe der Mindestreserven aufrecht erhalten werden.

Eine Lösung der fatalen Situation kann also nur dadurch erreicht werden, daß man die Folgen der Geldmengenvermehrung – die Inflation also – sich vorsichtig auspendeln läßt bis zu dem Punkt, an dem das Verhältnis Gesamtproduktion zu Gesamtgeldmenge sich stabilisiert; daß man alsdann – orientiert an einem zuverlässigen Index und abgesichert durch frei bewegliche Wechselkurse – eine ganz konsequente Geldmengenpolitik betreibt; und die

zur Aufrechterhaltung einer Dauerkonjunktur und -vollbeschäftigung notwendige Geldumlaufsicherung durch "Geldbesteuerung" garantiert.

Das ist der einzige Weg, aus dem bestehenden ungerechten "Kapitalismus" auf evolutionäre Weise, ohne Revolution, Chaos und Überschwemmung Europas durch den Kommunismus, herauszukommen und "die Gerechtigkeit in der Freiheit" zu gewinnen.

Aber all dies können oder wollen die Befürworter der Inflation zwecks Konjunkturerhaltung noch nicht sehen. So haben unsere Studenten also schon recht: auf eine "Bewußtseinserweiterung" kommt es entscheidend an.

"Wenn es gelänge, die Währungsverfassung mit einem Stabilisator des Geldwertes zu versehen, dann könnte man hoffen, daß die der Wettbewerbsordnung immanente Tendenz zu einem Gleichgewicht sich auswirkt, statt, wie in der Vergangenheit, wegen der mangelnden Konstruktion der bestehenden Währungsverfassung in einen dauernden Wechsel der Konjunkturen, d.h. in Inflation und Deflation umzuschlagen." (Walter Eucken)

Der Impuls und die Forderungen der jungen Generation sind da; der Stabilisator ist da; die Stunde der Bewußtseinserweiterung ist angebrochen. An uns liegt es, sie zu nutzen.

Literaturhinweis:

Walter Eucken: Grundsätze der Wirtschaftspolitik Milton Friedman: Kapitalismus und Freiheit Silvio Gesell: Die natürliche Wirtschaftsordnung

Ch. Gide und Ch. Rist: Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen

L. Albert Hahn: Ein Traktat über Währungsreform

John Maynard Keynes: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes Martin Scheytt: Theoretische Grundlagen der bankgeschäftlichen Kreditgewährung

Karl Walker: Das Buchgeld

Ernst Winkler: Theorie der antürlichen Wirtschaftsordnung

Zeitkommentar

Zur Währungskrise

Der Hauptgrund für das bisherige Fehlschlagen aller Bemühungen, zu einer Lösung zu kommen, liegt in Folgendem: Die sich scheinbar wie ein unabwendbares Naturereignis in immer kürzeren Abständen einstellenden Unausgewogenheiten in den Handels- und Zahlungsbilanzen der einzelnen Länder sollen durch "Konformierung" der nationalen Wirtschaftspolitik dieser Länder für die Zukunft unmöglich gemacht werden. Die Absicht, Stabilität mit der Wirtschaft statt mit dem Geld zu machen, zeigt leider deutlich, daß man weder in Nairobi, noch in Brüssel, noch in Washington die primäre Rolle des Geldes richtig erkannt hat.

Das Geld ist nun einmal das einzige Nachfragemittel in der Marktwirtschaft und die Nachfrage ist der wichtigere der beiden Faktoren des Marktes. Die Krankheit, an der der Markt leidet, ist die übergroße Nachfrage, die nur durch eine übergroße Menge an Nachfragemitteln, nämlich an Geld, zu erklären ist.

Nicht die Konformierung der Wirtschaftspolitik kann deshalb die Lösung des Währungsproblems bringen, sondern . die Notenbanken müssen in den Stand gesetzt werden, die eigene Volkswirtschaft geldmengenmäßig so zu versorgen, daß weder Inflations- noch Deflationserscheinungen auftreten können. - Eine solche Notenbankpolitik würde auch das Problem "Feste Wechselkurse" vom Tisch fegen. Über das Wesen der Wechselkurse ist man sich immer noch nicht klar auch Helmut Schmidt war es nicht, als er seinerzeit gewichtig versicherte, eine Aufwertung der D-Mark würde es auf keinen Fall geben.

Kein Land dieser Welt kann seinen Wechselkurs bestimmen, weil ein Wechselkurs stets das Produkt aus zwei Währungen ist, eine simple Verhältniszahl, über die man sich nicht den Kopf zerbrechen

muß, wenn die Glieder des Verhältnisses, die Einzelwährungen also, stabil bleiben. Und dafür, d.h. für die richtige Geldmenge, sind allein die Währungsbanken zuständig, denn auch die Buchgeld-Vermehrung im privaten Bankenbereich ist nur möglich aus dem von der Notenbank kommenden Liquiditäts-Zufluß.

Eine besonders gefährliche Blüte im Strauß falscher "Währungsmaßnahmen" ist die von Herrn (Bundesbankdirektor) Irmler vertretene Forderung nach "Kreditplanfondierung" und Mindestreserven auf das Aktivgeschäft der Kreditinstitute. Ihre Erfüllung wäre nur ein Siebenmeilenschritt in Richtung auf die Planwirtschaft.

Feste Wechselkurse als Folge stabiler Einzelwährungen machen sogenannte Währungsreserven überflüssig, weil diese Wechselkurse bei freiem Spiel der Kräfte über ihre Ein- und Ausfuhrpunkte automatisch für den Ausgleich sorgen, wie es bei der Goldwährung war, jedoch ohne deren Nachteile! — Bei der Goldwährung ist die Geldmenge nämlich vom Gold und nicht, wie es marktkonform sein muß, vom Wirtschaftsumfang abhängig.

Weil diese natürliche Ausgleichsmöglichkeit noch nicht einmal als Ziel erkannt worden ist, bleibt es beim Suchen nach neuen "Reserven". — Wir sind schon die Hauptleidtragenden im Agrarfonds und sollen nun nach weiteren Brüsseler Reformplänen auch die Währungsreserven der Bundesbank herausrücken, z.Zt. im Gegenwert von rund 100 Mrd. DM! und wenn man die darin enthaltenen 14 Mrd. DM Gold zum Tageskurs umrechnet, sind es mehr als 120 Mrd. DM.

Beginnend am 1. Januar 1974 und dann in Abständen von 18 Monaten soll die Bundesbank je 20 % ihrer Reserven in einen "Gemeinsamen Brüsseler Fonds" einzahlen. Die 14 Mrd. DM in Gold enthalten gerade die stillen Reserven, die die

Bundesbank zum Ausgleich früherer und noch nicht abgerechneter "Aufwertungs-Verluste" braucht. Zwar hat Gold immer nur scheinbar etwas mit der Qualität der Währung zu tun gehabt; doch der Goldbestand der Bundesbank ist ehrlich erworben als Gegenwert von Exporten und Dienstleistungen. Er ist echtes Nationalvermögen und als Operationsfonds für den Rückkauf zuviel emittierten eigenen Geldes so wichtig, daß es schon Sorge macht, "unser Gold" in den Händen der jetzigen Bundesbankleitung zu wissen.

Noch einige Ausführungen zur "Stabilitätspolitik mittels Kredit-Verknappung und Hochzinspolitik": Kredite sind stets eine Geld-Anlage d.h. eine Umwandlung von Geld in (Geld-)Forderungen. Die marktkonform, also ohne inflationistische Wirkung für das Kreditvolumen zur Verfügung stehende Geldmenge ergibt sich aus dem Teil des Geldeinkommens, der nicht für Konsumzwecke benutzt wird. Soweit eine Kreditausweitung durch entетоветеп sprechend Konsumverzicht möglich ist, kann keine inflationistische Wirkung eintreten, weil die Gesamtnachfrage, auf die es allein ankommt, nicht vergrößert wird. Die Gesamtnachfrage setzt sich zusammen aus der Nachfrage nach Konsum- und Anlagegütern.

Eine inflationistische Kreditausweitung ist erst dann gegeben, wenn die für diese Kredite beanspruchte Geldmenge sich nicht aus dem nationalen Wirtschaftskreislauf, aus gespartem Einkommen ergibt, sondern durch falsches Verhalten der Notenbank entsteht. Das ist der Fall, wenn die Notenbank sozusagen zweckentfremdet — sie soll ja nur Währungshüterin sein! — Geld zum Ankauf fremder Devisen schöpfen muß.

Übermäßige Kreditausweitung setzt eine entsprechende Geldmengen-Vermehrung voraus und ist demnach nicht die Ursache, sondern die Folge der Inflation. Kreditrestriktionen sind also ein gefährliches Herumdoktern an Symptomen und ändern nichts an den Ursachen der Inflation. Beweis: die Bundesbank-Ausweise mit ihren Rekordemissionen an Geld.

Diese Rekord-Geldvermehrung hat den Zins nicht niedriger gemacht! Weshalb nicht? - Erstens ist in der Inflation der reale Zins gleich dem nominalen Zins abzüglich Inflationsrate. Zweitens ist der Zins nicht der Preis für Geld, sondern für Kapital, für umgewandeltes, in eine Forderung umgewandeltes Geld. Er kann deshalb durch Geldvermehrung nicht gesenkt werden, sondern nur durch Bildung von mehr Kapital. Die Trillionen-Geldmenge der Havenstein-Inflation hat seinerzeit zu Tageszinsen von 20 Prozent geführt; das sind 7200 % Jahreszinsen, wie sie im November 1923 an der Berliner Börse bezahlt worden sind.

Ich gehe deshalb so weit auf das Wesen des Zinses ein, weil der Zins ein Kostenfaktor ersten Ranges ist, der mit dem Steigen der Inflationsrate wächst und — wie jeder Kostenfaktor — in den Preisen zum Ausdruck kommen muß. Mit Hochzinspolitik kann man wohl die Wirtschaft zum Erliegen bringen, aber nicht die Inflation besiegen.

Wenn nun aber, wie oben gezeigt, der Zins der Preis für Kapitel ist und real nur durch Kapitalbildung gesenkt werden kann, ist es immerhin möglich, die Inflationsrate im Zinseinkommen der Sparer durch richtige steuerliche Behandlung dieser Rate weitgehend zu neutralisieren. Ich denke hier keineswegs an eine Indexierung. Diese wäre schon rein buchhalterisch nicht zu bewältigen und würde die Gleichgültigkeit gegenüber der Inflation nur noch wachsen lassen. Es würde genügen, die Inflationsrate im Zins für Geldanlagen von der Einkommensteuer zu befreien, um Sparen wieder sinnvoll zu machen. - Doch wer hat heute das "Sagen"? - Heute regiert noch das Wort Friedrich Nietzsches: "Nicht die Erkenntnis gehört zum Wesen der Dinge (die uns bedrücken) sondern der Irrtum (der Währungs- und Finanz-Fachleute)".

Wilhelm Radecke

Ankündigungen

Seminar für freiheitliche Ordnung der Wirtschaft, des Staates und der Kultur e. V.

30. Tagung

Für 1974 ist die Sommertagung des Seminars für freiheitliche Ordnung für die Zeit vom 19. bis 29. Juli wieder in Herrsching am Ammersee vorgesehen.

Vorläufiges Thema:

Raum für den Menschen

als gesellschaftliche, kulturelle und wirtschaftlich-ökologische Frage

Bitte merken Sie den Termin jetzt schon vor und machen Sie auch Ihre Freunde auf die Tagung ausmerksam.

Raum für den Menschen

als gesellschaftliche, kulturelle und wirtschaftlich-ökologische Frage

Wie kaum in einer Epoche zuvor werden in unserer Zeit die überlieferten gesellschaftlichen Ordnungen und deren weltanschaulichen Grundlagen infrage gestellt.

Die Soziale Frage — in den vergangenen Jahrhunderten vorwiegend ein Problem von Arm und Reich — hat sich zur Lebensfrage ausgeweitet. Es gibt keinen Bereich, dem nicht die geistige Grundlage entzogen wurde, ob es sich um Bildung und Erziehung, um die Medizin, das Recht, die Künste, die Religion oder um die Natur und ihre Lebensordnung handelt. Die Fragen, die der Mensch an sich selbst stellt, bleiben unbeantwortet. — Wie ist es dazu gekommen?

Die Wissenschaft des 19. Jahrhunderts hat um der sogenannten Exaktheit und Objektivität der nur quantifizierenden Empirie willen alle "geistige Erfahrung" mit dem Verdikt der Unwissenschaftlichkeit belegt. Heute steht die auf die Erforschung der physisch-materiellen "Naturgesetze" eingeengte Wissenschaft vor dem geistigen Trümmerfeld eines zusammenhanglosen Tatsachenwissens. Ein trügerischer Wohlstand mag viele darüber hinwegtäuschen, daß diese Wissenschaft keine wirklichen Antworten mehr zu geben vermag. Sie verneint mit dem Geist zugleich den Menschen, mit dem Menschen den Lebenssinn, mit dem Lebenssinn das Leben selbst.

In dem Maße, wie die einseitige naturwissenschaftlich-materialistische Weltanschauung den freien Geist aus Pädagogik und Medizin, aus Schule, Hochschule und Arbeitswelt eliminiert, wird das Menschenwesen Schritt für Schritt aus der technisierten Gesellschaft — den institutionalisierten Folgen dieser Wissenschaft — verdrängt. Seinem eigenen Werk entfremdet bleibt ihm nur noch die Wahl, als Außenseiter die Existenzgrundlagen zu verlieren — oder sich als Funktionsteil im babylonischen Zivilisationsbetrieb verplanen zu lassen. Erwerbsgesellschaft und Vergnügungspark sind heute die Alternativen. —

Raum für den Menschen? Das ist die Soziale Frage am Ende des 20. Jahrhunderts. Sie ist primär die Frage nach dem geistigen Zusammenhang von Welt, Erde und Mensch. Es ist die Frage nach der Ortsbestimmung des Menschen in dieser Gesamtordnung. Die Neuordnung der Gesellschaft ist dann das Ergebnis einer zu schaffenden Wertordnung, deren Gesetze in der Menschennatur selbst aufgesucht werden müssen.

Die 30. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordung möchte dazu beitragen, 'Antwort auf die Soziale Frage, auf die Lebensfrage unseres Jahrhunderts, zu finden.

Seminar für freiheitliche Ordnung

Folgende Vorträge und Kurse sind vorgesehen:

Raum für den Menschen - als kulturelle, gesellschaftliche und wirtschaftlich-ökologische Frage

Raum für den Menschen - Grundsatzfragen unserer Gesellschaftsordnung

Raum und Utopie als politische und gesellschaftliche Bindung und Imagination

Raum für den Menschen im Erziehungsdenken

Das verfassungsrechtliche Verhältnis von Öffentlichkeit und Staat Probleme des Bildungswesens und der Massenmedien

Freiheit und Massenmedien

Pädagogische Autonomie der Schule - oder staatliches Curriculum

Die erkannte Freiheit als Voraussetzung politischer und sozialer Mündigkeit

Anthropologie des Rechts – Die Entwicklung des Rechtsbewußtseins als Spiegel der Sozialentwicklung in den verschiedenen Kulturepochen –

Kommunismus - Sozialismus - Anarchismus

Das Menschenbild 25 Jahre nach Inkrafttreten des Grundgesetzes

Verfassung und Verfassungswirklichkeit – 25 Jahre Grundgesetz

Das Hambacher Fest (27.5.1832) – und die Gefährdung der Bürgerfreiheiten 150 Jahre danach

Wirtschaftswachstum und überökonomische Wertordnungen

Der Club of Rome und was in seinen Prognosen fehlt

Führt eine Wirtschaft ohne Wachstum zwangsläufig zur Wirtschaftskrise mit Stagnation und Arbeitslosiekeit?

Inflation und Freiheit

Humanisierung der Arbeitswelt - Ziel, Begriff und Problemfelder -

Überwindet die Mitbestimmung das Machtproblem in der Wirtschaft

Humanisierung des Arbeitsplatzes

Selbstbestimmung und Mitbestimmung im Betrieb

Betriebliche Partnerschaft - Das Modell der Bauhütte Leitl-Werke in Linz/Donau -

Das Recht aller auf Eigentum an Grund und Boden

Wirtschaftswachstum und Ökologie

Mitwirkende:

Eckhard Behrens, Assessor, Universitätsverwaltung Heidelberg

Günter Bartsch, freier Journalist, Schriftsteller und Literaturkritiker, Autor von "Anarchismus in Deutschland" Frankfurt/M.

Lothar Bossle, Prof. Dr. phil., Präsident des Instituts für Demokratieforschung, Universität Mainz

Hans Brügemann, Geschäftsführer, Velbert

Kurt Faltlhauser, Dr. rer. pol., München

Johannes Flügge, Prof. Dr. phil., Pädagogisches Seminar, Freie Universität Berlin

Hans Ulbrich Gallwas, Prof. Dr. jur., Universität München

Ulrich Gosewinkel, stud. jur., Kiel

Jobst v. Heynitz, Rechtsanwalt und Notar, München

IRADES, Instituto Ricerche Applicate Documentazione e Studi, Rom

Gert v. Kortzfleisch, Prof. Dr. rer. nat., Industrieseminar der Universität Mannheim, Club of Rome

Gerhard Leibholz, Prof. Dr. jur., Bundesverfassungsrichter a.D., Göttingen

Christoph Leitl, Dr. rer. pol., Leitl-Bauhütten Linz/Donau

Kurt Maier, Dr. rer. pol. Dipl. Kfm., Universität München

Heinz Peter Neumann, Direktor der LVA, Berlin

Fritz Penserot, Kaufmann, Kirn

Pia Maria Plechl, Dr., .. Die Presse"-Redaktion "Soziale Umwelt", Wien

Jürgen Rauh, stud. rer. pol., Kassel

Jürgen Rosorius, Studienleiter, Karl-Arnold-Bildungsstätte, Bonn

Kurt Rothschild, Prof. Dr. rer. pol., Johannes Kepler-Hochschule Linz/Donau und Institut für Wirtschaftsforschung, Wien

Peter Schneider, Lehrer, Kassel

Joachim Starbatty, Dr. rer. pol., Institut für Wirtschaftspolitik (Prof. Dr. Müller-Armack, Prof. Dr. Hans Willgerodt, Prof. Dr. Christian Watrin), Universität Köln

Wolfram Triebler, Dipl. Kfm., Dortmund

Lothar Udert, Prof. Dr. phil., Universität Bochum

Heinz Hartmut Vogel, Dr. med., Bad-Boll

Johann Peter Vogel, Dr. jur. Rechtsanwalt, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft freier Schulen

Lothar Vogel, Dr. med., Ulm

Hermann Vogt, Dipl. Politologe, Studienreferendar, Freiburg

Paul-Ludwig Weinacht, Prof. Dr. phil., Pädagogische Hochschule, Freiburg

Ernst Winkler, Dr. rer. nat., Mathematiker und Physiker, Lehrbeauftragter am Staatsinstitut München-Pasing

Klaus Wulsten, Rechtsanwalt und Notar, Berlin

Studienkreis für freiheitliche Ordnung

Frühjahrstagung

Samstag/Sonntag, 16./17. März 1974 im Volksbildungsheim Herzberg (Bahnstation Aarau Abholdienst ab Aarau für Angemeldete)

Tagungsthema:

Wege zur Lösung der sozialen Frage.

Samstag 10 - 12 Uhr: Freies Treffen der am Studienkreis Interessierten.

Offizieller Beginn: 14 Uhr

Referenten: Silvio Bircher, Redaktor, Aarau

Eduard Muster, Redaktor und Stadtrat, Lausanne

20 Uhr: Vortrag von Ella Diem über Israel und das Leben im Kibbuz

Sonntag 8.45 Uhr: Klaviermatinée, Pianistin Danielle Beguin

9.45 Uhr: Beginn des Podiumgespräches mit offener Diskussion

Erste Votanten: Hans Hoffmann, Bern

Dr. Albert Laubi, Zürich Willy Böschenstein

Schluß: 16 Uhr.

Tagungsbeitrag: Fr. 15,-

Ehepaare Fr. 25,—

Studenten Fr. 8,— Anmeldungen bis 10. März 1974 an

Studienkreis für freiheitliche Ordnung, Brühlbergstraße 66,

8400 Winterthur.

Ausführliche Programme werden zugestellt.

Professor Dr. phil. Paul Heinrich Diehl, München, 88 Jahre alt

Alois Dorfner, Linz a.d. Donau, 80 Jahre alt

Professor Dr. Paul Heinrich Diehl beging am 10. Januar 1974 in seinem Gräfelfinger Heim involler geistiger Frische und für das hohe Alter in erstaunlicher körperlicher Rüstigkeit seinen 88. Geburtstag. Wie Professor Diehl uns schrieb, ist er in diesen Wochen damit beschäftigt, ein größeres Werk über die Geld- und Bodenfrage fertigzustellen. Professor Diehl gehört zu den Vorbereitern und geistigen Mitträgern unseres Seminars. Die freundschaftliche Verbundenheit reicht bis in die Zeit unmittelbar nach dem letzten Weltkrieg zurück. Er war der Lehrer vieler unserer Freunde.

Wir alle verdanken ihm entscheidende Impulse für unsere Arbeit. Professor Diehl konnte in den vergangenen Jahren bei den Herrschinger Tagungen, an denen er seit Bestehen des Seminars beteiligt war, erleben, wie seine Gedanken bereits von der dritten Generation aufgegriffen werden.

Wir freuen uns mit Professor Diehl, daß es ihm vergönnt ist, seine reiche Lebensernte einzuholen.

Wir freuen uns, zusammen mit Professor Paul Heinrich Diehl einem zweiten Wegbereiter des Seminars für freiheitliche Ordnung, unserem Freund Alois Dorfner zu seinem am 11. Januar 1974 begangenen 80. Geburtstag mit unseren herzlichsten Grüßen unseren Dank sagen zu können für seine über ein Vierteljahrhundert gewährte geistige Freundschaft und unermüdliche treue Mitarbeit und Unterstützung.

Alois Dorfner hat unmittelbar nach Kriegsende in Österreich einen Freundeskreis um sich versammelt und sich von seinem Heimatort Linz aus in der Öffentlichkeit für eine freie und sozial gerechte Ordnung eingesetzt. Bis heute gibt er die "Neue Ordnung", ein regelmäßig erscheinendes Informationsblatt, heraus, in dem auch regelmäßig über die Arbeit des Seminars für freiheitliche Ordnung berichtet wird.

Alois Dorfner ist Autor zahlreicher Aufsätze, vor allem über das Bodenrecht. Auf diesem Gebiet ist er als Sachkenner bekannt.

Die Tagungen und Kolloquien des Seminars für freiheitliche Ordnung hat Alois Dorfner durch seine fundierten Kenntnisse mit wesentlichen Diskussionsbeiträgen bereichert.

Wir wünschen unserem Freund Alois Dorfner noch weitere Jahre des Wirkens in Gesundheit und Frische.

Seminar für freiheitliche Ordnung

In memoriam Hans-Friedrich Neumeyer

Im August 1973 ist Herr Dr. phil. nat. h.c. Hans-Friedrich Neumeyer über die Schwelle des Todes gegangen.

Herr Hans-Friedrich Neumeyer gehört seit Bestehen des Seminars für freiheitliche Ordnung zu den wesentlichen Förderern unserer Arbeit. Er selbst, geboren am 18.7.1903 in Zürich/Schweiz als Sohn des Geheimrats Dr. ing. e.h. Fritz Neumeyer, Gründer der Zündapp-Werke, blickte auf ein bedeutendes Lebenswerk zurück, nachdem er von seinem Vater die Geschäftsführung über die Zündapp-Werke Nürnberg übernahm.

Sein besonderes Interesse galt der großzügigen Förderung wissenschaftlicher und kultureller Ziele, vor allem in seinem Heimatland Bayern.

Dem Seminar für freiheitliche Ordnung galt ebenfalls sein Interesse. In Dankbarkeit gedenken wir dem Freunde und Förderer unseres Seminars.

In memoriam Oskar Liebeck

Völlig überraschend ist Dr. phil. Oskar Liebeck am 7. Januar 1974 an seinem Wohnort in Kassel verstorben.

Er hat gerade noch die Veröffentlichung seiner bedeutenden Schrift "Neuordnung der Währung" in "Fragen der Freiheit" Nr. 107 erleben können, von der er einen wesentlichen Anstoß zur Klärung der weltweiten Währungsprobleme erwartet hat.

Dr. Oskar Liebeck hatte schon durch sein Studium der Nationalökonomie und Soziologie – Promotion bei Max Scheler, Nicolai v. Hartmann und Leopold v. Wiese –, durch seinen mehrjährigen Aufenthalt in England, seine Tätigkeit in der Wirtschaft und den Aufbau eines eigenen Unternehmens alle Voraussetzungen, die komplizierten Zusammenhänge des Geldwesens und die schweren Schäden, die von der unzulänglichen traditionellen Geldordnung ausgehen, aus unmittelbarer eigener Erfahrung zu überblicken. Bereits 1949 hat er seine Gedanken in einer umfangreichen Schrift "Vernunft statt Tradition – das Wesen der Demokratie", erschienen im Franz-Mittelbach-Verlag, niedergelegt. Damals erschien folgende Besprechung:

"In einleuchtenden, fesselnden Untersuchungen weist Dr. Liebeck nach, daß die richtig geleitete Wirtschaft weder einem totalitären Plansystem noch einer pseudo-demokratischen, d.h. ruderlosen, von Korruption, Ausbeutung und Wirtschaftskrisen bedrohten freien Wirtschaftsform verfallen muß. Es gibt noch einen dritten Weg: Durch eine neue Geldordnung und eine vernünftige Verfassung, die den störenden Einfluß der Parteien auf die Wirtschaft ausschaltet, eine endgültig "freie" Wirtschaft so krisen-fest zu verankern, daß aus den Schätzen der Erde und aus der Schaffenskraft und Intelligenz des Menschen Freiheit von Not für alle Menschen geschaffen werden kann."

Mit seinem Aufsatz "Neuordnung der Währung" hat uns Dr. Oskar Liebeck seine Lebensarbeit als Erbe überlassen. Seine darin niedergelegten Gedanken werden weit über den Tod hinaus wirken und dazu beitragen, endlich, wie er es erhofft hat, zur Lösung der für den Frieden der Welt entscheidenden Währungsfrage beizutragen.

Seminar für freiheitliche Ordnung

Bücher, die uns zugesandt wurden

Die Aufführung stellt keine Werbung dar. Eine Besprechung bleibt vorbehalten

Helmut Allardt Moskauer Tagebuch. Beobachtungen, Notizen, Erlebnisse. Econ Verlag, Düsseldorf, 1973/ DM 30,—

Günter Barisch: Anarchismus in Deutschland, Fackelträger-Verlag, Hannover 1973 / DM 25,—

Gert Buchheit: Staatskunst. Geschichte und Lehre. Fundus Verlag, Darmstadt. DM 19,80.

Barry Commoner: Wachstumswahn und Umweltkrise, Einführung von Klaus Mehnert. C. Bertelsmann, Gütersloh, 1973/ DM 26.—

Gösta Ehrensvärd: Nach uns die Steinzeit. Das Ende des technischen Zeitalters. Hallwag-Verlag, Bern. DM 12,-/1973

Wolfram Engels: Soziale Marktwirtschaft. Verschmähte Zukunft? Seewald Verlag, Stuttgart. DM 10,-/1973

Johannes Flügge: Die sittlichen Grundlagen des Denkens bei Hegel. Quelle und Meyer, Heidelberg.

Johannes Flügge: Pädagogischer Fortschritt? Julius Klinkhardt, Bad Heilbrunn.

Wolfgang Fricke und Arnulf Geißler: Demokratisierung der Wirtschaft. Kritische Wissenschaft. Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg. DM 24,—/ 1973

Rudolf Werner Füßlein: Mensch und Staat. Grundzüge einer anthropologischen Staatslehre. C. H. Beck, München. DM 12,90. / 1973

Roger Garaudy: Die große Wende des Sozialismus. Fritz Molden, München.

Roger Garaudy: Die Alternative. Ein neues Modell der Gesellschaft jenseits von Kapitalismus und Kommunismus. Fritz Molden Verlag, München Alois Glück: Das Grundstück der 60 Millionen. Stadt und Land in der modernen Industriegesellschaft. BLV-Verlag, München, DM 24.—

Hildegard Hamm-Brücher, Friedrich Edding: Reform der Reform. Ansätze zum politischen Umdenken. Verlag M. Du Mont-Schauberg, Köln 1973 / DM 11,80

Franz Henrich und Walter Kerber: Eigentum und Bodenrecht. Materialien und Stellungnahmen. Kösel-Verlag, München, 1972

Hartmut von Hentig: Die Wiederherstellung der Politik. Ernst Klett-Verlag, Stuttgart. Kösel-Verlag, München, 1973/ DM 14.—

Robert Jungk: Der Jahrtausend Mensch. Bericht aus den Werkstätten der neuen Gesellschaft. C. Bertelsmann, Gütersloh 1973/ DM 29,80

Hanspeter Knirsch: Bodenrecht. Beiträge zur Reform des Grundeigentums. Walter de Gruyter, Berlin, 1972/ DM 12,80

Eugen Löbl, Leopold Grünwald: Die intellektuelle Revolution. Hintergründe und Auswirkungen des "Prager Frühlings". Econ Verlag, Düsseldorf, 1972 / DM 24,—

Konrad Lorenz: Die acht Todsünden der zivilisierten Menschen. R. Riper & Co, München, 1973 / DM 6,—

Hans Joachim Maitre: Die Privatuniversität. Alternative zum staatlichen Hochschulmonopol. Langen Müller Verlag, München, 1974 / DM 16,80

Golo Mann: Wallenstein. Sein Leben erzählt. S. Fischer, Frankfurt. DM 38,-, 1973

Roger Schutz: Die Gewalt der Friedfertigen, Auf der Suche nach dem dritten Weg, Herder Verlag, Freiburg, 1970 / DM 14,80 Ota Sik: Der dritte Weg. Die marxistischlenistische Theorie und die moderne Industriegesellschaft, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg, 1972/ DM 38,-

Norodom Sihanouk: Indochina von Peking aus gesehen. Gespräch mit Jean Lacouture in Peking, Mit Vorwort von Klaus Mehnert. Deutsche Verlags-Anstalt, Stúttgart, 1972 / DM 14,80 B. F. Skinner: Jenseits von Freiheit und

Würde. Deutsch von Edwin Ortmann. Rowohlt Verlag, Reinbek b. Hbg., 1973 / DM 22,--

Otto Vossler: Das Abendland Neue Folge 2 "Alexis de Tocqueville". Freiheit und Gleichheit, Vittorio Klostermann, Frankfurt, Ln. DM 38.50. kart. DM 32.50 / 1973 Theodor Wilhelm: Der Kompromiß, Zur Weiterbildung des politischen Ge-

wußtseins, J. B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart, 1974 / DM 20,-Karl Steinbuch: Kurskorrektur.

Seewald-Verlag, Stuttgart, 1973 / DM 24,-Herbert Schack: Grenzfragen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Duncker & Humblot, Berlin/München, 1974

DM 48.60

Die Mitarbeiter dieses Heftes

K. P. Hensel, Prof. Dr. rer. pol., Leiter der Forschungsstelle zum Vergleich wirtschaftlicher Lenkungssysteme, Universität Marburg

Jan Osers, Dipl. Ing. Dozent für Volkswirtschaftslehre (Wirtschaftssysteme und Reformbestrebungen in Osteuropa) Universität Mannheim

Heinz Hartmut Vogel, Dr. med., Bad-Boll

Fritz Penserot, Kirn '

Wilhelm Radecke, Bankdirektor a.D., Düsseldorf, Talstraße 16

Vorankündigung für Heft Nr. 109/III-1974 "Gibt es einen dritten Weg? " V.

Mitbestimmung und Mitverantwortung

- Vom unselbständigen Arbeitnehmer zum selbstverantwortlichen Mitarbeiter -

Elmar Pieroth Was bedeutet Wirtschaftsdemokratic?

- Keine Mitbestimmung ohne Mitverantwortung im

Betrieb

Kurt Maier Humanisierung des Arbeitsplatzes

Christoph Leitl Das Modell der Bauhütte Leitl-Werke in Linz/Donau

Die mitarbeitenden Autoren tragen die Verantwortung für ihre Beiträge selbst.

Für nichtverlangte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden.

Gesamtinhaltsverzeichnis der in "Fragen der Freiheit" Nr. 1 bis 100 erschienenen Beiträge befindet sich in Heft 99/100 Weihnachten 1972

"Fragen der Freiheit", Zweimonatsschrift, begründet von Lothar Vogel, weitergeführt von Diether Vogel † herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung durch Lothar Vogel und Heinz-Hartmut Vogel

Bezug: Seminar für freiheitliche Ordnung, 7325 Eckwälden/Bad Boll

Boslerweg 11, Telefon (0 71 64) 25 72

Preis: Jahresabonnement DM 24,-, sfr. 28,-, ö.S. 180,-

ab 1.1.1973 einschließlich Versandkosten

Bank: Kreissparkasse Göppingen Nr. 20 011 / BLZ 610 500 00

Postscheck: Seminar für freiheitliche Ordnung, Eckwälden/Bad Boll

Postscheckamt Frankfurt am Main 2614 04-602

Schweiz: 30-307 31 Postscheckamt Bern

Österreich: H. Vogel-Klingert, Eckwälden/Bad Boll

Postsparkassenamt Wien 7 939 686

Nachdruck, auch auszugsweise, mit Genehmigung des Herausgebers.

Graphische Gestaltung: Fred Stolle, CH Zürich-Zollikerberg, Weiherweg 4

Herstellung: Anton Hain KG, Meisenheim am Glan

Einem Teil dieser Auflage liegt ein Spendenaufruf des Seminars bei sowie eine Einladung des Arbeitskreises Berlin

